Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

Klassenkampf

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs

Impressum: Eigentümer und Herausgeber: Kommunistischer Bund Österreichs. Für den Inhalt verantwortlich: Georg Fischer . Erscheint im Verlag: Alois Wieser Gesellschaft m. b. H. Druck: Alois Wieser Gesellschaft m. b. H., Halbgasse 12, 1070 Wien Kommunistischer Bund Österreichs, Halbgasse 12, 1070 Wien Tel.: 0222/93 83 37 Erscheinungsort Wien Verlagspostamt 1070 Wien

P.b.b. Preis 4.-

Nr. 3/1. Jahrgang 30. September 1976

Volle Unterstützung für die Fohnsdorfer Bergarbeiter

Der Fohnsdorfer Kohlenbergbau soll geschlossen werden. "Für Fohnsdorf sind sehr ernste Lösungen geplant. Man muß einer Schließung des Bergbaus ins Auge sehen", sagte Kreisky vor kurzem.
Der Schließungsplan, den die SP-Regierung gemeinsam mit der GKB (Graz-Köflacher-Bergbaugesellschaft) ausgearbeitet hat, sieht so aus: "590 Fohnsdorfer sollen nach Donawitz pendeln, 200 nach Zeltweg, der Rest soll in Pension gehen oder 'sich verlaufen'". Das teilte SP-Nationalratsabgeordneter Kokail, der zugleich auch Direktor der Bergarbeiterversicherung ist, den Knappen mit. Als Trostpflaster soll jeder gekündigte Knappe zwischen 3.600,- und 4.500 Schilling pro Dienstjahr Abfertigung erhalten. Und nach demselben Plan soll die 1.146 Mann starke Belegschaft des Kohlenbergbaus bereits 1977 halbiert und der Rest bis 1979 entlassen werden.
Die Begründung der Regierung für diese geplanten Maßnahmen: "Das Defizit des Fohnsdorfer Bergbaus ist untragbar geworden".

Die Fohnsdorfer Knappen sind über die Maßnahmen, die die Regierung auf ihrem Rücken plant, empört. In der außerordentlichen Betriebsversammlung am Samstag, 18.9., haben sie daher einstimmig beschlossen: "Die Schließung des Bergbaues wird solange nicht zur Kenntnis genommen, solange kein Ersatzbetrieb im Gemeindegebiet Fohnsdorf errichtet ist oder sich in Bau befindet. Die Belegschaft vertritt den Standpunkt, daß 15 Jahre Zeit gewesen wäre, einen Betrieb zu errichten. Sollten gegebene Versprechungen nicht eingehalten werden, wird die Belegschaft mit gewerkschaftlichen Maßnahmen antworten."
Die weiteren Forderungen sind:

- Kein Auspendeln nach Donawitz
- Herabsetzung des Pensionsalters für die älteren Kollegen
- Sofortige Auszahlung der vollen Abfertigung

Fortsetzung nächste Seite

Die palästinensische Revolution richtet sich gegen den Kolonialstaat Israel

Am 23.9. ist Elias Sarkis, früherer Präsident der libanesischen Nationalbank, zum neuen Präsidenten des Libanon vereidigt worden. Dies geschah in Schtaura, einer der ersten Städte des Libanon, die die syrischen Invasionstruppen im Frühjahr besetzten. Heute kontrolliert Syrien 60% des Libanon. Syriens Armee flog zur Vereidigung von Sarkis 60 Abgeordnete ein. Eine der ersten Äußerungen des neuen Präsidenten war, sich für den weiteren Verbleib Syriens im Land auszusprechen.

Kurz zuvor waren zwei Treffen zwischen dem Führer der PLO, Yassir Arafat, Sarkis und einem Vertreter der syrischen Regierung ergebnislos abgebrochen worden. Abu Iyad, der Stellvertreter Arafats, erklärte, Syrien verlange einen bedingungslosen Rückzug der palästinensischen und nationalrevolutionären libanesischen Verbände von den Kampflinien.
Die Führung der PLO und der libanesischen nationalrevolutionären Bewegung lehnten es ab, der Vereidigung in Schtaura beizuwohnen. Sie sagten, "die Vereidigung in einem von syrischen Truppen besetzten Gebiet abzuhalten, spiegelt die tiefe Schande wieder, die über das Land gekommen ist". (Dschumblatt am 23.9.)

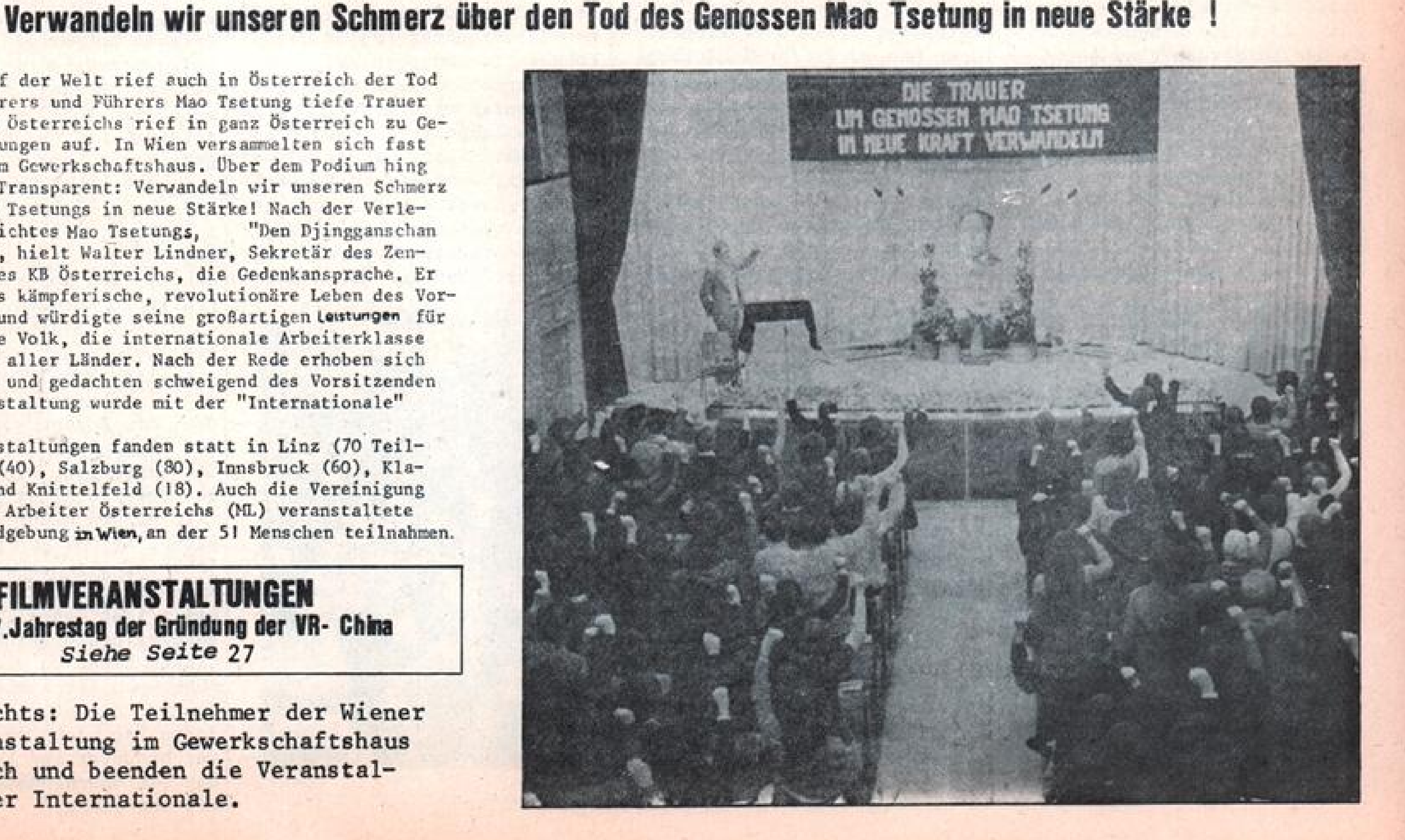
Fortsetzung auf Seite 20

Inhalt:

Verwandeln wir unseren Schmerz über den Tod des Genossen Mao Tsetung in neue Stärke!

Wie überall auf der Welt rief auch in Österreich der Tod des großen Lehrers und Führers Mao Tsetung tiefe Trauer hervor. Der KB Österreichs rief in ganz Österreich zu Gedenkveranstaltungen auf. In Wien versammelten sich fast 500 Menschen im Gewerkschaftshaus. Über dem Podium hing ein schwarzes Transparent: Verwandeln wir unseren Schmerz um den Tod Mao Tsetungs in neue Stärke! Nach der Verlesung eines Gedichtes Mao Tsetungs, "Den Djingganschan wieder hinauf", hielt Walter Lindner, Sekretär des Zentralkomitees des KB Österreichs, die Gedenkansprache. Er sprach über das kämpferische, revolutionäre Leben des Vorsitzenden Mao und würdigte seine großartigen Leistungen für das chinesische Volk, die internationale Arbeiterklasse und die Völker aller Länder. Nach der Rede erhoben sich die Anwesenden und gedachten schweigend des Vorsitzenden Mao. Die Veranstaltung wurde mit der "Internationale" abgeschlossen.
Ähnliche Veranstaltungen fanden statt in Linz (70 Teilnehmer), Graz (40), Salzburg (80), Innsbruck (60), Klagenfurt (35) und Knittelfeld (18). Auch die Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML) veranstaltete eine Trauerkundgebung in Wien, an der 51 Menschen teilnahmen.

FILMVERANSTALTUNGEN
zum 27. Jahrestag der Gründung der VR-China
Siehe Seite 27



Im Bild rechts: Die Teilnehmer der Wiener Gedenkveranstaltung im Gewerkschaftshaus erheben sich und beenden die Veranstaltung mit der Internationale.

Brauereiarbeiter: 3-stündiger Warnstreik in Oberösterreich

Am Dienstag, den 14. September, ergriffen die Brauarbeiter Kampfmaßnahmen, sie legten von 7 - 10 Uhr die Arbeit nieder. Über die Verkaufsrampen und durch die Bierausführer wurde ein beträchtlicher Teil der Öffentlichkeit informiert. Mit den derzeitigen Löhnen, die größtenteils zwischen 31 S und 37 S in der Stunde liegen, ist einfach kein Auskommen mehr. Nur wo um diesen Preis keiner zu kriegen ist und für besonders schwere Arbeiten geht der Stundenlohn über 40 S. Die letzte Lohnerhöhung war im März 75. Und seit 1.August 76 ist der Kollektivvertrag ausgelaufen. Die Verhandlungen werden immer wieder ergebnislos abgebrochen. Über die 13 % Forderung der Gewerkschaft glaubten die Brauaktionäre, die jährliche Gewinne bis zu 30 % einstreichen, lachen zu können, mehr als 7,5 % könnten sie nach 1 1/2 Jahren nicht geben. Man müsse konkurrenzfähig bleiben ...

Viele Brauereiarbeiter fragen sich, für wen diese Gewerkschaftsspitze eigentlich arbeitet. Wäre es nicht Aufgabe der Gewerkschaft, begonnene Kampfmaßnahmen der Arbeiter zu unterstützen?! Haben nicht die Arbeiter es vorgemacht, was da zu tun ist? Die entschlossensten Belegschaften haben die anderen informiert und jedem Außenstehenden klargemacht, daß die Kampfmaßnahmen gerechtfertigt sind. Und das Gewerkschaftssekretariat bremst und schwächt ab: Nur nicht vom Streik reden. Das Gewerkschaftssekretariat sagt, es stehe alles in der Zeitung. In der Zeitung (OÖN vom 15.9.) steht der Standpunkt der Aktionäre und die Bereitschaft des Gewerkschaftssekretariats, von den Ausgangsforderungen ein Drittel zurückzunehmen. Solchen Umfallern darf man die Führung der Gewerkschaft nicht länger überlassen, es gibt genug Kollegen, die gezeigt haben, daß sie es viel besser können, die Interessensvertretung wirksam zu organisieren!

R.St/Linz

Am 23.9.1976 wurde mit 8,5% abgeschlossen.

Fortsetzung von Seite 1

Volle Unterstützung für die Fohnsdorfer Bergarbeiter

Die Hälfte der arbeitsfähigen Fohnsdorfer werden zu Pendlern

Jahrelang sind die Fohnsdorfer hingehalten worden, wurden ihnen von der SPÖ alle möglichen Versprechungen gemacht. Die Löhne sind trotz der überschweren und z.T. lebensgefährlichen Arbeit niedrig gehalten worden. Die Rettung ist im Bergwerk ein tagtäglicher Gast.
1975 gab es 1.644 Unfälle, davon 11 mit tödlichem Ausgang. Auch die Lebensumstände der Bergleute sind entsprechend schlecht. Von den rund 1.500 Wohnungen in Fohnsdorf sind 770 ohne WC und 174 überhaupt ohne WC und Wasser; 31% der Wohnungen wurden vor 1919 erbaut. Mit dem Argument: "Seid froh, daß ihr überhaupt Arbeit habt, der Betrieb ist sowieso defizitär", gelang es, die Arbeiter zum Stillhalten zu bringen. So hat sich die Lage der gesamten Fohnsdorfer Arbeiterschaft immer weiter verschlechtert.

Von 1961 bis heute wurde die Belegschaft des Bergwerks von 2.440 auf 1.146 abgebaut. Gleichzeitig ist die Zahl der Pendler immer stärker angestiegen. 1971 waren 961 Fohnsdorfer gezwungen nach auswärts arbeiten zu fahren, doch ist diese Zahl heute bereits auf 1.700 angestiegen. Wenn man zu dieser Zahl noch die 790 der noch im Bergwerk arbeitenden dazurechnet, die nach dem Willen der SP-Regierung und der verstaatlichten GKB-Bergbaugesellschaft nach Donawitz und Zeltweg pendeln sollen, kommt man zu folgendem Ergebnis: Bei einer Zahl von 11.169 Einwohnern sollen 2.490 zu Pendlern werden. Das heißt, mehr als die Hälfte der arbeitsfähigen Bevölkerung soll Tag für Tag außerhalb von Fohnsdorf arbeiten. Für die Betroffenen heißt das jeden Tag entweder um 4 Uhr in der Früh aufstehen, um zur Frühschicht um 6 Uhr nach dem 50km entfernten Donawitz zu kommen, oder aber von der Nachmittagsschicht um Mitternacht nach Hause kommen. Wieviel Zeit da noch für die Familie bleibt, kann sich jeder ausrechnen.

Gegen eine Politik auf dem Rücken der Arbeiter treten die Fohnsdorfer Knappen auf. Auf der Betriebsversammlung sagte einer unter viel Zustimmung gegen den Zusperrplan: "Da drinnen steht nicht, was es für uns bedeutet, wenn wir tagtäglich mit dem Autobus nach Donawitz pendeln müssen. Haben wir dafür um eine Arbeitszeitverkürzung gekämpft?" Und der ÖGB-Präsident Benya hat bei vielen Empörung hervorgerufen, als er in der Kronenzeitung zu diesem Problem hochnäsig erklärte: "Andere müssen auch pendeln." Als in der Betriebsversammlung ein SP-Abgeordneter Benya positiv erwähnte, erntete er nur den Zwischenruf: "Hör mit dem Benya auf!"

Benya ist für viele Knappen nicht mehr der Gewerkschaftsbundspräsident, der die Interessen der Arbeiter vertritt, sondern nur mehr Steigbügelhalter einer Regierung, die große Versprechungen macht, die sie nicht halten kann. Die SPÖ hat versprochen, die Arbeitsplätze im Kapitalismus zu sichern, und immer mehr Leute verspüren am eigenen Leib, daß sie dieses Versprechen wie jede bürgerliche Partei nicht nur nicht erfüllen kann, sondern daß sie nur Politik im Interesse des Finanzkapitals macht, die sie mit sozialen Phrasen zu bemänteln versucht.
Immer wieder und auch jetzt hat sie den Werktätigen Hoffnungen zu machen versucht, dieser oder jener Kapitalist würde vielleicht einen Betrieb ansiedeln mit so und soviel "sicheren Arbeitsplätzen", um durch solche Gerüchte den Menschen vorzutäuschen, wie sehr die SPÖ um ihre Probleme besorgt sei und sie vom selbständigen Kampf für ihre Interessen abzuhalten.

„Keine leeren Versprechungen, sondern eine annehmbare Alternative !"

Wenn daher die Fohnsdorfer Kumpel jetzt sagen: "Wir wehren uns gegen die geplante Schließung", dann geht es ihnen nicht darum, wie das in den Zeitungen oft dargestellt wird, daß sie dafür wären, den Bergbau auf Biegen und Brechen aufrechtzuerhalten, sondern sie wollen damit nichts anderes als ihre Interessen verteidigen und durchsetzen. Es geht darum, daß es die Knappen satt haben, daß dauernd auf ihrem Rücken herumgetrampelt wird; daß sie von einem Eck ins andere verschoben werden, um den Kapitalisten dort Profit zu bringen, wo diese es gerade brauchen und daß sie ausrangiert werden wie ein altes Möbelstück, wenn sie nicht mehr gebraucht werden. Ein Knappe sagte uns zu den ungerechten Vorwürfen vieler Zeitungen, sie wollten auf den Bergbau nicht verzichten: "Wir hängen nicht an dieser Grube. Keiner von uns. Das ist ja keine angenehme Arbeit. Der Krankenwagen ist dauernd unterwegs, fast jeden Tag wird irgendwer hinausgeführt. Nein, wir hängen nicht an unserer Arbeit. Aber wenn sie zusperren wollen, dann nicht auf unsere Kosten! Jeden Tag nach Donawitz oder gar hinunter ins Lavanttal - das ist unannehmbar, da sind wir uns einig!"



Betriebsversammlung der Fohnsdorfer Bergarbeiter

Fortsetzung von Seite 2

Denn welche Arbeit erwartet einen 40-jährigen Bergarbeiter, der von seiner Arbeit als Hauer knorrige Finger, kleinere Verkrüpplungen am Körper durch die Arbeitsunfälle erlitten hat oder der sich im Schacht eine Staublunge geholt hat. Wenn, dann eine Hilfsarbeitertätigkeit, die außerdem noch erheblich schlechter bezahlt ist.

Bei der Betriebsversammlung im überfüllten Fohnsdorfer Arbeiterheim war das die Meinung aller Knappen. Sie verlangen nicht mehr und nicht weniger als eine annehmbare Alternative. Solange die nicht da ist und nur leere Versprechungen gemacht werden, wollen sie sich nicht derart zersplittern lassen. Denn "wenn wir auf mehrere Betriebe zersplittert sind, sind wir die ersten die bei einer Krise hinausfliegen." Und Betriebsratsobmann Rauscher betonte mit Recht: "Wenn wir zersplittert sind, schert sich kein Hund mehr um uns. Nur als einige Masse können wir den Kanzler und den ÖGB-Präsidenten beeindrucken."

Die Gewerkschaft muß die Fohnsdorfer Knappen unterstützen !

In dieser für die Fohnsdorfer Knappen schwierigen Situation ist jede Unterstützung, die sie von Belegschaften anderer Betriebe und auch von der Gewerkschaft erhalten, wichtig und notwendig. Gerade daher ist die Solidaritätsresolution der Belegschaft der GKB-Voitsberg besonders zu begrüßen und eine große Unterstützung. Auch die steirische Landesleitung der Gewerkschaft der Metall- und Bergarbeiter hat in einer einstimmig verabschiedeten Resolution sich mit der Forderung der Fohnsdorfer solidarisiert. Und da stellt sich natürlich die Frage, ob es richtig ist, wie einige meinen, sich auf den Verhandlungsweg zu beschränken und alle gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen auszuschließen oder ob man auf die geschlossene und einheitliche Kraft der Arbeiterklasse baut und diese auch eingesetzt, mit allen Mitteln die notwendig sind.
Dafür brauchen die Fohnsdorfer den Rückhalt im Kampf gegen die Pläne der SP-Regierung und der Kapitalisten um die Verschlechterung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen erfolgreich abwehren zu können.
Unsere Aufgabe muß es sein, jetzt in Betrieben, in unseren Arbeits- und Ausbildungsstätten Solidaritätsadressen an die Fohnsdorfer Bergarbeiter zu senden, wo wir ihre Forderungen voll unterstützen.

K.W.(Ortsgruppe Graz)
M.G.(Knittelfeld) Redaktion

Volksgruppengesetz: Nicht Förderung, sondern Entrechtung der Minderheiten

Im Juli wurde im Parlament das Volksgruppengesetz (VGG) beschlossen. Alle drei Parteien stimmten dafür. Die bürgerlichen Politiker, allen voran Bundeskanzler Kreisky, preisen seither dieses 25-Paragraphenmachwerk über alle Maßen; es sei beispielgebend für das ganze übrige Europa, die Rechte der Minderheiten würden damit erfüllt und übererfüllt und die Volksgruppen kämen in den Genuß großzügiger staatlicher Förderung.

Wenn die Regierung und die bürgerlichen Parteien ein Gesetz derart bejubeln, muß das Volk sehr aufmerksam sein. Daher soll im folgenden etwas genauer untersucht werden, was das Volksgruppengesetz den Minderheiten und dem Volk überhaupt bringt.

Gleichberechtigung und Förderung?

Was in einem Gesetz stehen müßte, das wirklich der Gleichberechtigung der Minderheiten dienen soll, wäre einfach festzulegen. Das Recht auf den Verkehr der Minderheitenangehörigen in ihrer Muttersprache bei allen öffentlichen Stellen und Institutionen im zweisprachigen Gebiet, im übrigen Österreich mit Dolmetsch, weiters eine Ausbildung in ihrer Sprache in allen Bereichen des Volksbildungswesens, die Zweisprachigkeit aller öffentlichen Aufschriften, Bezeichnungen und Kundmachungen im zweisprachigen Gebiet. Gleichzeitig müßten in einem solchen Gesetz Sanktionen gegen jeden Akt der Diskriminierung der Slowenen, Kroaten und Ungarn verankert werden. Beginnt man das Volksgruppengesetz zu lesen, meint man, es würde wohl noch solches folgen, denn im § 1 finden sich Sätze wie "Die Erhaltung der Volksgruppen und die Sicherung ihres Bestandes sind gewährleistet" oder "Keinem Volksgruppenangehörigen darf durch die Ausübung der ihm als solchem zustehenden Rechte ein Nachteil erwachsen".
Aber im § 2 stutzt man schon: durch Verordnungen der Regierung ist festzulegen : "die Gebietsteile, in denen wegen der verhältnismäßig beträchtlichen Zahl (ein Viertel) der dort wohnhaften Volksgruppenangehörigen topographische Bezeichnungen zweisprachig anzubringen sind"; Absatz 1 Ziffer 2: "Die Behörden und Dienststellen, bei denen zusätzlich zur deutschen Amtssprache die Verwendung der Sprache einer Volksgruppe zugelassen (!, Anm.d.Verf.) wird, wobei das Recht der Verwendung dieser Sprache auf bestimmte Personen oder Angelegenheiten beschränkt werden kann." Bei welchen "Behörden oder Dienststellen" die Sprache der Minderheiten für "bestimmte Personen" "zusätzlich zuzulassen" ist und wo zweisprachige Aufschriften angebracht werden, wird nach den Plänen der Bourgeoisie nach der Minderheitenzählung festgelegt werden.

Was bedeutet das? Das bedeutet, daß die demokratischen Rechte der Minderheiten diesen nicht deswegen gewährt werden, weil sie ein Teil des österreichischen Volkes mit einer anderen als der deutschen Muttersprache sind, und sie ihnen nicht in jenen Gebieten, wo sie seit jeher leben gewährt werden – unabhängig von einer bestimmten Anzahl, sondern beschränkt auf einzelne Orte und Gemeinden, wo sich 25 % der Bevölkerung trotz nationalistischen Drucks und jahrzehntelanger Diskriminierung noch zu ihrer Muttersprache "bekennen". Das hat aber mit Demokratie und Gleichberechtigung gar nichts, mit Förderung aber schon am allerwenigsten zu tun. Dies kann nur den Zweck haben, die weitere Entrechtung gesetzlich festzuschreiben, die gewaltsame Assimilierung fortsetzen zu wollen und in einem permanent nationalistisch verhetzten Klima die Minderheiten bis auf eine verschwindend lächerliche Zahl hinunterzuzählen.

Amtssprache: Gängelung über Gängelung

Die Behörden und Dienststellen, bei denen die Minderheitensprache zugelassen werden kann (also kein selbstverständliches Recht ist), sind einmals überhaupt nicht genannt; sie werden von der Regierung erst durch Verordnungen festgelegt. Sollte danach ein Amt dann zufällig unter eine solche Verordnung fallen, kann man sich nach § 13 der Volksgruppensprache bedienen; "niemand darf sich jedoch einer ihrem Zwecke nach sofort durchzuführenden Amtshandlung eines von amtswegen einschreitenden Organs einer solchen Behörde oder Dienststelle nur deshalb entziehen oder sich weigern, ihr nachzukommen, weil die Amtshandlung nicht in der Sprache der Volksgruppe durchgeführt wird". Also: es hat zwar jeder das Recht, aber wenn's drauf ankommt, hat er dann doch kein Recht – ein Recht, das keines ist. Ein Beispiel: jemand wird in einem zweisprachigen Ort mit seinem Fahrzeug von einer Gendarmeriestreife angehalten. Er will Slowenisch reden, weil es ja seine Muttersprache ist und er ein Recht darauf hat – angeblich sogar nach § 13 des VGG. Die Gendarmen sind aber nicht verpflichtet, slowenisch zu sprechen, können es nicht, oder – wie es in diesen Kreisen oft vorkommt – wollen es nicht. Unser Autofahrer macht sich strafbar, wenn er darauf besteht, seine Muttersprache zu gebrauchen. Manches Argument darauf, er könne ja eh deutsch, ist hier völlig fehl am Platz; denn hier geht es um Rechte der Minderheiten, und wenn es wirkliche Rechte sind, muß man sie jederzeit anwenden können. Dieses "Recht" ist aber kein Recht, sondern Ausdruck gesetzlich festgeschriebener Rechtlosigkeit. Daran ändert auch die Ziffer 3 des zitierten Paragraphen nichts, wo es heißt, daß sich auch andere als die durch Verordnung bezeichneten Behörden und Dienststellen der Sprache der Minderheiten bedienen sollen.

So ist auch die Verwendung der Sprache der Minderheiten bei öffentlichen Kundmachungen der Gemeinden "zulässig", aber keineswegs Pflicht (§13,Abs.4)
Alle diese ohnehin zehnfach beschränkten "Rechte" auf den Gebrauch der Sprache der Minderheiten sind für den innerdienstlichen Verkehr der Behörden und Diensstellen ausdrücklich ausgeschlossen (§ 13(5)). So kann ein Vorgesetzter slowenischsprachigen Beamten sogar verbieten, die slowenische Sprache bei Dienstgesprächen zu verwenden.
In jenen Paragraphen (§ 14ff) die sich auf das Gerichtswesen beziehen, ist die bürokratische Gängelung besonders kraß: Da nicht bestimmt wird, daß Richter und bestimmte Gerichtsbeamte (v.a. Protokolleure) der zweisprachigen Gebiete der Sprache der Minderheiten mächtig sein müssen, ist eine Reihe von Übersetzungen und Hinundherschreibereien nötig, die jedes Verfahren ungemein verzögern können. Kommt eine Sache wegen der Unzuständigkeit eines Gerichtes oder durch den Instanzenzug zu einem Gericht, bei dem die Minderheitensprache nicht zugelassen ist, und ist ein "Anbringen" (= Ansuchen) in ebendieser Sprache verfaßt, gilt dies als Formgebrechen mit allen bürokratischen Konsequenzen. Abgesehen davon aber hat eine Person, die in einer Tagessatzung oder mündlichen Verhandlung

Fortsetzung von Seite 3

Volksgruppengesetz:
Nicht Förderung sondern Entrechtung der Minderheiten

etwa kroatisch sprechen will, dies der Behörde "unverzüglich nach Zustellung der Ladung bekanntzugeben; durch schuldhafte Unterlassung (!!, Anm.d.Verf.) einer solchen Bekanntgabe verursachte Mehrkosten können der betreffenden Person auferlegt werden." (§15(1)). Ein Kommentar ist hier wohl überflüssig. Aber wenn die Bestrafung des Gebrauchs der Muttersprache "Förderung" ist, dann sind Wölfe wohl die besten Freunde der Schafe. Daß, unter Berücksichtigung der oben angeführten Tatsachen Entscheidungen und Protokolle wohl auch in der Sprache der Minderheit verlesen werden können und die Zusendungen zweisprachig sein können, ist in keiner Weise als ernsthaftes Entgegenkommen gegenüber den Minderheiten zu werten und keine Erfüllung der demokratischen Rechte.

Schulwesen völlig ausgeklammert

Das Volksbildungswesen betreffend wird das Schulgesetz von 1959 beibehalten, mit welchem der bis dahin obligatorische zweisprachige Unterricht im gemischtsprachigen Gebiet (in Kärnten) für alle Schulpflichtigen abgeschafft wurde. Nach dem Gesetz von 1959 müssen die Eltern ihre Kinder jährlich zum Unterricht in der Sprache der Minderheit anmelden, der jedoch nur in den Volks- und Hauptschulen, und auch dort nur in äußerst unzureichendem Ausmaß möglich ist, wenn man vom Slowenischen Gymnasium in Klagenfurt absieht. Berufsschulen, Mittelschulen, berufsbildende Höhere Schulen bleiben weiterhin ausgeklammert. Für die Kindergärten gibt es überhaupt keine Regelung. Daß die Regierung das Gesetz beibehält, zeigt, daß sie es für die gewaltsame Assimilierung in den Pflichtschulen ausreichend genug zu finden scheint; offensichtlich will sie aber nach der Minderheitenfeststellung auch noch weitere Einschränkungen machen und den zweisprachigen Unterricht aus bestimmten Schulen überhaupt verbannen - denn das Gesetz aus dem Jahre 1959 sah auch schon eine Minderheitenfeststellung vor, mit der entschieden werden kann, ob der Unterricht stattfindet oder nicht.

Wir müssen auf dem Sektor des Volksbildungswesens demgegenüber dafür eintreten, daß die Minderheiten im gemischtsprachigen Gebiet das Recht auf zweisprachige Ausbildung in allen Bereichen des Volksbildungswesens erhalten und ein Recht auf Unterweisung in ihrer Muttersprache in ganz Österreich. Damit sich die Sprachen der Minderheiten erhalten, die Möglichkeit des Erlernens gesichert wird, die Verbindung zwischen den verschiedensprachigen Teilen des Volkes gestärkt und den Spaltungsversuchen ein Riegel vorgeschoben wird, fordern die Kommunisten auch die Unterweisung aller Kinder und Jugendlichen im gemischtsprachigen Gebiet in der Sprache der Minderheiten. Nur so kann Gleichberechtigung als Voraussetzung für den einheitlichen Klassenkampf hergestellt werden. Die Gesetze der Bourgeoisie aber bedeuten Diskriminierung, Spaltung und Schwächung der Arbeiterklasse und des Volkes.

Zweisprachige topographische Aufschriften, Kundmachungen und Bezeichnungen

Diese sollen nach dem Volksgruppengesetz nicht im gesamten zweisprachigen Gebiet angebracht werden, sondern wo 25 % sich zur Minderheit bekennen. Die Frage wird von der Bourgeoisie so behandelt, als ob die topographischen Aufschriften, Bezeichnungen usw. nicht Auskunft geben sollten über den Namen des Ortes, Gebietes und von Einrichtungen, sondern über die sprachliche Zusammensetzung von Orten und Gebieten. Aber das zweisprachige Gebiet bleibt auch dann noch ein solches, wenn sich nur 24, 10, 5 oder auch nur 1 % der Bewohner als Angehörige dieser oder jener Minderheit bekennen. Die Lösung, die die Regierung durchsetzen will, dient der Spaltung und der nationalistischen Hetze, der Diskriminierung und Unterdrückung der Minderheit. Richtig ist es, demgegenüber zu fordern, daß alle topographischen Aufschriften sowie alle Kundmachungen, Bezeichnungen und Aufschriften im gemischtsprachigen Gebiet zweisprachig sein müssen.

Volksgruppenbeiräte: Mittel zur Bevormundung und Spaltung

Die §§ 3 bis 7 sehen die Bildung von Volksgruppenbeiräter vor, "zur Beratung der Bundesregierung und der Bundesminister in Volksgruppenangelegenheiten". Zu diesem Zweck können sie von den hohen Herren gehört werden, und sie dürfen sogar Vorschläge machen. Sie können auch Landesregierungen beraten, falls diese sie dazu auffordern. Nur: zu entscheiden haben sie nichts, und die Regierung ist nicht verpflichtet, ihnen über ihre Schritte Rechenschaft zu geben. Die Mitglieder der Beiräte werden von der Regierung bestimmt. Die Spitze aber ist: "Zu Mitgliedern des Volksgruppenbeirates können n u r Personen bestellt werden, die erwarten lassen, daß sie sich für die Interessen der Volksgruppe und die Ziele dieses Bundesgesetzes einsetzen, zum Nationalrat wählbar sind und die 1. Mitglieder eines allgemeinen Vertretungskörpers sind ..." Wer also die Interessen der Minderheiten in den Beiräten vertritt, entscheidet die Regierung und nicht die Minderheit und ihre Organisationen selber, außerdem aber kann nur der Mitglied werden, der dieses Gesetz unterstützt - ein Gesetz, das in Wirklichkeit in allen seinen wichtigen Punkten nicht Rechte und Förderung bedeutet, sondern Rechtlosigkeit und weitere und noch größere Diskriminierung.

In der letzten Zeit hat die Regierung zwar versucht, verschiedene Repräsentanten der Minderheiten mit persönlichen Aussprachen und Angeboten für Sitze in diesem Gremium zu ködern, um die Spaltung in ihre Reihen zu tragen. Sie wird dabei aber bestimmt keinen Erfolg haben.

»Volksgruppenförderung«:

Mit dieser Förderung plant die Regierung recht viel.

Fortsetzung nächste Seite

Globasnitz/Globasnica: Protestveranstaltung bekundet absolute Ablehnung der Minderheitenfeststellung



"Ne damo se preštevati" = Wir lassen uns nicht zählen

"Wir Kärntner Slowenen werden weder den Schlichen noch den Verlockungen falscher Propheten auf den Leim gehen, die mit uns mit schönen Worten und leeren Versprechungen in den nächsten Wochen von ihrer Liebe, Offenheit und Aufrichtigkeit zu unseren Lebensfragen werden überzeugen wollen. Genauso wenig werden wir uns dem Druck und den Erpressungen
die ohne Zweifel die andere Art der "Aufklärung über die Nütz-
beugen,
lichkeit des neuen Gesetzes über die Volksgruppen" sein werden", sagte Dr. Zwitter, Vertreter des Zentralverbandes der Kärntner Slowenen, zur geplanten Aufklärungskampagne der Reigierung auf der Protestkundgebung gegen die Minderheitenfeststellung in Globasnitz/Globasnica am 26.9.
Die Protestkundgebung wurde von den beiden slowenischen Zentralorganisationen einberufen und von ca. 1ooo Teilnehmern besucht.
Die Redner der Veranstaltung, auch Vertreter der kroatischen Minderheit waren anwesend, bekundeten die Berechtigung des Boykotts und die entschlossene absolute Ablehnung der Minderheitenfeststellung.

Grußtelegramm des KB Österreichs an die Teilnehmer

An die Teilnehmer der Versammlung in Globasnitz/Globasnica

Liebe Freunde!

Wir senden Euch die besten Grüße und versichern Euch unsere volle Unterstützung. Der Kampf für die Rechte der Minderheiten ist die gemeinsame Sache der klassenbewußten Arbeiter und fortschrittlichen Menschen in Österreich. Dieser Kampf wird die geplante Minderheitenfeststellung vereiteln und schließlich den vollen Sieg erringen.

Walter Lindner
Sekretär des ZK des Kommunistischen Bundes Österreichs

Einige Überlegungen zum Kampf gegen die Minderheitenpolitik der Regierung und für die Rechte der Minderheiten

1.
Am 14.November sollen nach dem Willen der Bourgeoisie die Minderheiten gezählt und auf eine möglichst geringe Zahl hinuntergezählt werden, um dadurch einen Ausgangspunkt für die Verwirklichung des "Volksgruppengesetzes", das heißt für die Verewigung der Rechtlosigkeit und Diskriminierung der Minderheiten unter dem Deckmantel ihrer "Förderung" zu schaffen. Der Kampf gegen die Minderheitenpolitik der Bourgeoisie und für die Rechte der Minderheiten ist ein Teil des Klassenkampfes, ein Frontabschnitt im Kampf zwischen Demokratie und bürgerlicher Reaktion. Zwar sind die Minderheiten am direktesten und unmittelbarsten betroffen, aber die geplante Minderheitenfeststellung richtet sich ebenso gegen das ganze Volk, wie es das ureigenste Interesse des ganzen Volkes ist, eine demokratische Lösung der Minderheitenfrage zu erreichen.

Die Bourgeoisie hat alles Interesse an der Unterdrückung und Diskriminierung der Minderheiten und vor allem ihres Kampfes für Gleichberechtigung. Keinerlei Interesse hat sie dagegen an der Gewährung demokratischer Rechte für die Minderheiten, die diesen die gleichberechtigte Teilnahme am Klassenkampf ermöglichen, dem Chauvinismus den Boden entziehen und die beste Gewähr bieten würden, die Einheit aller Arbeiter und des ganzen Volkes unabhängig von der Zugehörigkeit zu dieser oder jener Volksgruppe im Kampf um ihre gemeinsamen Interessen herzustellen. Die Bourgeoisie hat vielmehr alles Interesse daran, die Volksgruppen gegeneinander auszuspielen, die Deutschsprachigen gegen die Minderheiten aufzuhetzen und die Minderheiten zu isolieren, um ihre reaktionären Pläne in der Minderheitenfrage leichter verwirklichen zu können.
Sie hat darüberhinaus alles Interesse daran, vom reaktionären Charakter ihrer Minderheitenpolitik durch die chauvinistische Verhetzung und Verwirrung des Volkes abzulenken, die Massen dadurch ideologisch zu knebeln und zu spalten. Die Arbeiterklasse dagegen braucht die Einheit aller Arbeiter und des ganzen Volkes zum erfolgreichen Kampf gegen die Bourgeoisie. Deshalb liegt eine demokratische Lösung der Minderheitenfrage zutiefst in ihrem Interesse. In den letzten Monaten hat sich die chauvinistische Hetze ständig verstärkt. Die Hetze gegen die Slowenen hat sich verbunden mit der Hetze gegen Jugoslawien. Die ideologische Hetze hat sich verbunden mit handfesten Drohungen und praktischen Einschüchterungsversuchen wie Polizeieinsätzen usw. Umso wichtiger ist es, gegen den Chauvinismus aufzutreten und sich für die Rechte der Minderheiten einzusetzen.

2.
Jeder klassenbewußte Arbeiter und jeder fortschrittliche Mensch sollte sich daher aktiv für die Rechte der Minderheiten einsetzen und am Kampf gegen die geplante Minderheitenfeststellung und die Minderheitenpolitik der herrschenden Klasse überhaupt beteiligen. Der 14.November muß in ganz Österreich zu einem Kampftag für die Rechte der Minderheiten gemacht werden. Am 5.und 6.November muß in ganz Österreich der Minderheitenpolitik der Bourgeoisie in Demonstrationen und Kundgebungen entgegengetreten werden. Gegenwärtig ist es so, daß außerhalb Kärntens die chauvinistische Verhetzung des Volkes nicht so verfangen hat, wie es sich die herrschende Klasse wünscht..
Aber es gibt nur wenig Kenntnisse über die wirkliche Lage der Minderheiten, über ihre Diskriminierung, über den Inhalt des Volksgruppengesetzes und der Novelle zum Volkszählungsgesetz und den Zweck und die Folgen der geplanten Minderheitenzählung. Das nützt die herrschende Klasse aus, um die Meinung zu verbreiten, daß die Slowenen die Sache "hochspielen" und "mit nichts zufriedene Unruhestifter" wären. Die Verschärfung der Auseinandersetzung in den letzten Monaten kann leicht als "Hochspielen" erscheinen und auch fortschrittliche Menschen von der aktiven Teilnahme am Kampf abhalten. Diese falsche Haltung kann man nur aufbrechen, wenn der Kampf für die Rechte der Minderheiten und gegen die Minderheitenpolitik der Regierung als das behandelt wird, was er tatsächlich ist, als ureigenste Angelegenheit des ganzen Volkes. Nur mit dieser Orientierung kann man den Aufbau einer starken Kampffront für die Rechte der Minderheiten vorantreiben, mit dem bloßen Setzen auf die "Sympathie" und "Solidarität" mit den Slowenen wird man nicht weit kommen. Deshalb orientieren wir uns darauf, die Losung "Für die Rechte der Minderheiten!" zur Losung aller klassenbewußten Arbeiter und fortschrittlicher Menschen zu machen. Deshalb schlagen wir auch vor, mit dieser Losung die Erhebungsbögen am 14.November ungültig zu machen.
Dadurch wird der eigentliche Inhalt des Kampfes am klarsten zum Ausdruck gebracht, sein Ziel ebenso wie daß er auch nach dem 14.November weitergeführt werden muß.

3.
Zur Aufklärung und Mobilisierung der Menschen muß ihre Organisierung für diesen Kampf kommen. Dazu sind die bereits in einigen Städten existierenden Komitees ein wichtiges Instrument. Sie sind es umso mehr, je klarer ihre politische Grundlage ist, je eindeutiger ihre politischen Forderungen sind und je besser sie auch von ihrer Organisationsstruktur her geeignet sind, Menschen zum aktiven politischen Handeln zusammenzufassen. Damit steht es nicht zum Besten in den Komitees.

Insbesondere das Wiener Komitee wird von reformistischen und revisionistischen Kräften gegängelt und dominiert und hat seit seiner Gründung im Juli noch kaum eine praktische Initiative unter den Massen ergriffen, ja nicht einmal eine Komiteesitzung abgehalten. Umso wichtiger ist es, daß alle Kräfte, die für die Rechte der Minderheiten eintreten, in diesem Sinn an das Komitee herantreten und darin mitarbeiten. Nur im scharfen Kampf gegen diejenigen Kräfte in der Bewegung, die einem heftigen Kampf gegen die Regierungspolitik und gegen den Chauvinismus aus dem Weg gehen und nicht die Forderungen nach den notwendigen Rechten der Minderheiten erkämpfen wollen, sondern von vornherein faule Kompromisse anstreben, die nur ihr eigenes Süppchen kochen und die Bewegung unbedingt unter ihrer Kontrolle und daher auf Sparflamme halten wollen, die daher das Komitee als Exklusivzirkel ohne Zutrittsmöglichkeit für einen normalen Menschen halten wollen, die dort nach Belieben schalten und walten wollen, die nicht Menschen für die Mitarbeit gewinnen wollen, sondern es als Gnadenakt betrachten, jemandem die Mitarbeit zu erlauben, die sich - alles in allem - nicht auf die Massen stützen, sondern vor den Massen Angst haben,- nur im scharfen Kampf gegen diese Kräfte werden die Komitees zu Kampfinstrumenten und wird eine starke Bewegung aufgebaut werden können.

W.L.

Fortsetzung von Seite 4

Im wesentlichen geht es hier um finanzielle Förderung, dazu Betreuung und Ausbildung von Volksgruppenangehörigen auf verschiedenen, vom Gesetz nicht näher bezeichneten Sachgebieten (§9). Soweit es finanzielle Zuwendungen geben wird, wird die Regierung über ihre Organe jede Ausgabe genau überwachen und überprüfen, Einsicht in Bücher und Belege nehmen und sich Mittel zurückzahlen lassen, wenn die Verwendung etwa nicht ihren Vorstellungen entsprochen hat (§ 11). Von der prahlerischen "Förderung" bleibt also nicht viel übrig. Was bleibt, ist Kontrolle und Schikane, und dient offensichtlich dazu, von der politischen Rechtlosigkeit abzulenken, die mit diesem Gesetz festgeschrieben wurde.

Keinerlei Sanktionen gegen die Diskriminierung

Das Volksgruppengesetz sieht keine Maßnahmen vor, die dem ständigen Druck und der chauvinistischen Hetze gegen die Minderheiten entgegenwirken könnten. Die Chauvinisten aller Schattierungen, vor allem die in den Regierungsbänken, sollen weiterhin freie Hand haben. Im Gegenteil sieht das Gesetz, wie oben erwähnt, sogar die Bestrafung einer Person vor, wenn sie "unangemeldet" bei Gericht in ihrer nichtdeutschen Muttersprache auftreten will. Wir müssen jedoch umso entschiedener für ein gesetzliches Verbot der Diskriminierung der Minderheiten eintreten. Im ganzen betrachtet, stellt sich das Volksgruppengesetz als ein äußerst übles und chauvinistisches Machwerk heraus.

Das Volksgruppengesetz muß weg!

Um die Spaltung zwischen den verschiedensprachigen Teilen der Arbeiterklasse und des Volkes zu überwinden und um so die notwendige Einheit für den Klassenkampf herzustellen, brauchen die Minderheiten volle Gleichberechtigung, die Verwirklichung der besonderen Sprachrechte der Slowenen, Kroaten und Ungarn. In diesem Kampf muß das VGG zu Fall gebracht werden. Als Teil dieses Kampfes muß auch der aktive Boykott der Minderheitenzählung verstanden und geführt werden.

K.Sch.

Die Sinowatz-Lügen und die wahre Situation an den Schulen

"Warum demonstrieren Sie eigentlich? Ich glaube, sie sind einer falschen Propaganda aufgesessen." Das sagte Unterrichtsminister Sinowatz am 24.Juni dieses Jahres. An diesem Tag demonstrierten in Wien 12oo Menschen gegen den von der SP-Regierung verhängten Lehrerstop.
Die Forderungen waren:
Einstellung aller geprüften Lehrer!
Vertragsverlängerung für alle Sondervertragslehrer!
Keine Verschärfung der Lehramtsprüfung!

"Es gibt keinen Lehrerstop", behauptete Sinowatz damals gegenüber den Demonstranten.

Was sind die Tatsachen:
+ 1o6 Sondervertragslehrer allein in der Steiermark werden nicht mehr eingestellt.
+ Den eingestellten Sondervertragslehrern wird ab September nur ein Drittel des Gehalts ausgezahlt - in der Erwartung laut Ministerium, daß diese Lehrer heuer sowieso nur 1/3 der vorjährigen Stundenzahl erhalten.
+ Ein großer Teil der Anforderungen für neue Lehrer, den Schuldirektoren stellen, wird nicht erfüllt. So wurden im 12. und 16.Bezirk in Wien z.B. 7o Lehrer weniger als angefordert eingestellt.
+ Gleichzeitig wurden in Wien 7o geprüfte Haupt-und Volksschullehrer, die um eine Anstellung ansuchten, nicht angestellt.
+ Die neueingestellten Volksschullehrer in Wien aber werden fast ausschließlich als "Springer" eingesetzt, d.h. sie unterrichten jedes Jahr in einer anderen Klasse, an einer anderen Schule - sie "springen" ein.

Was sagt die Regierung dazu: Es gibt eben zuviele Lehrer, da kann man nicht alle anstellen, und muß die Sondervertragslehrer - die sind ja noch nicht geprüft - kündigen. Gleichzeitig wird die Lehramtsprüfung erschwert und werden die Aufnahmebedingungen an den pädagogischen Akademien an denen die Pflichtschullehrer ausgebildet werden, hinaufgeschraubt.

Die Ereignisse in Leibnitz wie in St.Valentin (siehe Berichte), zeigen aber, wie die Situation wirklich ausschaut: Schon bisher gab es zuwenig Lehrer, waren die Klassen und Schulen überfüllt, fielen Stunden aus usw. Die Sparmaßnahmen der Regierung bringen uns eine weitere bedeutende Verschlechterung der schon vorhandenen Misere im Volksbildungswesen. Die Klassenschülerzahlen werden noch höher, der Schulweg verlängert sich. Gleichzeitig aber werden mit diesen Maßnahmen, Lehrer "scheinbar überflüssig" gemacht, denn wenn man Klassen mit 38 und mehr Schülern macht, und Klassen mit weniger als 3o Schülern erst gar nicht eröffnet werden, dann gibt es eben bei Lehrermangel gleichzeitig "zuviele" Lehrer. Das ist aber dann ein hervorragendes Mittel, damit die staatliche Schulbürokratie ihre Diktatur über die Lehrer - besonders die fortschrittlichen - noch besser ausüben kann. Lehrer, die Angst um ihren Arbeitsplatz haben, kann man besser gegeneinander ausspielen - Sondervertragslehrer gegen andere, ältere gegen jüngere. Sie sind in den Händen des Staates ein willfähriges Instrument zur strengeren Einhaltung der bürgerlichen Lehrpläne. Sie fürchten sich gemeinsam mit den Eltern und Schülern, den Kampf gegen die krassen Verschlechterungen im Volksbildungswesen aufzunehmen. So sagt dann eben ein Lehrer in Leibnitz:"Wir stehen voll hinter den Schülern. Freilich können wir nicht streiken, das geht bei uns nicht so einfach."

Die Ereignisse in St.Valentin und Leibnitz zeigen aber auch, daß sich die Volksmassen die Verschlechterungen im Volksbildungswesen nicht bieten lassen wollen. Der Zusammenhang mit der "Sparpolitik" liegt offen. Die Bedingungen, um den Maßnahmen der SP-Regierung auf dem Gebiet des Volksbildungswesens den Kampf anzusagen sind günstig. Gegen den Lehrerstop die Forderungen:

EINSTELLUNG ALLER GEPRÜFTEN LEHRER!
VERTRAGSVERLÄNGERUNG FÜR ALLE SONDERVERTRAGSLEHRER!
KEINE VERSCHÄRFUNG DER LEHRAMTSPRÜFUNG!
KEINE VERSCHÄRFUNG DER AUFNAHMEBEDINGUNGEN!

F.N.

Schulstreik und Demonstration gegen Regierungssparmaßnahmen

Leibnitz/Steiermark

In Leibnitz streikten am 23.9. alle Schüler der 6. bis 8. Klassen des Gymnasiums 2 Stunden lang. 3oo Schüler demonstrierten mit Transparenten auf dem Leibnitzer Hauptplatz. Verschiedene Maßnahmen von Landesschulrat und Direktion, wie die Entlassung von 11 Sondervertragslehrern, Klassenzusammenlegungen etc. hatten zur Folge, daß zu Schulbeginn eine Durchschnittszahl von 38 (!) Schülern pro Klasse feststand. Zusätzlich wurde noch der Turn- und Handarbeitsunterricht reduziert. In dem Schulgebäude, das erst für 5oo, dann für 7oo Schüler adaptiert wurde, werden heute 1184 Schüler unterrichtet, zusätzlich noch 5oo Handelsschüler. Sofort kam es zu Protestschreiben von Schülern, Eltern und Lehrern an Direktion und Landesschulbehörden. Da es darauf keine Reaktionen gab, wurde von den Schülern der von Lehrern und Elternverein voll unterstützte Streik ausgerufen.

Nach der Demonstration verhandelte man (von der Behörde war kein Beamter zu "erreichen") mit dem Schuldirektor. Dabei kam es jedoch nur zu völlig unbefriedigenden Übergangsmaßnahmen, die darin gipfeln, daß der Elternverein jetzt die Überstunden des Lehrpersonals bezahlen soll.

Am 14.1o. soll auf einer Landesschulrätekonferenz die endgültige Entscheidung fallen. Die Schüler besprechen weitere Kampfmaßnahmen und Klassenversammlungen.

Nach Berichten der Ortsgruppe Graz.



Schulstreik in St.Valentin/NÖ

Zu Protesten von St.Valentiner Eltern kam es zu Schulanfang, als im Rahmen einer Schulsprengelauflösung 28 Volksschüler aus einer überbelegten Schule in St.Valentin ausgeschult und in die 2 Kilometer entfernte Volksschule in Langenhart geschickt wurden. Die Eltern weigerten sich am Anfang der ersten Schulwoche, ihre Kinder in die Schule zu schicken.
Im Laufe dieses Schulstreiks wurde bekannt, daß der Landesschulrat bereits im Frühjahr für das heurige Schuljahr die Einsparung von Lehrkräften gefordert hatte. Als die Gemeinde meldete, daß dies bei der überbelegten Schule, an der noch mindestens 10 Lehrkräfte fehlten, völlig unmöglich sei, wurde dies von der Schulbehörde einfach ignoriert. So kam es heuer zu den Maßnahmen nach der Leitlinie: "Wo man keine Lehrer mehr abbauen kann, dort werden eben die Schüler abgebaut."

Als die empörten Eltern den Bürgermeister bei einem vereinbarten Termin zur Rede stellen wollten, war dieser nicht da. Der ebenso benachrichtigte Obmann des Schulausschusses fehlte ebenfalls. Um ihren Kindern nicht zu schaden, haben die Eltern inzwischen den Schulstreik abgebrochen, so daß die Volksschüler nun zweimal am Tag den gefährlichen 2 Kilometer langen Weg gehen müssen.

(Nach einem Bericht)



Arena St. Marx / Wien:
Im Kampf um die Erfüllung der 4 Forderungen ist nun die Aufrechterhaltung der Besetzung die Hauptsache!

Nach wie vor ist die Arena Schlachthof St.Marx besetzt, nach wie vor kämpfen die Betroffenen um die volle Erfüllung der 4 Forderungen durch die Gemeinde Wien.
Daran konnte auch der Gemeinderatsbeschluß des Wiener Gemeinderates am 27.9.76 nichts ändern, mit dem die Gemeinderäte das Auslandsschlachthofgelände an die gemeindeeigene "Wiener Betriebsansiedlungsgesellschaft"(WIBAG)verkauft haben.
Allerdings ist der Beschluß des Gemeinderates ein Zeichen dafür, daß die Gemeinde gegenüber den Arenabesetzern und den Betroffenen an Boden gewonnen hat. Er ist ein Zeichen dafür, daß die Gemeinderäte offensichtlich der Auffassung sind, daß sie sich bereits ohne allzu großen Widerstand, ohne allzu großen Prestigeverlust über die breite Unterstützung und Sympathie, die die Arena-Forderungen im Volk finden, hinwegsetzen können.
Wir Kommunisten sind der Auffassung, daß es nun nach dem Beschluß und der von Stadtrat Mayer angekündigten Räumung darum geht, solche Schritte einzuleiten, die die Unterstützung und die Sympathie aktiv zusammenfassen und aktiv beleben, damit der politische Druck auf die Gemeinde so groß ist, daß die Besetzung weiter aufrecht erhalten werden kann und mit ihr als Grundvoraussetzung der Kampf um die Forderungen neu belebt wird.
In den ersten Wochen nach dem Beginn der Arenabesetzung am 27.6.76 war die Bewegung gegenüber der Gemeinde voller Schwung. Bis 22.7. haben über 30.000 die Forderungen durch ihre Unterschriften unterstützt. Tausende besuchten Wochenende für Wochenende das Arenagelände. Alle Versuche, von den Forderungen abzulenken und auf ein Alternativgelände hinzuarbeiten, wurden umgehend scharf verurteilt.
Die Gemeinde war angesichts dieser kraftvollen Bewegung völlig verunsichert und in der Defensive.
Die massive Unterstützung hielt an und bald waren über 50.000 Unterschriften gesammelt.
Vor einigen Wochen unterbreitete dann die Gemeinde den "Alternativvorschlag Inlandsschlachthof". In diesem Alternativvorschlag war keine Rede mehr von Selbstverwaltung und voller Finanzierung durch die Gemeinde. Diesen unverschämtenVorschlag, der noch dazu mit einer Frist verbunden war, wagte die Gemeinde deshalb, weil es den Arenakämpfern bis dahin nicht gelungen war, die breite Unterstützung des Volkes in aktive Teilnahme umzuwandeln. Deshalb nicht gelungen,weil zu sehr auf die Arena und die Gemeinde geschaut wurde, die aktive Beteiligung von außen - vor allem durch die Arbeiter und Angestellten - zuwenig beachtet und daher zuwenig Initiativen in dieser Richtung gesetzt wurden. Wo dies geschehen ist, wie z.B. bei der aktiven Einbeziehung und Unterstützung der Bewegung der angrenzenden Kleingärtner, hat dies der Gemeinde einen schweren Schlag versetzt. Ein Fehler war es auch, dann nur mehr auf die Verhandlungen mit der Gemeinde über entsprechende Alternativen zu blicken, wodurch die Gemeinde die Kampfmittel diktierte. Bei den vielen zigtausenden Unterschriebenen und der noch weit größeren Zahl von Sympathisierenden mußte der Eindruck entstehen, daß es nur mehr um Verhandlungen um die Realisierung irgendeines ominösen alternativen Kulturbetriebs ginge. Das Resultat war, daß die Kampffront um die Forderungen geschwächt wurde und es auch weiter nicht zur Aktivierung der Unterstützenden gekommen war.
Die Gemeinde wurde in der Folge immer frecher und delegierte die Verhandlungen an einen hohen Beamten, der überhaupt nur mehr über die aktuelle Möglichkeit der Zurverfügungstellung des Inlandsschlachthofes verhandelte.
Die Gemeinde hatte soviel an Boden gewonnen, daß der Gemeindeunterausschuß 7, der Stadtsenat und nun auch der Gemeinderat den Verkauf des Geländes an die WIBAG beschließen konnten. Dabei störten sie die breite Sympathie und die inzwischen über 70.000 Unterschriften nur wenig, solange sie nicht einen massiven politischen Druck, der aktiv alle Sympathisierenden zusammenfaßt, fürchten müssen. Stadtrat Mayr ging sogar soweit, die gewaltsame Räumung des Geländes durch die Polizei anzukündigen.
Der Kampf um die Arena, der Kampf um die Forderungen und um die Aufrechterhaltung der Besetzung ist daher in eine entscheidende Phase getreten und hat sich zugespitzt. Die Gemeinde oder die gemeindeeigene WIBAG werden sich nur

Fortsetzung auf Seite 8

AREMA-Kundgebung in der Stadt am "Tag der offenen Tür"

Die offenen Türen gelten für das Volk nur, solange es die Gemeinde bejubelt

Deutlich zeigte sich am 25.9., dem"Tag der offenen Tür" in Wien, wie sehr die Gemeinde das Überspringen des Funkens des Arenakampfes auf die breite Masse der Sympathisierenden fürchtet.
Um den Rathausplatz, wo in erster Linie die Teilnehmer an den Rathausveranstaltungen versammelt waren, wurde eine massive Polizeipostenkette gezogen und die Versammlung selbst mit einer Unmenge von Polizisten (darunter auffallend viele Polizeioffiziere) durchsetzt, beim Parlament wartete die Besatzung von drei großen Polizeibussen auf den Einsatzbefehl.
Der Grund dafür: Rund um das Veranstaltungsgelände wurden Informationsstände der Arenabesetzer durchgeführt, wo das Arenatheater die vier Forderungen propagierte, Unterschriften gesammelt,Arenazeitungen verkauft und Flublätter verteilt wurden.
Die Polizisten hatten ganz offensichltich den Befehl, die Arenabesetzer bei ihren Ständen ständig zu schikanieren und niemanden, der auch nur auf die entfernteste Weise mit der Arena zu tun hätte, durch die Postenkette zu lassen.
Die Folge davon war, daß Leute, die einzig und allein die soeben gekaufte Arenazeitung in der Hand hielten, polizeilich angehalten wurden und für längere Zeit in den Einsatzwagen verschwanden. Dasselbe geschah Leuten, die einen die Arena unterstützenden Sprechchor riefen. Ein Polizeioffizier kündigte an, daß alle Angehaltenen hohe Geldstrafen zu erwarten hätten.

Genossen der Ortsgruppe Wien des KB Österreichs, die Tafeln gegen die Gemeindepolitik mit sich trugen, und denen es gelang, die Polizeiposten zu passieren, wurden von den in der Menge verteilten Polizisten wieder "hinausgesäubert". Das Fazit von diesem Tag: Für die Arena konnten viele Unterschriften und neue Unterstützung gewonnen werden. Die Gemeindepolitik ist vielen Leuten deutlicher geworden: Die "offenen" Türen fürs Volk, nur dann, wenn es die Gemeinde bejubelt.
Wenn es aber gegen die Gemeinde und für den Kampf um die Arenaforderungen Stellung nimmt, sind von der Polizei rasch alle Türen hermetisch abgeriegelt.

(nach Berichten der Ortsgruppe Wien und den Arena-Besetzern.)

Graz:
Kampf um ein Selbstverwaltetes Jugendzentrum

Am 17.9. rang die Grazer Bewegung der Jugendlichen für ein Jugendzentrum in Selbstverwaltung dem Stadtrat Stingl die Zugeständnisse ab, im Grazer Haus der Jugend über einige Räume zu verfügenund in die Programmgestaltung eingreifen zu können.
Auf einem in diesen Räumen 4 Tage später abgehaltenen Plenum stellten sodann die Jugendlichen die Forderungen

+ Übernahme des Hauses der Jugend in Selbstverwaltung!
+ Finanzierung der Einrichtung und Führung des Jugendzentrums durch den Stadtrat!
+ Offenes Haus bis zum Zeitpunkt der endgültigen, vollständigen Übernahme in die Selbstverwaltung!

Am nächsten Tag wurden diese Forderungen Stingl präsentiert, doch tags darauf lehnte der Stadtrat die Forderungen ab und erwog die Schließung des Hauses. Die bürgerlichen Zeitungen starteten eine massive Hetzkampagne über die völlige Verwüstung des Gebäudes und über die chaotischen Zustände dort. FPÖ-Bürgermeister Götz beantragte die Schließung.
Diese Räumung des Gebäudes wurde jedoch durch den Druck der Jugendlichen (nach den Zeitungsgerüchten sammelten sich an die 2oo Jugendliche beim Haus der Jugend) verhindert.
Die Jugendlichen, die bereits gewisse Positionen errungen und verteidigt haben, beraten nun darüber, wie sie den politischen Druck auf die Gemeinde verstärken können um ihre Forderungen durchzusetzen.
Ausführlicher Bericht folgt in der nächsten Nummer.

(nach Berichten der Ortsgruppe Graz)

Fortsetzung von Seite 7

Arena...

dann trauen, die Räumung des Gebäudes anzuordnen, wenn von den Arenakämpfern nicht die breite Sympahtie und Unterstützung im Volk aktiviert und soweit wie möglich, zusammengefaßt wird und so der Kampf um die Forderungen einen neuen Aufschwung nimmt.

Ob es die Gemeinde wagt, die im Kampf um die 4 Arenaforderungen klar und deutlich zum Ausdruck gekommenen sozialen Interessen vor allem der Jugendlichen einfach zu mißachten und die Polizei einzusetzen, hängt davon ab, wie massiv es gelingt, der Gemeinde politisch entgegenzutreten.

Wir vom KB meinen, daß die Bedingungen für eine neuerliche Offensive nach wie vor dann günstig sind, wenn sich die Kämpfer um die Arena fest auf der Grundlage der Forderungen zusammenschließen, wenn sie alles daran setzen, einen möglichst großen Teil der vorerst auf dem Papier stehenden Unterschriften als aktive Streiter für die Forderungen zu gewinnen, wenn sie alles daran setzen, z.B. Betriebsräte, Gewerkschaftsgruppen, Organisationen und die Arbeiter und Angestellten zu einer aktiven Beteiligung in der Arena zu gewinnen, wenn z.B. in Form einer breiten Demomstration gegenüber der Gemeinde die Kampfbereitschaft gezeigt und die Besetzung geschlossen aufrechterhalten wird.

Die Gemeinde muß sehen, daß es nicht nur über 70.000 Unterschriften gibt, daß es nicht nur eine noch größere Zahl von Sympathisierenden gibt, sondern sie muß deutlich sehen, daß die Unterschriebenen und Sympathisierenden ebenfalls aktiv für die Forderungen und die Erfüllung der Forderungen eintreten. Nur durch solche Schritte können alle jene, die für die gerechten Arenaforderungen sind, aufgerüttelt und in Richtung aktiver Beteiligung gewonnen werden.

Gelingt dies, dann werden sich die Bedingungen in diesem Kampf gut entwickeln und wird sich ein neuer Aufschwung der Bewegung einstellen.

P.F.
(Ortsgruppe Wien des KB Österreichs)

Letzte Meldung:

Am Abend des 27.9. hat das Plenum der Arena beschlossen, Samstag, den 2.10., eine Demonstration zum Rathaus durchzuführen, die sich sternmarschmäßig aus verschiedenen Zügen zusammensetzen soll. Die Treffpunkte werden Plakaten zu entnehmen sein.

Lage der kapitalistischen Wirtschaft

Charakter, Auswirkungen und Aussichten

Das Produktionsniveau von 1973 ist noch nicht erreicht

In den wichtigsten westlichen imperialistischen Ländern ergibt die Wirtschaftsentwicklung auf den ersten Blick folgendes Bild: Gegenüber 1975, dem Jahr des Krisentiefpunkts, hat die Industrieproduktion in den USA, Japan, BRD, Frankreich und Italien bisher deutlich zugenommen. In Großbritannien tritt die Produktion im Vergleich zu 1975 noch auf der Stelle. Dort bewegt sich die Industrieproduktion auf einem Niveau, das kaum höher ist als im Jahre 1970 (!). Aber auch in den erstgenannten Ländern ist die Produktionstätigkeit nur im Vergleich zu 1975 gestiegen, im Vergleich zum Jahr vor der Krise liegen alle Länder noch mehr oder weniger darunter. Ein wirklicher Aufschwung besteht erst mit einer Ausdehnung der Produktion über einen einmal erreichten Stand hinaus. "Bei den beträchtlichen Zuwachsraten handelt es sich kaum um eine eigentliche Erholung, da die Maximalwerte der gesamtwirtschaftlichen Produktion vor der Rezession noch lange nicht erreicht sind." (Neue Zürcher Zeitung 4.9.76) Erst dann können die Kapitalisten die bereits vorhandenen Produktionseinrichtungen nützen und diese bzw. das dazu angelegte Kapital weiter ausdehnen.

Hat die Produktion in keinem dieser Länder das Niveau von vor der Krise erreicht, so ist die Zahl der Arbeitslosen gegenüber 1975 überhaupt nur geringfügig gefallen, zum Teil sogar gestiegen. In den USA z.B. ist zwar die Industrieproduktion nahe an das Vorkrisenniveau herangekommen, die Arbeitslosenrate hat aber bloß um ca. 1% abgenommen.

ARBEITSLOSE

	Juni 1975	Juni 76	Juli 76
GB	0,8702 mio = 3,3%	1,333 mio = 5,7%	1,500 mio = 6,3%
USA	8,7%	7,5%	7,8%
BRD	1,002 mio = 4,4%	0,921 mio = 4,0%	0,944 mio = 4,1%
F	0,872 mio		0,950 mio

Gestiegen sind die Arbeitslosenzahlen gegenüber 1975 auch in Japan und Italien. Das Heer der Arbeitslosen wurde bis jetzt also in den Ländern mit der stärksten "Erholung" (USA, BRD) nicht wesentlich verringert, insbesondere ist es dort in der letzten Zeit wieder zu einem Anstieg gekommen; in einigen Ländern (z.B. Italien, Frankreich) ist es auch im Vergleich zu 1975 noch gestiegen; in Großbritannien findet die langandauernde Stagnation in einer weiteren dramatischen Zunahme der Arbeitslosenzahlen ihren Ausdruck.

Die Profitrate entscheidet über Beschränkung und Ausdehnung der Produktion

Der Profit ist der Stachel der kapitalistischen Produktion, er bestimmt ihren Verlauf. Sinkt die Profitrate auf das eingesetzte Kapital, hören die Kapitalisten auf zu investieren. Das bedeutet, daß die Investitionsgüterindustrien ihre Produkte nicht absetzen können. Die Krise und die Entlassungen in diesem Teil der gesellschaftlichen Produktion müssen sich auf alle - voneinander abhängigen - Zweige der Produktion ausdehnen.

Nachdem die kapitalistische Wirtschaft einmal in die Krise geraten war, begannen eine Reihe von Faktoren zu wirken, die zu einer Steigerung der Profitrate v.a. der großen Konzerne führen mußten.

Es fand eine Kapitalvernichtung in riesigem Ausmaß statt. In der BRD z.B. betrug 1975 die Zahl der Bankrotte 9.200, insgesamt werden die Verluste auf 100 Milliarden S geschätzt. Eine solche Kapitalvernichtung, die v.a. die kleinen und mittleren Unternehmungen hinwegrafft, erhöht die Gewinnaussichten für das im Rennen bleibende Kapital. Damit einher geht eine beschleunigte Konzentration und Zentralisation des Kapitals. Wir haben in Österreich selbst zahlreiche Beispiele für diese Entwicklung man denke etwa an die Textilindustrie oder die Glasindustrie.

Die Krise ließ das Heer der Arbeitslosen gewaltig anschwellen Zuerst wirft die Produktionseinschränkung Massen von Arbeitern aufs Pflaster. Dies allein genügt, um die Konkurrenz unter den Lohnabhängigen und ihre schlechte Lage zu Reallohnsenkungen auszunützen.

Die Kapitalisten bleiben aber dabei nicht stehen. Angestachelt durch die Konkurrenz im Inland und durch den Kampf um die Weltmärkte betreibt das Kapital die Rationalisierung der Produktion. Die Produktionskosten werden gesenkt, indem die Arbeitshetze steigt, indem neue Methoden und bessere Maschinen eingesetzt und Arbeitskräfte eingespart werden. Mit weniger Arbeitskräften soll mehr produziert werden. Die Lohnkosten sollen auch so fallen. Dadurch kommt es zustande, daß zwar die Produktion steigt, die Zahl der Beschäftigten aber abnimmt. Die kapitalistische Produktion schafft sich so selbst ständig Nachschub für das Heer der Arbeitslosen. Und damit kann sie den Druck auf die Löhne noch verstärken.

In der österreichischen Industrie wurde z.B. im Juni 1976 um 11,1% mehr produziert als vor einem Jahr. Aber es waren um 1,9% weniger Arbeiter beschäftigt, die Produktivität je Beschäftigten stieg so um 13,2%. In der Maschinen- und Stahlbauindustrie stieg die Produktion um 7,5%, die darin beschäftigten Arbeiter nahmen um 2,1% ab, die Produktion je Beschäftigten nahm um 9,8% zu. In der Elektroindustrie lauten die Zahlen + 9,9% für die Produktion, - 0,1% für die Beschäftigten und + 10% für die Produktivität.

Die Gewinne müssen sich unter disen Bedingungen verständlicherweise erholt haben.

Investitionen, Waren- und Kapitalexport als notwendige Stützen des Aufschwungs

Wenn die Reallöhne gesenkt werden, wenn mit weniger Arbeitern mehr produziert wird, wie werden diese Produkte dann verkauft? Woher kommt die Nachfrage, die eine Steigerung der Produktion überhaupt ermöglicht?

Die Kapitalisten können sich gegenseitig einen Markt schaffen, indem sie durch bessere Profitaussichten angestachelt, die Investitionen ausdehnen. Ein solcher Investitionsaufschwung in der kapitalistischen Weltwirtschaft wäre die Voraussetzung für einen halbwegs längerdauernden Aufschwung. Bis heute aber ist dieser nicht so recht in Gang gekommen, die Kapitalisten haben selbst nicht genug Vertrauen in die weitere Entwicklung.

Bislang war der Aufschwung in einigen wichtigen Ländern z.T. durch den Lageraufbau bei den Kapitalisten, z.T. durch eine einmalige Belebung des privaten Konsums getragen. Vor allem aber durch eine weit über die Produktionsbelebung hinausgehende Steigerung des Exports.

des gegenwärtigen Produktionsanstiegs

In den ersten 7 Monaten dieses Jahres stiegen die Exporte der österreichischen Kapitalisten gegenüber demselben Zeitraum 1975 um 12%. 2/3 (!) des für 1976 erwarteten Produktionsanstiegs müßten laut einer Schätzung im Export verkauft werden.

Um die Verwertung des Kapitals zu verbessern, wird versucht, Kapital, das zuhause brach liegt oder nicht genügend Gewinn bringt, im Ausland, den Entwicklungsländern, anzulegen. Der US-Kapitalexport hat von 3 Mrd. Dollar (1973) auf 20 Mrd. Dollar (1975) zugenommen!

Der Drang auf den Weltmarkt muß zu einer weiteren Verschärfung der Konkurrenz unter den kapitalistischen Ländern führen. Weltweit konnten u.a. die USA, die BRD und Japan ihr Gewicht verstärken. In allen Ländern verschärft das Monopolkapital die Angriffe auf die Lohnabhängigen, überall predigt man ihnen dasselbe: Verzicht üben, Lohnsenkungen und andere Verschlechterungen hinnehmen, damit das "eigene" Kapital im Konkurrenzkampf besser abschneidet. Allein bei oberflächlicher Betrachtung drängt sich auf: was für die Arbeiter eines Landes isoliert betrachtet, noch als Ausweg erscheinen könnte, wird absurd, wenn alle Länder einbezogen werden. Das könnte nur dazu führen, daß die Arbeiter der verschiedenen Länder für "ihre" Kapitalisten um den niedrigsten Lohn konkurrieren.

Die Methoden der Steigerung des Profites bereiten die nächste Krise vor

Wir haben gesehen, wie die Kapitalisten in der Krise die Profitrate zu steigern versuchen. Die Senkung des Lohnniveaus führt unmittelbar zu einer Erhöhung der Profitrate, und diese wiederum kann eine Belebung der Investitionstätigkeit und der Produktion zur Folge haben. Es wird dabei nicht mehr mit den alten Methoden und Produktionsmitteln produziert; die Konkurrenz zwingt zur Kostensenkung und damit zur Umwälzung der Produktion: Verdrängung der Arbeitskräfte durch Maschinen, Vergrößerung des Teils des Kapitals, der für Maschinen, Rohstoffe etc. ausgelegt wird, im Vergleich zu dem Teil, der für Löhne ausgegeben wird. Aber nur der Teil des Kapitals, der für Löhne aufgewendet wird (= das variable Kapital) kann sich auch vermehren, denn nur aus der Beschäftigung von Arbeitern zieht der Kapitalist seinen Mehrwert, indem ihm der Arbeiter mehr Wert schafft, als ihn der Lohn kostet. Eine Maschine kann keinen Wert schaffen, ihr Wert kann lediglich durch die Arbeit des Menschen auf die Produkte übertragen werden. Indem im Lauf der Ausdehnung der kapitalistischen Produktion das in Maschinen angelegte Kapital ständig an Übergewicht gegenüber dem Kapitalanteil gewinnt, der den beschäftigten Arbeitskräften entspricht, nimmt die ausgebeutete Mehrwertmasse im Vergleich zum gesamten eingesetzten Kapital gesetzmäßig ab. Jeder Aufschwung der kapitalistischen Wirtschaft kann nur bestehen in einer besonders raschen Vermehrung des konstanten Kapitals (Maschinen etc.) gegenüber dem variablen (Löhne, Gehälter) und muß zu einem fortschreitenden Fall der Profitrate und damit zu einem erneuten Rückgang der Investitionen und einer erneuten Überproduktion führen.

Mit dieser Entwicklung, die die Produktivkraft der Arbeit steigert und die das Gewicht des Investitionssektors in der gesellschaftlichen Produktion ständig erhöht, einher geht die ständige relative Einengung der Konsumtionskraft der Arbeiterbevölkerung.
Ein immer geringerer Teil der im Aufschwung produzierten Warenmasse ist für den Konsum der Werktätigen bestimmt. Einen immer größeren Teil macht der Ersatz des Verschleißes der bereits eingesetzten Produktionsmittel und die Anlage in zusätzlichen Produktionsmitteln aus. Je weiter diese Entwicklung voranschreitet, umso mobiler muß die kapitalistische Wirtschaft werden; umso schneller muß jeder Fall der Profitrate begleitet von einer Stockung der Investitionstätigkeit, zu einem offenen Ausbruch der Widersprüche der kapitalistischen Wirtschaft führen.

Der Kampf der Völker der 3. Welt ist nicht Ursache der Krise

Die Bourgeoisie stellt das so dar, also ob die Völker der 3.Welt für die Krise in den Industrieländern verantwortlich wären und nicht der Kapitalismus.

In den letzten Wochen richtete sich die chauvinistische Hetze gegen zu erwartende Ölpreiserhöhungen: "Ölscheichs bringen den Aufschwung um", hieß es.

Warum heulen die Imperialisten fortwährend in diese Richtung? Es ist noch nicht lange her, da konnten sie mit den unterentwickelten Ländern beliebig umspringen. Die Preise der von dort bezogenen Rohstoffe wurden fortwährend billiger, im Vergleich zu den Industrieprodukten; stockte die Produktion in den Industrieländern, fielen die Preise gleich ins Bodenlose. Über die Absatzmärkte dieser Länder konnte von den Imperialisten beliebig verfügt werden, für die Anlage von überflüssigem Kapital ließ man sich keine Schranken setzen.

Heute hat sich das Bild für die Imperialisten verändert. Der Kampf der Völker der 3.Welt hat ihnen auf allen Ebenen schwere Schläge versetzt. Heute können sie einen Teil der Krisenlasten nicht mehr so einfach auf fremde Völker abladen, ihr Manövrierspielraum ist eingeengt. Weite Teile wurden für ihren Warenabsatz und die Anlagen von Kapital verloren. Gerade in den der letzten Krise vorausgegangenen Jahren mußten sie schwere militärische und politische Niederlagen einstecken.

All dies hat die Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft nicht verursacht; wohl aber hat das zu einer weitgehenden Vertiefung der Krise und zu einer Verdüsterung der Zukunftsaussichten der imperialistischen Weltwirtschaft beigetragen. Die imperialistische Bourgeoisie greift die Völker der 3.Welt an, weil sie durch ihre Kämpfe um gerechte Austauschverhältnisse, um die Verfügung über die eignen nationalen Rohstoffe, um die Selbstbestimmung in allen wirtschaftlichen Angelegenheiten, um die Verfolgung der nationalen Wirtschaftsinteressen, die Stabilität und die Prosperität der Industrieländer gefährdeten.

Und wenn das so ist, dann können die Arbeiter in den Industrieländern darauf nur eine einzige Antwort geben: Wenn sich dieses kapitalistische System nur durch maßlose Ungerechtigkeit und Ausbeutung nach allen Seiten hin - die Ausgebeuteten im eigenen Land und die unterentwickelten Länder - funktionieren kann, dann gehört es eben weg!

W.R./Wien

Die Kapitalisten bereiten Lohnraubabschlüsse vor, Benya liefert ihnen die Argumente

Im Herbst und Winter stehen die großen Lohnrunden bevor: Metall- und Bergarbeiter, Chemiearbeiter, Privatangestellte usw. usf. Noch wird zwar nicht verhandelt, aber die Bourgeoisie bereitet sich schon darauf vor, indem sie die Arbeiter mit Appellen, Warnungen und Drohungen überschüttet. Wenn zu hohe Lohnerhöhungen durchgesetzt würden, würde das "zarte Pflänzchen der Konjunktur" wieder zertreten werden. Etwas offener sagte das Sallinger von der Bundeswirtschaftskammer: Jetzt müßten "im Interesse aller" vor allem einmal die Gewinne ordentlich steigen, denn ohne hohe Gewinne gebe es keine "Marktwirtschaft" und ohne "Marktwirtschaft" keine Demokratie. Das stimmt: Ohne Profite keine Kapitalismus keine bürgerliche Demokratie. Jedenfalls schießen sich die Kapitalisten bereits massiv gegen die Arbeiter ein. Daß sich die Kapitalisten auf die Kollektivvertragsrunden vorbereiten, ist selbstverständlich. Weniger selbstverständlich ist, was auf Seiten der "Arbeitnehmer" vorgeht. Auch die Arbeiter müssen sich auf die bevorstehenden Auseinandersetzungen um die neuen Kollektivverträge vorbereiten. Aber statt daß die Gewerkschaftsführer diese Vorbereitung organisieren, stimmen sie voll in den Chor der Kapitalisten ein. Benya läßt keine Gelegenheit ungenutzt, um zu verkünden, daß sich die Arbeiter mit "sinkenden Einkommenserwartungen" anzufreunden hätten. Immerhin sei aber eine Reallohnerhöhung um 1 - 2 % drinnen. Wenn man bedenkt, daß bei den Brauereiarbeitern mit 8,5 % abgeschlossen wurde und bei den Textilarbeitern mit S 2,40 (plus -,60 ab 1.April), muß man sich wundern, wo hier die 1 - 2 % Reallohnerhöhung stecken sollen. Die offiziell ausgewiesene stets zu niedrig angesetzte Inflationsrate beträgt für 1976 (vorausgeschätzt) 7,5 Prozent. Das ist für 12 Monate. Für 15 Monate, die Laufzeit einiger großer Kollektivverträge, würde das bereits 9,4% ausmachen. Das wäre das Mindeste, was eine Lohnerhöhung bringen müßte, um die seit dem letzten Kollektivvertrag

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 9

Benyas Argumente ...

durch die Inflation erfolgte Lohnentwertung wettzumachen. So wäre das, wenn es keine Lohnsteuer gäbe. Es gibt sie aber und zwar macht sie sicherlich ein Viertel jeder Lohnerhöhung aus. Um den Nettoreallohn durch den Kollektivvertragsabschluß zu halten, wäre daher - wenn man schon in Prozenten und nicht in Schilling rechnen würde - mindestens 12 % notwendig.

Benya rechnet anders. Er geht nicht davon aus, was die Inflation in der Vergangenheit wirklich vom Lohn weggefressen hat, sondern davon, wieviel sie vielleicht im nächsten Jahr wegfressen wird. Diesen Gedanken, seit jeher Wunschtraum der Kapitalisten und von der Arbeiterbewegung zurückgewiesen, hat Benya im letzten Jahr erstmals lanciert und zur Grundlage der gewerkschaftlichen Lohnpolitik gemacht. Die Kapitalisten haben sich wie die Geier darauf gestürzt. Jetzt konnte man die Gewerkschaft mehr denn je auf ihre "Verantwortung" für die Zukunft der Kapitalisten und der kapitalistischen Wirtschaft festlegen. Von den tatsächlichen Verlusten, von den wirklichen Interessen der Arbeiter keine Rede mehr. Außerdem kann man Inflationsprognosen beliebig nieder ansetzen. Z.B. mit 6 % für 1977. Wenn die Prognose nicht eintrifft, sind erst wieder die Arbeiter schuld. Davon abgesehen unterschlägt Benya auch, daß die Inflationsrate für 12 Monate gerechnet ist, die Lohnforderungen aber für einen längeren Zeitraum. Zur Lohnsteuerauspressung hat Benya nur zu sagen, daß eine Lohnsteuerreform nicht in Frage kommt. Das alles ist wirklich nur ein Beitrag, um die Arbeiter "an niedrigere Einkommenserwartungen zu gewöhnen", um mit Geschwätz über Reallohnsteigerung die Arbeiter vom notwendigen Kampf um die Verteidigung des Reallohns abzuhalten. Um die Arbeiter auf den Kampf um ihre Interessen vorzubereiten - dazu taugt das nicht.

W.L.

Richtigstellung: ÖBB-Verschub

In der Nummer 1/76 vom 8.August ist der Redaktion auf Seite 10 bei der Auswahl des Bildes zum "ÖBB-Rationalisierungsprogramm" eine Verwechslung unterlaufen. Der auf dem Foto abgebildete Verschubbahnhof steht nicht in Linz, sondern stellt die Spedition Welz in Salzburg dar. Wir bitten die Leser und insbesondere die Kollegen vom Verschub in Linz um Entschuldigung für diesen Irrtum.

Lohnsteuer frißt immer mehr weg

Als Folge der nächsten Lohnrunde sollen sich nach dem Willen des Finanzministers die Steuerlasten weiter zuungunsten der Arbeiter und Angestellten verschieben. Große Teile der Lohnabhängigen werden durch eine Bruttoerhöhung in eine stärkere Steuerprogression kommen. Das ist eine Tatsache, die niemand mehr leugnen kann. So mußte der Experte für Budget- und Steuerpolitik im Wirtschaftsforschungsinstitut, Dr. Lehner, in einem Interview in der Kronenzeitung zugeben, daß "ab jetzt praktisch alle Unselbständigen ins Verlieren kommen"; und "bei der nächsten Lohnrunde wird Androsch auf Grund der steiler gewordenen Progressionskurve mehr profitieren als das letztemal".

Folgende Beispiele belegen, daß der prozentuelle Anteil der Lohnsteuer am Brutto-Einkommen durch eine Lohnerhöhung wachsen würde. Dabei wurde von einer Lohnerhöhung von 9 % ausgegangen:

Wieviel % vom Bruttolohn beträgt die Lohnsteuer?

Brutto-einkommen von S	Lohnsteuer verh. mit Alleinverdienerfreibetr. + 1 Kind	in %	Lohnsteuer verh. ohne Alleinverdienerfreibetr. 2 Kinder, je zur Hälfte veranlgt.	in %
6.000 + 9 % = 6.540	0 94,30	0 1,4	163,70 294,30	2,7 4,5
7.500 + 9 % = 8.175	325,30 488,70	4,3 6,0	525,30 688,70	7,0 8,4
9.000 + 9 % = 9.810	696,30 901,70	7,7 9,2	896,30 1101,70	9,9 11,2
10.500 + 9 % = 11.445	1082,90 1368,90	10,3 12	1282,90 1568,90	12,2 13,7

Was bleibt nun einem Arbeiter oder Angestellten real auf die Hand bei einer angenommenen Lohnerhöhung von 9 %?

	brutto	minus Inflation 7,5 %	Sozialversicherung	LST mit Alleinverdienerfreibetr.+1 Kind	netto	LST o.Alleinverdienerfreibetr.;2 Kinder je zur Hälfte veranlagt	netto
alt	6000	-	834,-	0	5166,-	163,70	5002,30
neu + 9%	6540	450,-	909,06	94,30	5086,64	294,30	4886,64
alt	7500	-	1042,50	325,30	6457,50	525,30	6257,50
neu + 9%	8175	562,50	1136,34	488,70	5987,46	688,70	5787,46
alt	9000	-	1220,10	696,30	7083,60	896,30	6883,60
neu + 9%	9810	675,-	1290,98	901,70	6942,32	1101,70	6742,32
alt	10500	-	1351,35	1082,90	8065,75	1282,90	7865,75
neu + 9%	11445	787,50	1434,04	1368,90	7854,56	1568,90	7654,56

Diese Zahlen beweisen, daß für die Arbeiter und Angestellten eine Lohnsteuerreform unbedingt notwendig ist. Die Gewerkschaft, deren Obmann Benya bisher immer gegen eine Senkung der Steuerausplünderung auftrat, müßte für eine Reform eintreten, aber für eine solche, die das Problem einmal grundsätzlich und nach den Prinzipien angeht, die in der Geschichte der Arbeiterbewegung tief verankert sind. Die Lohnabhängigen sollen für diesen Ausbeuterstaat überhaupt keinen Groschen von ihrem schwer verdienten Lohn bezahlen, den sie ja voll und ganz zum Leben brauchen.

R.F.

VÖEST-Linz: Erste

Nach wie vor ist unter der VÖEST-Belegschaft der Unmut groß darüber, daß es heuer keine Sonderzahlung geben soll.
Die anhaltende Empörung kommt sehr gut in der Aufschrift zum Ausdruck, die ein Kollege mit weißer Farbe auf einen Eisenbahnwaggon gesprüht hat: "SPÖ hält Wort - die Prämie ist fort".
Der Spruch hat auf dem Weg des Waggons durchs Werk viel Zustimmung gefunden.

Eine Zeitlang hat der Verhandlungsbeginn zwischen Betriebsrat und Geschäftsleitung Hoffnungen geweckt. Jetzt schleppen sich die Verhandlungen aber hin, und außer Gerüchten ist nichts zu erfahren. Ganz offensichtlich ist es den Kollegen aber zu wenig, wenn sich die SP-Betriebsräte zugutehalten, daß überhaupt verhandelt wird. Tatsächlich geht es ja auch nicht um irgendeine Sonderzahlung, sondern um die Verteidigung des in den letzten Jahren erreichten Lohns. Es geht also um eine Sonderzahlung in der Höhe eines Monatslohnes, und nach den Erfahrungen mit den wackeligen Prämien muß diese Sonderzahlung als 15.Monatslohn garantiert werden. Und das ab heuer.
Doch diesen einzig konsequenten Arbeiterstandpunkt vermögen unsere Betriebsräte von der SP-Fraktion nicht einzunehmen, solange sie uns mit dem Unternehmerstandpunkt vom "schlechten Geschäftsjahr" aussöhnen wollen. Wir dürfen es uns nicht vom Lohn abziehen lassen, wenn die Kapitalisten den Reichtum, den sie aus unserer Knochenarbeit schinden, in Krisenjahren nicht verkaufen können.

Mit etwas größerer Lautstärke vertreten die Revisionisten vom KPÖ-Linksblock im Grunde denselben klassenversöhnlerischen Standpunkt wie SP-Betriebsräte. Deshalb verzichteten sie auch in der Betriebsratssitzung vom 10.9. auf eine Abstimmung über ihren eingebrachten Antrag, "da man den Äußerungen des Obmanns Kollegen Ruhaltinger entnehmen konnte, daß er bei den Verhandlungen für eine Sonderzahlung noch in diesem Jahr eintreten werde" (VÖEST-Werkspiegel der KP vom Sept. 76). Mit den Stimmen der Linksblock-Betriebsräte wurde auch in der vorangegangenen Sitzung der Verhandlungsbeginn September beschlossen, "da man die Wirtschaftslage des Betriebes bis Jahresende im September besser beurteilen und überschauen kann." (VÖEST-"Wahrheit" Betriebs-

Kampfschritte um den 15. Monatslohn

zeitung der SP, Sept.76)
Tatsächlich lassen sich auch die Kollegen von solchen "Vertretern" nicht lange hinhalten. In den zahlreichen Debatten ist immer häufiger laut geworden, daß etwas geschehen muß, um Einfluß auf das Verhandlungsergebnis zu nehmen. So ist in unserer Partie eine Unterschriftensammlung diskutiert worden, um den Standpunkt der Belegschaft klarzumachen und den Betriebsräten bei der Durchsetzung dieses Standpunktes den Rücken zu stärken. Wir haben für folgende Resolution Unterschriften zu sammeln begonnen:

"An die Betriebsleitung der VÖEST-Alpine/Linz
An den Betriebsrat der VÖEST-Alpine/Linz
Die Unterzeichneten fordern von der Betriebsleitung der VÖEST-Alpine/Linz die Auszahlung der Prämie in der Höhe und Form eines garantierten 15. Monatslohnes noch heuer. Die Prämie ist seit Jahren zum Lohnbestandteil geworden.
Wir fordern den Betriebsrat der VÖEST-Alpine auf, in diesem Sinn zu verhandeln, laufend über den Verhandlungsverlauf zu berichten und gegebenenfalls geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um diese Forderung gestützt auf die Kraft der ganzen Belegschaft durchzusetzen."

Nach kurzer Zeit hatte unsere Partie vollzählig unterschrieben, obwohl vorher gegen Kampfschritte eingewendet worden war, daß "die Bauern und Jugos da niemals mitmachen". Ein Kollege bot sich an, einen ganzen Packen davon kopieren zu lassen. Tatsächlich machten die Kollegen von den benachbarten Partien sofort mit.
Kaum hatte sich die Unterschriftensammlung wie ein Lauffeuer auszubreiten begonnen, war auch schon der Meister da und versuchte uns alles als "sinnlos" auszureden. Dazu ein Kollege:"Der tut sich leicht reden, der hat den 15.Monatslohn und eine Prämie."
Dennoch ist durch diese Abwiegelungsversuche der hochdotierten Funktionäre des VÖEST-Kapitals die Unterschriftensammlung vorerst ins Stocken geraten, sind Bedenken laut geworden, was die paar Unterschriften angesichts der Größe des Werkes mit seinen 16.000 Beschäftigten ausrichten sollen.
Jetzt geht es darum, in einer Debatte über die bisherigen Erfahrungen wieder die Reihen zu stärken. Erfahrungen, daß auf der Grundlage einer richtigen und konsequenten Forderung sehr schnell die Einheit hergestellt werden kann; Erfahrungen, daß sich die Bewegung wie ein Lauffeuer in anderen Abteilungen verbreitet, wenn die zahlreichen bestehenden Verbindungen (Freunde, Bekannte, Vertrauensmännersitzungen, Sprengelversammlungen) genutzt werden; daß also die Größe des Betriebes und die große Zahl der Kollegen kein Nachteil, sondern eine ungeheure Kraft ist. Und schließlich die Erfahrung, daß jetzt die von der Sinnlosigkeit des Kampfes reden, die bei der Streichung der Prämie kein Wort verloren haben. Aus all diesen Erfahrungen ergibt sich, daß der Kampf fortgesetzt und verbreitert werden kann und muß.

P.K./Linz



Aus der harten Arbeit der Belegschaften der VÖEST-Betriebe (Bild: Werk Kindberg) sind in den letzten Jahren gewaltige Profite gezogen worden. Um die in der Krise gesunkene Profitrate hochzuhalten, wird bei der Arbeit noch mehr gehetzt, wird die Produktion bei verringerter Belegschaft gesteigert und versuchen die Kapitalisten vor allem, den Lohn wo es geht zu drücken - wie jetzt durch die Verweigerung der üblichen Sonderzahlung.

Steyr-Daimler-Puch
Höchstprofite auf dem Rücken der Arbeiter

Die vergangenen eineinhalb Jahre werden den Puch-Arbeitern lange im Gedächtnis bleiben. 1975 wurden über 1000 von ihnen auf die Straße geworfen. Für die anderen kamen zur Unsicherheit der Existenz und zur Senkung des allgemeinen Lebensniveaus verschlechterte Arbeitsbedingungen, verstärkte Arbeitshetze.

Zu Beginn des Jahres sprachen die Kapitalisten in einem "Mitarbeiterbrief" von "schweren Zeiten" und daß man sich "keine Wunder erwarten" dürfe.

Ein halbes Jahr später, als die Bilanz des Konzerns über 1975 veröffentlicht wurde, war die Katze aus dem Sack:

Der Umsatz war um 8 % gestiegen, pro Beschäftigtem um etwa 14 %. Die Produktion war - obwohl der Konzern im Laufe des Jahres fast 1800 Arbeiter entlassen hatte - erhöht worden. 50 Millionen Schilling wurden an Dividende ausbezahlt. Die Bonzen im Aufsichtsrat bekamen allein eine Million Schilling an "Aufwandsentschädigung". Der neue Steyr-Daimler-Puch Generaldirektor konnte verkünden: "Unsere Bilanz ist von einer ganz phantastischen Struktur".
Kein Wunder, daß diese Zahlen das Herz der Kapitalisten höher schlagen ließen.

Gleichzeitig wuchs aber auch die Empörung über die Arbeitshetze. Auf Grund der Stimmung im Betrieb waren "die oben" gezwungen, in ein paar Fällen Erleichterungen durchzuführen.

- *So wurde in der Spannerei, nachdem die Stückzahl vorher erhöht worden war,nach Protest der Arbeiterinnen wieder ein Arbeitsgang weggenommen und die Maschinerie verbessert.*
- *So wurde nach Beschwerde einzelner Kollegen auf der "Maxi-Rutschn" die Stückzahl gesenkt, da überdies aufgrund der Arbeitshetze schon zuviel Ausschuß produziert worden war.*
- *Von den Kollegen im Fahrzeugbau konnte einmal überhaupt eine Neustoppung verhindert werden, als sie einen Ingenieur solange frozzelten, bis er von selbst wieder ging.*

Während es hier vereinzelte Erfolge gab, wartet nun das "Management" in einem"Aktionärsbrief" an die Rentiers und Kuponschneider mit neuen Überraschungen auf: Im ersten Halbjahr 1976 wurde der Umsatz abermals um 15,5 % gesteigert und soll die Produktion weiter erhöht werden: "Steyr erwartet Umsatz hart an der Zehnmilliardengrenze" (Presse, 22.9.76)
Während die Puch-Kapitalisten in den "Mitarbeiterbriefen" immer von "Gemeinschaftsaufgaben" faseln,steht offenbar in den "Aktionärsbriefen" schon mehr über ihre nüchternen Ziele: Höchstprofite und noch einmal Höchstprofite.
Klarheit darüber brauchen die Kollegen bei Puch, wenn sie nun einen verstärkten Kampf gegen die Kapitalisten führen müssen und gegen deren Pläne, die Ausbeutung weiter zu verschärfen. Und ebenso müssen sie, wenn sie sich für den kommenden Kollektivvertrag rüsten, davon leiten lassen, daß es keine Gemeinsamkeit mit den Kapitalisten gibt.

K.W.
Zelle Puch/Graz

Steyr Hellas
Vorstoß des Finanzkapitals in Griechenland

Auf der Basis erbarmungsloser Rationalisierungspolitik und Verschärfung der Ausbeutung in den heimischen Betrieben ist die Steyr-Daimler-Puch AG zu einem der schlagkräftigsten Posten des österreichischen Finanzkapitals im internationalen Konkurrenzkampf geworden. 1975 ist der Exportanteil der von der Creditanstalt beherrschten Gesellschaft "von 50 auf 52 % gestiegen.. Für das ganze Jahr wird ein Umsatzplus von 18 - 20 % angestrebt" (Neue Zürcher Zeitung, 16.6. 1976). Kürzlich ist es dem Konzern gelungen, die mit der faschistischen griechischen Militärjunta abgeschlossenen Verträge über den Betrieb der "Steyr-Hellas", die nach dem Sturz der Junta von der neuen griechischen Regierung nicht anerkannt worden waren, doch noch zu retten. Die Profite werden zwar nicht so groß sein, als die unter der Junta erwarteten. Damals rechneten die Kapitalisten mit völlig rechtlosen und terroristisch unterdrückten Arbeitern. Ein griechischer Regierungsauftrag für 3.500 LKW (Auftragswert 2 Mrd.S) läßt aber "die Kostenschwelle schon überschreiten", zudem wird Steyr "eine Motorenfertigung in Hellas aufziehen"; all das ist zustandegekommen" in einer Vielzahl von Verhandlungen.., wobei auch österreichische Regierungsmitglieder sich als gute Vermittler erwiesen" (Presse, 24.9.76)

POST: Proteste gegen verstärkten Druck der Regierung

Im Zuge der staatlichen Sparpolitik, die sich gegen die kleinen Arbeiter und Angestellten im Öffentlichen Dienst richtet, sind vor kurzem die Bediensteten von Post und Telegraph unter Beschuß gekommen. Geplant ist eine Personalreduzierung um 1%, was den Abbau von 1.200 Beschäftigten bedeutet. Weiters wird für die Briefpost die Wiedereinführung der Samstagsarbeit erwogen und es soll auch noch eine Streichung der Überstunden durchgeführt werden. Zusätzlich wälzt Finanzminister Androsch Pläne, überhaupt Teile aus der Post auszugliedern und zu"kommerzialisieren", d.h. den unmittelbaren Druck auf die Postler noch mehr zu verstärken. Was diese Maßnahmen für die Postler bedeuten, wird einem klar, wenn man weiß, daß bei der Post seit 2 Jahren faktisch ein Aufnahmestop praktiziert wird, daß eine sehr große Menge von Dienstposten, besonders in den kleinen Postämtern, nicht besetzt sind und daß wegen des miserablen Gehaltes fast jeder Postler auf Überstunden und auf Nebenjobs angewiesen ist.
So ist es auch klar, daß diese Äußerungen der Regierung unter den Postlern große Empörung hervorgerufen haben. In einer Entschließung des Gewerkschaftsvorstandes der Post- und Telegraphenbediensteten wird diese Regierungspolitik scharf verurteilt:

Entschließung

Der Gewerkschaftsvorstand der Post- und Telegraphenbediensteten befaßte sich in seiner Sitzung am 15.9. 1976 unter anderem über die durch die Massenmedien der Interessensvertretung zur Kenntnis gebrachten Absichten der Bundesregierung.

Kürzung des Personalstandes bei der Post- und Telegraphenverwaltung, Überprüfung der eventuellen Wiederaufnahme der Samstagdienste, Kommerzialisierung des Post- und Fernmeldebetriebes und stellt dazu fest:

Es entspricht den demokratischen Gepflogenheiten der Mitbestimmung im Betrieb, daß solch entscheidende Maßnahmen vor ihrer Ankündigung mit den zuständigen Interessensvertretungen abgesprochen werden. Dies ist bisher bei keinem der angeführten Punkte erfolgt. Gegen diese Vorgangsweise protestiert der Gewerkschaftsvorstand auf das schärfste. Mit Bestürzung muß nunmehr festgestellt werden, daß die Bundesregierung keine Bereitschaft zu einer notwendigen Verbesserung des Dienstpostenplanes zeigt, sondern im Gegenteil eine 1%ige Kürzung des Personalstandes sowie einen rigorosen Abbau der zur Aufrechterhaltung des Betriebes notwendigen Überstundenleistung verfügt hat.

Bei diesen vorgesehenen Personalreduzierungen im Bereich der Post- und Telegraphenverwaltung sind Betriebseinschränkungen unvermeidbar und der beschleunigte Ausbau des Fernmeldewesens gefährdet.

Bestrebungen, die Errungenschaft der 5-Tage-Woche rückgängig zu machen - vom Verkehrsminister gegenüber den Massenmedien angedeutet - werden schärfstens zurückgewiesen; Dazu muß daran erinnert werden, daß anläßlich der Verhandlungen über die Weiterführung der Samstag-Zeitungszustellung vom Bundesminister für Verkehr gemachte Zusagen immer noch unerfüllt sind.

Jede Veränderung im Bereich der Post und Telegraphenverwaltung durch Kommerzialisierung oder Privatisierung des Post- und Fernmeldebetriebes oder von Betriebsbereichen, welche die erworbenen Rechte des Personals schmälert, weist der Gewerkschaftsvorstand scharf zurück.

Sollten weiterhin untragbare Entscheidungen durch Bundesregierung und Verwaltungsvertreter erfolgen, ohne mit den Interessensvertretungen der Post-und Telegraphenbediensteten darüber verhandelt zu haben, wird der Gewerkschaftsvorstand entsprechende Maßnahmen beschließen.

Was gut ist an dieser Resolution, ist die klare Absage an die Politik der SPÖ-Regierung.

Was aber nicht heißen kann, daß man sich jetzt auf diese Entschließung einfach verlassen kann, daß jetzt gesichert ist, daß die Gewerkschaftsführung weitere Schritte zur Abwehr der Regierungsmaßnahmen setzen wird. Denn die Erfahrungen bei der Post gehen in eine andere Richtung. Immer wieder hat die Gewerkschaftsführung unter dem Druck und dem Unmut der Kollegen bestimmte erste Schritte gesetzt, doch dann jedes mal den Rückzug angetreten. So war das nach der machtvollen Demonstration der Postler 1966 um ein Gehaltsabkommen, so war das bei den Auseinandersetzungen um die Zulagen, so war das bei den letzten Gehaltsverhandlungen und bei dem Kampf um ein höheres Kilometergeld beim Telegraph, wo ein Streikbeschluß verhindert wurde. Genauso tatenlos sieht sie der immer größeren Arbeitsbelastung der Postler und den verstärkten Stoppungen zu.

Doch einfach jetzt zu sagen, es geht eh net, die Gewerkschaftsführung hat uns noch jedesmal im Stich gelassen, hilft nicht weiter. Wir müssen versuchen, an der bestehenden Entschließung anzuknüpfen. Wir müssen versuchen auf die Gewerkschaftsführung Druck auszuüben, ihr dadurch einen Rückzug nicht zu leicht, oder überhaupt nicht möglich zu machen und selbst den Kampf in die Hand zu nehmen. Resolutionen in den Postämtern und allen Abteilungen, in denen diese Regierungspolitik verurteilt wird, in denen wir auch unsere Forderungen ausdrücken und in denen auch Kampfschritte festgelegt werden, sind ein guter Weg zur Verteidigung unserer Rechte.

H.W./Wien-Red.

Neuer Kollektivvertrag für Textilarbeiter:

Statt Annäherung an das dur Lohnniveau - weiterer Reallohnab

Ab 1. Oktober gelten für die Textilarbeiter (ausgenommen Tirol und Vorarlberg) neue Lohntabellen und Kollektivvertragsbestimmungen. Das Ergebnis der, Mitte September plötzlich abgeschlossenen Verhandlungen, ist ernüchternd:

Die Ist-Stundenlöhne werden um 2,40 S, die kollektivvertraglichen Mindeststundenlöhne um 2.- angehoben. In einer zweiten Etappe ab 1. April 1977 kommen noch 60 Groschen bzw. 80 Groschen dazu. Die Laufzeit wurde von vornherein auf 13 Monate festgelegt.

Manche Kollegen hatten gehofft, daß die Führung der Gewerkschaft Textil, Bekleidung, Leder mit ihrer Parole der Annäherung des extrem niedrigen Textilarbeiterlohnniveaus an das durchschnittliche Industriearbeiterlohnniveau ernst machen und zumindest den bisherigen Reallohn sichern würde.
Doch angesichts dieses Abschlusses ist es klar: Die Lage der Textilarbeiter wird sich in jeder Hinsicht weiter verschlimmern. Lohnmäßig ergeben sich ab 1. Oktober ungefähr 400.- Brutto mehr, aber eben gerade 10 % für einen, der im Monat 4.000.- verdient, während einer mit 8.000.- monatlich umgerechnet 5 % dazukriegt. So kann eine gute Sache, nämlich eine einheitliche Erhöhung, für alle zu einem schlechten Witz werden, wenn der Betrag so niedrig ist, wie bei diesem Abschluß.
So aber bleiben von den 400.- Bruttoerhöhung meist nicht mehr als 300.- übrig.

Dieser Betrag deckt aber in keiner Weise die Verteuerung aller lebensnotwendigen Aufwände ab. Das ist die Wirklichkeit und die kann nicht mit ein paar Zahlenspielereien und Rechenkunststückchen des ÖGB-Präsidenten, der "geringe, aber doch Reallohnsteigerungen" feststellt, außer Kraft gesetzt werden.

Warum die Textil- und Bekleidungsarbeiter im Durchschnitt so wenig verdienen, liegt zu einem guten Teil am hohen Anteil von Einstufungen in typische Frauenlohngruppen.

Bei den Verhandlungen hat die Gewerkschaftsführung offenbar überhaupt nichts unternommen, um die Streichung solcher Lohngruppen durchzusetzen. Die Mindestlohnerhöhung, die in Zeiten, wo die Kapitalisten ihr Ausbeuterregime immer zügelloser entfalten, zusehends größere Bedeutung gewinnt, wurde bei dem Textilarbeiterabschluß von vorneherein niedriger vereinbart als die Istlohnerhöhung, sodaß die dazwischenliegende sogenannte Lohndrift noch vergrößert, anstatt auf ein möglichst geringes Maß reduziert wird.

Die neue Abfertigungsregelung: Ein Windei

Erstmals wurden kollektivvertraglich für Textilarbeiter in Österreich Abfertigungsregelungen getroffen. Die Regelung, die überhaupt erst ab Juli 1977 gelten soll, erweist sich aber als faules Windei. Mit 15 Jahren Betriebszugehörigkeit besteht dann erstmals Anspruch auf 3 Wochenlöhne Abfertigung, nach 20 bzw. 25 Jahren jeweils noch 3 Wochen dazu. Besonders Arbeiterinnen und ausländische Kollegen werden eher nur in Ausnahmefällen in den Genuß einer solchen Abfertigung kommen.

Doch brauchen sie genauso wie längerbeschäftigte Arbeiter eine Überbrückungshilfe, wenn sie, wie es das Schicksal tausender Arbeiter in dieser Branche im letzten Jahr war, auf die Straße geworfen werden. So haben die Textilkapitalisten im 1. Quartal 1976 bei 8,4 % weniger Beschäftigten gegenüber dem Vorjahr die Produktion um 2,9 Prozent je Arbeitstag gesteigert.

chschnittliche bau ausgehandelt

Den Angriffen der Kapitalisten kann nur mit einer klassenkämpferischen Politik entgegengetreten werden

Die Textilkapitalisten, die seit einiger Zeit wieder Aufwind wittern und für heuer mit 38 % die höchsten Investitionswachstumsraten im Vergleich zu anderen Branchen anpeilen, wollen auf diesem Weg zu höheren Profiten möglichst billige und fügsame Lohnsklaven haben, welche Akkordverschärfungen genauso schlucken wie etwa den kalten Lohnraub oder größere Entlassungen.

Für den raschen Abschluß der Kollektivvertragsverhandlungen Mitte September und das völlige Stillschweigen vorher mag ausschlaggebend gewesen sein, daß die Gewerkschaftsführung vermeiden wollte, etwa bei stockenden Verhandlungen allzuviel an die Öffentlichkeit dringen zu lassen und zu verhindern, daß die wachsende Unruhe in den Betrieben sich in konkreten Forderungen und Kampfschritten ausdrückt.

Der KV-Abschluß hat nun zwar die Position der Kapitalisten merklich gestärkt, sie werden noch frecher auftreten; aber sie werden sich gleichzeitig den wachsenden Haß und Widerstand, der heute hauptsächlich erst in kleineren Auseinandersetzungen durchbricht, einhandeln.

Für die Kommunisten und alle klassenbewußten Arbeiter gilt es nun, aus den Erfahrungen dieser Lohnrunde zu lernen und die richtigen Schlüsse zu ziehen. Für die noch bevorstehenden Kollektivvertragsverhandlungen in dieser Branche muß man die Gewerkschaftsführung auf klare Forderungen festnageln.

Dort, wo aber bereits abgeschlossen wurde, müssen nun betriebliche Forderungen in Richtung auf eine brauchbare Abfertigungsregelung, gegen Akkordverschärfung und Antreibersysteme, gegen Frauenlohngruppen und alle möglichen Rationalisierungsmaßnahmen verankert werden. Im Kampf um den Lohn kann sich unmittelbar die Forderung nach einer vorfristigen Auszahlung der 2.Etappe der Lohnerhöhung als vorwärtstreibend erweisen.

J.R.

Die meisten Arbeiterinnen und Arbeiter arbeiten im Akkord. Die Schichten dauern von 5h-13h, von 13-21h und von 21-5h. Während der 8 Stunden gibt es nur eine Viertel Stunde Pause. Die Auswirkungen der Akkord- und Schichtarbeit machen sich sehr bald bemerkbar. Frauen, die bei der Arbeit sehr schwer heben müssen, haben akute Bandscheibenleiden. Kuren nützen so gut wie nichts, denn sobald diese Arbeit wieder gemacht wird, verschlimmert sich das Leiden sofort. Eine leichtere, gleichbezahlte Arbeit bekommt man fast nie. Andere Frauen haben arge Beinleiden, weil sie den ganzen Tag stehen. Da sie meist lange Jahre am selben Arbeitsplatz unter denselben Verhältnissen schuften müssen, werden die Leiden immer noch schlimmer. Die Wechselschicht ruft bei den einen ständige Müdigkeit, bei den anderen Nervosität hervor, die sich auf die ganze Familie auswirkt. Manche Frauen haben nach der Schicht keinen Hunger mehr. Durchschnittlich bekommen die Frauen nicht mehr als 6 Stunden Schlaf, da sie ja noch einen Haushalt und Kinder zu versorgen haben.

Hämmerle Dornbirn: Firmenleitung will Überstunden und Sonderschichten

Angesichts dieser Situation treffen die jüngsten Maßnahmen der Firmenleitung die Belegschaft hart: Um die sprunghaft gestiegenen Aufträge zu bewältigen, will die Firmenleitung Sonderschichten und Überstunden.

Zuerst plante sie die Einführung von regelmäßigen Samstag- und Sonntagschichten. Dies wurde aber nicht genehmigt. Nun versucht sie es mit einer Aufforderung an die Arbeiterinnen und Arbeiter, am Samstag und Sonntag - außerhalb der Normalarbeitszeit - freiwillig Sonderschichten, bzw. Überstunden zu machen.

Diese können entweder als Überstunde zu den gesetzlich gültigen Zuschlägen bezahlt werden oder es kann Zeitausgleich genommen werden im Verhältnis von 1:1 plus 20% steuerfrei für Samstagstunden in der Zeit von 5-13h, 50% in der Zeit von 13-21h und 20% von 21-5h (zuzüglich 30% Nachtschichtzulage). Sollten die Arbeitsstunden von Samstag (21-5h) auf Sonntag (21-5h) verlegt werden, soll die für Samstag getroffene Regelung gelten.

Das Ziel dieser ganzen Bestrebungen ist es, den Maschinenpark fast bis aufs letzte auszulasten, indem mindestens 6 Tage in 3 Schichten gearbeitet wird. Und zwar soll dies mit den vorhandenen Arbeitern gemacht werden, da Neueinstellungen teurer kommen würden als die Bezahlung der Zuschläge. Da nun aber viele Frauen kein Interesse an Überstunden haben, schon gar nicht am Samstag oder Sonntag und die Firmenleitung nicht erwartet, daß die Frauen außerhalb ihrer Normalarbeitszeit noch Überstunden machen, bietet sie Zeitausgleich an. Da dieser Zeitausgleich im ungünstigsten Verhältnis, nämlich im Verhältnis 1:1 erfolgt (während Überstunden mit 50% Zuschlag abgegolten werden müssen, also 1:1,5) bietet sie als Zuckerl Zuschläge von 20%-50% an. Ein Zuschlag von 20% erfüllt aber ebensowenig die gesetzliche Verpflichtung nach zusätzlich 50%iger Abgeltung der Überstunden.

Die Sonntagsarbeit soll ebenfalls nur mit 20% (!) abgegolten werden, obwohl nach der kollektivvertraglichen Regelung Überstunden an Sonn- und Feiertagen mit mindestens 100% Zuschlag entlohnt werden müssen. Damit aber bei Inanspruchnahme des Zeitausgleichs die Produktion während der Arbeitswoche bei niedrigst gehaltenem Belegschaftsstand reibungslos weiterläuft, wird der Zeitausgleich so gehandhabt werden: Die Arbeiter sollen veranlaßt werden, die freien Tage dann zu nehmen, wenn weniger Arbeit da ist bzw. einzeln zu nehmen, daß der Ausfall nicht ins Gewicht fällt und deren Arbeit nötigenfalls von den anderen dazugemacht werden kann.

Sowohl der Druck wie auch die lohnmäßige Situation und die Billigung durch den Betriebsrat werden dazu führen, daß sich Arbeiter für diese Regelung finden werden, wenn auch die geplanten Maßnahmen bereits auf einige Empörung gestoßen sind. Die Vorgangsweise der Hämmerle-Fabriksherren, die die Arbeitszeit je nach Auftragsentwicklung beliebig ausdehnen wollen, zeigt, daß dem ein Riegel vorgeschoben werden muß, indem gewerkschaftlich der Kampf um das Überstundenverbot geführt wird mit dem Ziel einer gesetzlichen Verankerung dieses Verbots.

E.R./S.

Forderung für Handel und Verkehr: 200.- Sockelbetrag und 8%

Ende September hat auch das Präsidium der Gewerkschaftssektion Handel, Verkehr, Vereine und Fremdenverkehr seine Forderungen veröffentlicht. Ihrer Meinung nach soll ein Sockelbetrag von 200,- und zusätzlich 8% gefordert werden. Daß diese Forderung zu niedrig angesetzt ist und unzureichend.für die Angestellten ist, zeigt schon die Reaktion in der Landessektion Wien. Im Sektionsvorstand wurde von einem Teil der Mitglieder diese Forderung als zu niedrig abgelehnt, ein anderer Teil enthielt sich bei der Abstimmung darüber der Stimme.

Druck und Papier: »Heißer Herbst steht ins Haus«

In der nächsten Zeit wird eine große Zahl von kollektivvertraglichen Verhandlungen beginnen. Vom Lohnunterausschuß der Paritätischen Kommission wurden am 23.September folgende Gruppen "zur Fühlungsnahme" freigegeben: Die kaufmännischen Angestellten der Tages- und Wochenzeitungen, 7.000 Arbeiter der Papier- und Pappe verarbeitenden Industrie, einschließlich der Buchbinder, Kartonagenwarenerzeuger, Etuimacher und Papierverarbeiter, die Arbeiter im graphischen Gewerbe, die Expeditarbeiter, Redaktions- und Verwaltungsgehilfen sowie Zusteller und Austräger im graphischen Gewerbe.

Wie die Gewerkschaft Druck- und Papier in ihrem Organ "Vorwärts" vom September 76 schreibt, bestehen "in sehr wesentlichen Punkten krasse Auffassungsdifferenzen mit der Dienstgeberseite", und daß daher ein "heißer Herbst ins Haus steht". Zur Vorbereitung der Lohnrunde findet am 1.Oktober eine Obmännerkonferenz statt, der dann eine zweite am 28.Oktober folgen soll, auf der die endgültigen Forderungen der Gewerkschaft beschlossen werden sollen.

Weiters werden noch bei den industriellen und gewerblichen Chemischputzern in Oberösterreich, bei den Kleider- und Uniformmachern und den Friseuren die Verhandlungen beginnen. Ebenso wurden die Anträge zur Aufnahme der Verhandlungen für die 12.000 Beschäftigten des Milch- und Molkereisektors an die Paritätische weiterverwiesen.

Solidaritätsaktion der Eisenbahnergewerkschaft

Über 300 Menschen protetierten am 24.9. vor der indischen Botschaft in Wien und forderten die Freilassung des Präsidenten der Eisenbahnergewerkschaft Indiens, der auch Vorsitzender der Sozialistischen Partei Indiens ist. Die Eisenbahnergewerkschaft und Amnesty International hatten zu dieser Aktion aufgerufen. Das indische Regime will ihn in Kürze aburteilen um den anhaltenden Widerstand des indischen Volkes gegen die Diktatur und seinen Kampf um bessere Lebensbedingungen zu brechen.

Das Arbeitszeitgesetz - Keine Schranke gegen die Verlängerung des Arbeitstages

Um die Jahresmitte hat sich in der österreichischen Industrie ein Hoch in der Auftragslage abgezeichnet. Allerdings nur, was den Vergleich mit dem Stand 1975 betrifft. Immerhin lagen im Juni 76 sowohl Auftragseingänge wie Auftragsbestände um 16% bzw. 14,2% über dem Vorjahresniveau. (Industriestatistik Juni 1976 des Österreichischen Statistischen Zentralamtes, Schnellbericht). Aus der Konjunkturumfrage der Industriellenvereinigung vom 10. Juli (120 Betriebe mit jeweils mehr als 500 Beschäftigten) ist ersichtlich, daß das leicht verbesserte Auftragsniveau nur in 7% der Betriebe zu einer Erhöhung des Beschäftigtenstandes führen wird. (Pressedienst der Industrie vom 29.7.76) Insgesamt werden die Industriekapitalisten die gestiegenen Aufträge mit der gesenkten Beschäftigtenzahl (Juni 76 - minus 1,9% gegenüber Vorjahr) zu bewältigen versuchen.

Nach dem Absinken der Arbeitszeit im Jahre 1975 (sowohl durch die letzte Etappe der Arbeitszeitverkürzung wie auch durch die relativ häufige Kurzarbeit) ist sie im ersten Quartal 76 auf 150,4 Stunden/Monat gestiegen (1.Quartal 1975: 148,5; nach Pressedienst der Industrie vom 28.7.1976). Die absolut niedrige Zahl von nur 150 Stunden/Monat ergibt sich daraus, daß es sich um die effektive Arbeitszeit handelt: Feiertage, Kürze des Februar, Krankenstände, Winterurlaub und Energieferien usw. sind also zu berücksichtigen.

Abgesehen von diesen Durchschnittszahlen liegt es für die Arbeiter und Angestellten vor allem der Großbetriebe seit einigen Monaten auf der Hand, daß sich die Überstunden wieder auf die bekannten Ausmaße einpendeln: 20 bis 30 Überstunden monatlich sind wieder die Regel, auch die Spitzenwerte von 120 Überstunden werden bereits wieder erreicht.

Die Marschroute der Kapitalisten ist klar: Nur ja keine Neueinstellungen, die - wahrscheinlich ohnehin nur kurzfristig- steigende Produktion muß mit der vorhandenen Belegschaft bewältigt werden. Damit schlagen sie zwei Fliegen auf einen Schlag:

1. sind Überstunden billiger als neue Arbeitskräfte und können auch leichter wieder abgebaut werden.
2. wird gerade in der Zeit der bevorstehenden Lohn- und Gehaltsverhandlungen einem Teil der Arbeiterklasse wieder der individuelle Ausweg des Dazuverdienens durch Überstunden eröffnet.

Es entsteht die Frage, wodurch die Arbeitskraft vor der Gier der Ausbeuterklasse und deren katastrophalen Folgen für Gesundheit, Kampfkraft und Einheit geschützt ist.

AZG- Festlegung aller Ausnahmen vom Achtstundentag

Das am 5.Jänner 197o in Kraft getretene Arbeitszeitgesetz (AZG) bedeutete zweifellos einen Fortschritt gegenüber der bisher geltenden Nazi-Arbeitszeitordnung, die z.B. absolute gesetzliche Begrenzung der Wochenarbeitszeit überhaupt nicht kannte usw. Wer die Geschichte der Arbeiterbewegung kennt, müßte annehmen, daß der Zweck eines AZG, das auf Betreiben und unter Mitwirkung des ÖGB zustande gekommen ist, die allgemeine Durchsetzung des Achtstundentages ist. Entgegen aller Sonntagsreden der Sozialdemokraten ist das AZG jedoch auf die Festlegung der Ausnahmen vom Achtstundentag und der 4o-Stundenwoche ausgerichtet. Eindeutige und (relativ) ausnahmslose Bestimmungen legt das Gesetz nämlich nur gegen die Überschreitung des Zehnstundentags und der normalen Wochenarbeitszeit um 1o Stunden (also der 5o-Stunden-Woche) fest.(§9 AZG Höchstgrenze für Arbeitszeitverlängerungen). Obwohl es auch davon Ausnahmen gibt: Insbesondere für solche Tätigkeiten, in die regelmäßig und in erheblichem Umfang Arbeitsbereitschaft "fällt"(§5,Abs.1), wenn durch Kollektivvertrag **ermöglicht bzw. durch das Arbeitsinspektorat gestattet, kann die tägliche Arbeitszeit bis 13 (!)** Stunden und die wöchentliche bis 6o Stunden ausgedehnt werden.

Daß nicht nur bei "öffentlichem Interesse" (§7,Abs.5, §23), sondern auch in "außergewöhnlichen Fällen (§2o, Abs.1, z.B. "Betriebsstörungen" oder "unverhältnismäßiger wirtschaftlicher Sachschaden") praktisch alle Beschränkungen aufgehoben weden können, mag vielleicht noch jemand akzeptieren, wenn er glaubt, daß sich die Kapitalisten durch Strafen von 3oo.-6ooo.- (!)von einem Mißbrauch abhalten lassen.

Gesetzliche Möglichkeiten für Überstunden innerhalb der Höchstgrenzen

Die Ungeeignetheit des AZG als Schutzgesetz besteht in der Hauptsache darin, daß es auch klassenbewußten Betriebsräten keine gesetzliche Handhabe für eine Einschränkung der Überstundenschinderei in die Hand gibt. Es gibt folgende Möglichkeiten, einer Belegschaft Überstunden aufzulasten:

- 5 Stunden wöchentlich und darüber hinaus 60 Stunden jährlich (§7Abs.1)
- Vor- und Abschlußarbeiten 1/2 Stunde täglich, also im Regelfall 2 1/2 St. wöchentlich (§ 8Abs.1) (allein diese genehmigungsfreien Überstunden würden 24 Wochen /Jahr wöchentlich 1o Überstunden ermöglichen, indem vom 6o Stundenkontingent je 2 1/2 Stunden / Woche verbraucht werden).
- Bei "Nachweis eines dringenden Bedürfnisses" kann das Arbeitsinspektorat eine weitergehende Arbeitszeitverlängerung bewilligen (§ 7 Abs.5). Dafür ist nur die Anhörung der gesetzlichen Interessensvertretungen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer (=Arbeiterkammer) erforderlich, von Betriebsräten und Gewerkschaften oder gar deren Einflußnahme ist keine Rede.

Dem einzelnen Arbeiter bzw. Angestellten steht es zwar zu "aus berücksichtigungswürdigen Interessen" Überstundenarbeit abzulehnen (§6 Abs.2), doch schreiben Weißenberg / Cerny im Kommentar zur Ausgabe des AZG in der Schriftenreihe des ÖGB, daß die "Treuepflicht" von den Gerichten so weit ausgelegt wird, daß nicht nur Betriebsnotstände, sondern "auch sonstige dringende Bedürfnisse des Betriebes"als Verpflichtung zur Überstundenarbeit angesehen werden (S.4o).

Fortsetzung nächste Seite

Kommende Pensionserhöhung unter dem offiziellen Index

Wie schon seit längerer Zeit feststeht, wird die Pensionserhöhung ab 1.1.1977 nicht einmal in der Lage sein die offizielle Teuerungsrate von geschätzten 7,2% abzugelten. Am 15.September faßte der "Beirat für die Renten- und Pensionsanpassung beim Sozialministerium" den Beschluß, den Anpassungsfaktor um brutto 7% zu erhöhen. Die durchschnittliche Pensionshöhe bei den Arbeitern z.B. liegt derzeit bei brutto 3 o82.- , 7% davon wären 216.- Schillinge. So besiegelt die mickrige Erhöhung für die Pensionisten die weitere Verschlechterung ihrer Lage.

Für die Ausgleichszulagenbezieher soll die Erhöhung etwas höher liegen, und zwar bei 9%. Damit werden sich die Mindestpensionen von derzeit 2 625.- für Alleinstehende auf 2 861.- und für Verheiratete von 3 755.- auf 4 o93.- erhöhen .

Bis jetzt hat die SP alle Pensionserhöhungen seit 197o zum Anlaß genommen, den Rentnern und Pensionisten demagogisch vorzurechnen, um wieviel Prozent ihre Erhöhungen über den offiziellen Teuerungsraten lagen. Von diesen Zahlenspielereien konnten allerdings die Pensionisten nicht leben. Für sie zählte immer nur das, was sie in ihrem Geldbörsel haben.Und das ist heute wie damals zum Leben zuwenig und zum Sterben meist zuviel.

Als "Abhilfe" für die niedrigen Pensionen sollen wieder einmal die Ruhensbestimmungen weiter hinaufgesetzt werden. Damit soll der individuelle Ausweg des "Dazuverdienens" attraktiver gemacht werden und den Kapitalisten billige Arbeitskräfte geliefert werden.

p.b.



Ähnlich Anzeigen findet man immer wieder in den Tageszeitungen. Die Kapitalisten wissen genau, daß die Pensionisten mit ihren niedrigen Penisonen auf eine "Nebenbeschäftigung" angewiesen sind, nachdem sie sich nach einem Leben voll von Schufterei zur "wohlverdienten Ruhe" gesetzt haben. Der Staat, der das Pensionistenelend nicht ändern will, versucht von Jahr zu Jahr durch Lockerung der Ruhensbestimmungen den Penionisten mit der Ermöglichung einer Beschäftigung einen Ausweg aus ihrer Misere vorzugaukeln.

75% vom Facharbeiterlohn, aber mindestens 3.000 im Monat!

Die Lehrlinge brauchen einen Lohn, der zum Leben reicht

Die derzeitige "Entschädigung" der Lehrlinge beträgt im Durchschnitt nicht einmal S 2ooo,--. Diese Tatsache macht die Lehrlinge zum finanziell schlechtestgestellten Teil der Arbeiterklasse. Dies ist äußerst schädlich nicht allein für die Lehrlinge sondern für die gesamte Arbeiterschaft.

- Die Jugendlichen müssen bis zum 18. bzw. 19.Lebensjahr von ihren Eltern erhalten werden, was eine große finanzielle Belastung ist. Für viele Jugendliche ist dies ein entscheidender Grund, keine Berufsausbildung zu machen, sondern sofort als ungelernte Arbeiter mit ihrem Lohn zum Familienbudget beizutragen. Besonders kraß wirkt sich dies in Gebieten aus, wo es sehr wenig Lehrstellen gibt. Die Bezahlung einer Wohnung oder eines Heimplatzes übersteigt sehr oft die finanziellen Kräfte von Arbeiter-oder Kleinbauernfamilien. Ein Heimplatz etwa im neuen Jugendwohnheim Atzgersdorf 1ooS allein für die Unterbringung, mit den Kosten für das Essen 2ooo,- im Monat. Das übersteigt um einiges die Durchschnittsentschädigung eines Lehrlings. Da für diese Kosten dann die Eltern aufkommen müssen, wird durch die niedrige Entlohnung des Lehrlings das Lohnniveau der gesamten Arbeiterschaft ständig gedrückt.
- Eine direkte Folge der miserablen Entschädigung ist auch die Ausdehnung der Arbeitszeit bei den Lehrlingen ins ungeheuerliche. (Fälle mit bis zu 8o Wochenstunden werden immer wieder bekannt).Außerdem ist die Verwendung von Lehrlingen als Hilfskräften gang und gebe.

Es ist klar, daß die Kapitalisten aus der Ausbeutung der Lehrlinge besondere Profite ziehen können und daher sehr gerne Lehrlinge für Arbeiten einsetzen, für die sonst Fach- oder Hilfsarbeiter notwendig sind. Eine Umfrage der Arbeiterkammern in Tirol und Salzburg ergaben, daß 33 % aller befragten Lehrlinge oft mit berufsfremden Arbeiten beschäftigt sind, beim Einzelhandelskaufmann 52%, bei Köchen 5o%, bei Friseuren 47% und bei Bäckern 44%. Entgegen allen Reformversprechungen gilt für die Masse der österreichischen Lehrherrn (82% der Lehrlinge werden in Klein-oder Mittelbetrieben ausgebildet) nach wie vor der Spruch:"Brauchst du einen billigen Arbeitsmann, dann schaff dir einen Lehrling an."

- Die Kapitalisten holen Jahr für Jahr zehntausende Arbeiterjugendliche für einen Hungerlohn in die Betriebe, wodurch die Lehrlinge als Konkurrenten gegen ihre älteren Kollegen eingesetzt werden.
- Einer höheren Bezahlung der Lehrlinge wird oft entgegengehalten, daß "Lehrjahre keine Herrenjahre" sind, und ein Lehrling noch gar keinen Lohn "verdient hat." Es ist aber so, daß Lehrlinge, so wie jeder Arbeiter, ihre Arbeitskraft dem Kapitalisten zur Verfügung stellen.

Weil die Kapitalisten immer wieder Facharbeiter brauchen, bilden sie einen gewissen Teil der Leute, deren Arbeitskraft sie ankaufen, zu Facharbeitern aus, eben genau in der Menge, wie sie, soweit sie das überblicken können, Facharbeiter brauchen und um keinen einzigen mehr. Darum ist auch die Ausbildung Arbeit für den Kapitalisten. Ausgebildet wird der Lehrling nur soweit, wie es der Kapitalist für seine Fabrik braucht. Es ist daher nur recht und billig, daß die Kapitalisten für die Lehrlinge so wie für die andern Beschäftigten einen Lohn zahlen sollen, einen Lohn, der zum Leben reicht.

Schon am 14.Bundesjugendkongreß des ÖGB wurde für das 3.Lehrjahr die Forderung nach 75% vom Facharbeiterlohn erhoben. Dieser Beschluß mußte gefaßt werden, da es über die miserable Lehrlingsentschädigung großen Unmut unter den Lehrlingen und Junggewerkschaftern gibt. Gleichzeitig wurde damals aber auch eine gestaffelte Bezahlung der Lehrlinge festgelegt (1.Lehrjahr 4o %, 2.Lehrjahr 55% vom Facharbeitermindestlohn). Nach dem geltenden Kollektivvertrag bei den Metallarbeitern würde das im 1. Lehrjahr ca. 53o S pro Woche, im 2.Lehrjahr 73oS ausmachen. In andern Branchen natürlich oft noch weit weniger. Dies schafft schlechte Bedingungen für die Einheit unter den Lehrlingen, da gemäß dieser Forderung die miserable Bezahlung für das 1. und 2.Lehrjahr weiter verfestigt wird, und dadurch der schlechten finanziellen Lage nicht entschieden entgegengetreten werden kann. Die weitere Aufrechterhaltung der niedrigen Lehrlingsentschädigung für einen Großteil der Lehr-

Fortsetzung nächste Seite

Arbeitszeitgesetz - keine Schranke

Fortsetzung von Seite 14

Außer in §3 ist vom Achtstundentag im Ganzen AZG nicht mehr die Rede. Die meisten anderen §§ behandeln die Ausnahmen. Die Begründung dafür liefern die ÖGB-Kommentatoren Weißenberg und Cerny selbst: " Um den Bedürfnissen der Wirtschaft entgegen zu kommen, werden jedoch gewisse Ausnahmen zugelassen" (S.31.). Von diesen Ausnahmen machen die Kapitalisten weidlich Gebrauch.

So betrug z.B. 1974 die durchschnittliche tatsächlich geleistete Wochenarbeitszeit bei über 6o% der männlichen Arbeiter 42 Stunden (gesetzl. Arbeitszeit 40 Stunden). Das heißt nichts anderes, als daß von diesem Teil der Arbeiterklasse Überstunden in einem solchen Ausmaß gemacht wurden, daß sowohl der mindestens 3-wöchige Urlaub wie der durchschnittliche Krankenstand (18 Tage) hereingebracht wurden.

- Immerhin 5,3% aller männlichen Lohnabhängigen (Arbeiter, Angestellte, Beamte) brachten es auf eine wöchentliche Arbeitszeit von 6o und mehr Stunden! (Zahlen aus Wirtschafts- und Sozialstatistisches Handbuch der AK Wien, 1974, S.415).

- 55% der Lohnabhängigen leisteten 1975 oder 1974 (bzw. in beiden Jahren) regelmäßig Überstunden. Und zwar 1975 im Ausmaß von durchschnittlich 6,9 Std./Woche! Im Durchschnitt waren das aber noch erheblich weniger als 1974. (IFES-Überstundenerhebung im Auftrag der Arbeiterkammer Wien, November 1975).

Man kann also mit vollem Recht behaupten, daß Überstunden eine weit verbreitete Sache sind. Daß durch dieses Ausmaß ihre Funktion bei der Niedrighaltung der durchschnittlichen Löhne und Gehälter offensichtlich ist, weil sie in großem Maß praktisch einen fixen Verdienstbestandteil bilden. (so geben 48% an, daß sie sich größere Anschaffungen, 11% den regelmäßigen Lebensunterhalt ohne Überstunden nicht leisten könnten!) Daß die Lohnabhängigen sich keinesfalls durchwegs freiwillig auf Überstunden stürzen, sondern nur 37% Interesse daran haben, während 55% tatsächlich Überstunden machen. Daß mit zunehmendem Alter und Erfahrung Überstunden abgelehnt werden: 7% der unter 3ojährigen, 5o% der über 5o jährigen.(Zahlen nach IFES).

Für das gesetzliche Verbot von Überstunden

Im Gegensatz zur Akkord- und Schichtarbeit, wo zumindest das Schlagwort von der "Humanisierung" öfter auftaucht, nimmt die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung in Bezug auf die Überstundenplage eine eindeutige positive Haltung dazu ein.

So schreibt der designierte Sozialminister Weißenberg in seinem pragmatischen Bericht an den ÖGB-Kongreß, daß man sich "der Tatsache nicht verschließen darf, daß die Überstunden derzeit für den Arbeitnehmer - abgesehen von der Pfuscharbeit - leider nur das einzige Mittel sind, um über das normale Einkommen hinaus einen Einkommenszuwachs zur Verbesserung des Lebensstandards zu erzielen"(Chancengleichheit durch Sozialpolitik S.42/43).

Im Klartext: Die Arbeiterklasse muß sich ihren Wohlstand mit dem Verzicht auf den 8-Stunden-Tag erkaufen. Die Kommunisten sagen: Die Verlängerung des Arbeitstags ist ein Mittel der Kapitalisten, um die Einheit der Arbeiterklasse im Lohnkampf zu untergraben, und die Arbeitskraft rücksichtslos auszupressen.

Deshalb:

VERBOT VON ÜBERSTUNDEN!

Weg mit allen Ausnahmebestimmungen aus dem Arbeitszeitgesetz und aus den Kollektivverträgen!

Zustimmungspflichtigkeit aller Regelungen in Bezug auf die Arbeitszeit durch Betriebsräte bzw. Gewerkschaften!

Arbeitsinspektorate unter die Kontrolle der Gewerkschaften!

A.R.

Kapitalisten umgehen Lehrlingsbehaltefrist

ÖGB-Führung empfiehlt Lehrlingen individuelle Abhilfe

Jetzt im Herbst, wo für die neu eingegangenen Lehrverhältnisse die Lehrverträge abgeschlossen werden müssen, bekommt ein bei der Vertragsabschließung von den Unternehmern praktizierter Trick große Bedeutung, gegen den der Zentraljugendvorstand der Gewerkschaft der Metall- und Bergarbeiter bereits im März schärfstens protestiert hat.

Das Berufsausbildungsgesetz (BAG), verlangt von den Lehrherrn, die in ihrem Betrieb Ausgebildeten, mindestens drei Monate nach Ende der Lehrzeit als Facharbeiter zu beschäftigen. Das bedeutet, daß die ausgebildeten Facharbeiter mindestend drei Monate nach Ablauf des Lehrvertrags unkündbar sind, jedoch selbst jederzeit das Arbeitsverhältnis aufkündigen können.

Da diese Regelung im BAG festgehalten ist, bedarf ihre Rechtswirksamkeit keinerlei zusätzlicher schriftlicher Vereinbarungen wie etwa im Lehrvertrag.
Nun hat die Bundeswirtschaftskammer in einer geheimen Aussendung aber schon vor langem die Kapitalisten darauf hingewiesen, wie man der Forderung aus dem BAG rechtlich zwar genüge tun, gleichzeitig aber die dreimonatige Behaltefrist durchlöchern und in gewissen Fällen außer Kraft setzen kann. Darum sind in den verschiedensten Branchen vorgedruckte Lehrvertragsformulare im Umlauf, die in einem Punkt ein "befristetes Dienstverhältnis" bis drei Monate nach Ablaufen des Lehrvertrags festlegen. Damit erklären sich die Kapitalisten bereit, den Lehrling nach Auslernen drei Monate weiterzubeschäftigen, aber die Lehrlinge verlieren das Recht, da sie ein befristetes Dienstverhältnis eingegangen sind, innerhalb dieser Frist das Dienstverhältnis zu lösen.

Das Wichtigste aber ist, daß die Kapitalisten- wird das Arbeitsverhältnis innerhalb der Frist (etwa wie das häufig vorkommt durch Militärdienst oder Mutterschaft) unterbrochen, diese Frist genauso auslaufen lassen können, wie wenn es keine Unterbrechung gäbe. Diese Möglichkeit haben sie nur durch das gesondert eingegangene "befristete Dienstverhältnis" und das BAG verbietet natürlich keinem Lehrherrn seinem Lehrling ein solches anzubieten und mit ihm bei dessen Bereitschaft auch einzugehen. Gäbe es keinen gesonderten Vertragspunkt über die Weiterbeschäftigung, müßte ein Arbeiter, der etwa Anfang September ausgelernt ist und nach einem Monat Anfang Oktober zum Bundesheer einrücken muß nach Ende des Präsenzdienstes die volle Differenz, also zwei Monate weiterbeschäftigt werden.

Nun hat im Frühjahr bereits der Zentralvorstand der Metall- und Bergarbeiter gefordert, das BAG in dem Sinne zu reformieren, daß solchen Praktiken der Kapitalisten ein Riegel vorgeschoben wird. Das ist eine gute Sache, abzuwarten bleibt, ob diese richtige Forderung in die kommende Parlamentsdebatte über die Reform des BAG Eingang finden und beschlossen werden wird.

Eine schlechte Sache ist das, was gewisse Gewekschaftsführer in der jetzigen Situation, wo es in diesem Sinne noch keine Reform gibt, tun: Sie empfehlen, wie das in "Glück auf" 9/76 zu lesen ist, wie das aber auch in vielen ÖGJ-Gruppen jetzt den Lehrlingen gesagt wird, beim Lehrvertragsabschluß den betreffenden Paragraphen ganz einfach durchzustreichen. Jeder Lehrling soll es sich einstweilen mit seinem Kapitalisten eben selbst ausmachen. Die Lehrlinge befinden sich aber während der Unterzeichnung des Lehrvertrags (sie hat spätestens vier Wochen nach Antritt der Lehre zu erfolgen) in einer dreimonatigen Probezeit, während der sie jederzeit ohne Angabe von Gründen von einem Tag auf den anderen vor die Türe gesetzt werden können. Aber selbst gäbe es keine Probezeit, könnten es sich die Lehrlinge nicht erlauben als Einzelner anzufangen in den Lehrverträgen Korrekturen anzubringen, denn auch ein Arbeiter, der arbeitsrechtlich besser gestellt ist als die Lehrlinge, kann allein gegen seinen Kapitalisten gar nichts ausrichten.

Das ist auch der Grund, warum sich die Arbeiter schon vor Jahrzehnten in Gewerkschaften zusammengeschlossen haben, um nicht einzeln, sondern als organisierte Klasse den Kapitalisten gegenübertreten zu können. Klassenbewußte Gewerkschafter wissen und haben immer schon gewußt, daß Gesetze, die die Arbeiter vor gewissen Auswirkungen der grenzenlosen Gier nach Ausbeutung schützen sollen, nicht vom Himmel fallen, sondern nur durchgesetzt werden können aufgrund eines siegreichen Kampfes zwischen der organisierten Arbeiterklasse und der Kapitalistenklasse um die entsprechenden Forderungen.

Die Gewerkschaftsführung ist allerdings der Meinung, daß Arbeiterschutzgesetze nur möglich sind, wenn sich im Parlament genügend "Volksvertreter" finden, die für sie eintreten. Geht das nicht, so soll jeder Einzelne selber sehen wo er bleibt.
Daß in ÖGB-Gruppen die Frage der Behaltefrist diskutiert wird ist aber ein Zeichen dafür, daß sich die Jugendlichen der Tatsache bewußt zu werden beginnen, daß die organisierte Kraft der Gewerkschaft in der Lage ist solche Praktiken der Kapitalisten schon jetzt abzustellen und so die Voraussetzung dafür entstehen kann, daß diese Maßnahmen der Kapitalisten letztendlich auch gesetzlich verboten werden muß.

G.F.

Die Lehrlinge brauchen einen Lohn, der zum Leben reicht

Fortsetzung von Seite 15
linge rechtfertigen die Reformisten im ÖGB, indem sie vorgeben, zuerst die schlechten Ausbildungsbedingungen bekämpfen zu müssen, dann käme erst die Bezahlung. Die Lehrlinge stünden in Ausbildung, für sie sei das wichtigste die Ausbildung und nicht die Bezahlung. Die Reformisten sagen, der Lehrling soll nicht arbeiten, sondern soll ausgebildet werden, deshalb kann man keine höhere Bezahlung, keinen Existenzlohn fordern, denn wer für einen Existenzlohn eintritt, der gibt ja den Kapitalisten "das Recht", die Lehrlinge für den Lohn, den er zahlt auszubeuten, statt sie auszubilden.
Nun, solange die Kapitalisten so wie das heute ist, die Berufsausbildung in Händen halten werden sie immer das Recht haben, die Lehrlinge auszubeuten. Wer daher für das Recht auf eine gute Ausbildung ist, muß vor allem dafür eintreten, daß den Kapitalisten die Berufsausbildung entrissen wird.

Das aber haben die Reformisten, die am kapitalistischen Ausbildungssystem bloß herumdoktern, keineswegs im Sinn und weil sie nicht offenkundig werden lassen wollen, wer heute die Berufsausbildung in der Hand hat, wenden sie sich so vehement dagegen, daß derjenige, für den die Lehrlinge arbeiten, diesen einen Lohn bezahlen soll. Konsequent können sie heute allerdings diese Positionen nicht mehr gegen die unzufriedenen Jugendlichen durchsetzen und die ÖGJ-Forderung nach 75% vom Facharbeitermindestlohn ist ein erster Brückenkopf gegen diese Linie.
Bei den letzten Lohnrunden wurde die Forderung des 14. Bundeskongeßes aber nicht einmal erwähnt. Dagegen hat es Proteste in den Jugendgewerkschaften gegeben. So lautet ein Beschluß des 16. Jugendgewerkschaftstages der Gewerkschaft für Privatangestellte in Bezug auf die prozentuelle Verankerung der Lehrlingsentschädigung vom Mindestangestelltengehalt folgendermaßen: "Bisher aber haben die Sektionen keine Ergebnisse in diese Richtung erzielt. Der 16. Jugendgewerkschaftstag der GPA fordert daher die zuständigen Sektionen auf, der in allen Körperschaften unserer Gewerkschaft beschlossene Forderung der Jugendabteilung Rechnung zu tragen und für die Verwirklichung dieser Beschlüsse einzutreten."
In einigen Jugendgruppen wurden ebenfalls Forderungen in diese Richtung beschlossen, nämlich 3000,-S mindestens für alle Lehrlinge. Die Forderung nach mindestens 3.000 S ist sehr wichtig, solange die 75% Forderung, zwar die Grundlinie angibt, aber nur für das 3. Lehrjahr steht. Solange nämlich muß durch eine Mindestforderung gesichert werden, daß auch die Lehrlinge in den andern Lehrjahren genug zum Leben haben.
Der JVR der Fa. PANALPINA hat im Zuge der letzten Lohnverhandlungen bei den Speditionsangestellten eine Erhöhung der Lehrlingsentschädigung um den selben Betrag wie die Erhöhung der Gehälter der erwachsenen Angestellten, als ersten Schritt zum Existenzlohn für Lehrlinge, gefordert.

BEZAHLUNG DER LEHRLINGE IN DER HÖHE VON 75% VOM FACHARBEITERMINDESTLOHN, MINDESTENS ABER S 3000,- MONATLICH!

R.K./Red.

Atomkraftwerke: Die kapitalistische Entwicklung der Produktivkräfte zerstört die Lebensbedingungen des Volkes

Mitte Oktober startet die Bundesregierung eine großangelegte "Aufklärungskampagne über Vor- und Nachteile der Kernenergie". Welche Betrugsmanöver die Bevölkerung bei dieser "Abwägung des Pro und Kontra AKW" zu erwarten hat, zeigen Kreiskys Äußerungen in einem Pressegespräch am 21.9. recht deutlich. Kreisky hat dabei offen ausgesprochen, was für die Regierung längt feststeht: "Zwentendorf wird selbstverständlich in Betrieb genommen." (OÖN,22.9.)

Noch bei den Großveranstaltungen in Linz und Enns zum Thema Kernkraftwerke im vergangenen Jahr wurde die Regierungskampagne als Beitrag zur "demokratischen Meinungs- und Willensbildung" vor der Beschlußfassung im Parlament angekündigt. Nach dieser "Form der Volksbefragung" sollten die Abgeordneten "nach ihren Gewissen" entscheiden.

Tatsächlich sind trotz Bauaufschub die Vorbereitungen für die Inbetriebnahme in Zwentendorf und der Baubeginn in St. Pantaleon weitergelaufen, lediglich verlangsamt aufgrund des breiten Widerstandes, aber auch im Spielraum des krisenbedingt abgesunkenen Energiebedarfs.
Während die Bundesregierung den Eindruck zu erwecken versucht, daß die Entscheidung beim Volke bzw. seinen parlamentarischen Vertretern liegt, war sie sich ihrer Sache bereits so sicher, daß sie in ihrem Energieplan 1976 den in den Kernkraftwerken erzeugten Strom für 1985 mit 15% der Energieproduktion festgelegt hat.
Kreiskys Äußerung hat nun deutlich gemacht, daß nicht das Volk souverän über seine Lebensbedingungen entscheiden soll. Nicht einmal die Vorspiegelung einer "Mitsprache" läßt sich aufrechterhalten.
Das muß genutzt werden, um in der anlaufenden "Aufklärungskampagne" die Klarheit zu verbreiten, daß nur die Bevölkerung ihre Entscheidung gegen Kernkraftwerke in den Ballungszentren im Kampf durchsetzen muß. Das muß aber auch genutzt werden, um aufzuzeigen, wie betrügerisch in der parlamentarischen Demokratie mit dem Willen des Volkes verfahren wird.

SP-Regierung: Vollzugsorgan des beteiligten Kapitals

Der Standpunkt der betroffenen Volksmassen kommt in den Überlegungen der Bundesregierung nur zum Zweck der Augenauswischerei und der Täuschung vor. Ihr wirklicher Ausgangspunkt und Richtschnur ihres Handelns sind die Kapitalinteressen. So wenn Kreisky die Ablehnung von Kernkraftwerken in der Bevölkerung mit Zweifel an ihrem Geisteszustand vom Tisch wischt: "Das wäre doch der helle Wahnsinn, ein Werk, das vor der Vollendung steht, einfach jetzt zuzusperren." (OÖN,22.9.) Das ist die Kapitalistenlogik: nur das angelegte Kapital und der erhoffte Profit zählen. Dem sollen die Lebensbedingungen des Volkes rücksichtslos unterworfen werden. Die Rolle der Politiker wie der Wissenschaft ist es, dieser zerstörerischen Profitjagd zum Durchbruch zu verhelfen und alle Hindernisse aus dem Weg zu räumen.
Ein solches Hindernis, an dem sich die Auseinandersetzung um die Atomkraftwerke immer wieder entzündet, ist das ungelöste Atommüll-Problem, die Lagerung und Verwahrung radioaktiver Abfälle, die über Jahrtausende von Boden, Wasserkreislauf und Atmosphäre ferngehalten werden müssen.
Auch in dieser Frage ist die Bedrohung der Bevölkerung für Kreisky kein Gesichtspunkt: "Wenn beim Bau von Kernkraftwerken derartige Kapitalien involviert werden, muß es den Wissenschaftlern auch gelingen, mit dem Atommüll fertig zu werden... Sie müssen sich halt mehr tummeln, wenn mehr Kernkraftwerke gebaut werden." So kurz ist die Leine jener "unabhängigen Fachleute", die bei den 10 "Aufklärungs"-Großveranstaltungen auf dem Podium sitzen werden. Tatsächlich ist ja auch ungeheuer viel Kapital "involviert", vor allem Kapital der verstaatlichten Industrie und Banken. So sind die Kosten für die Einrichtung eines Atomkraftwerkes um ein vielfaches höher als bei herkömmlichen Wasserkraftwerken (Zwentendorf kostet 5,5 Milliarden Schilling.) Die Amortisationszeit ist hingegen um ein vielfaches kürzer. Atomkraftwerke sind sozusagen das ideale Verschleißprodukt; können sie doch nur maximal 20 Jahre betrieben werden, dann ist Ersatz fällig. Darin, und am hohen Steueranteil an den Gestehungskosten wittern die von Kapitalanlageschwierigkeiten geplagten Kernkraftwerksbetreiber ihre Profitchancen.

Für die Dienste, die Staat, Regierung und Politiker dem Finanzkapital erweisen, gibt es aber auch großzügige Anerkennung und Pfründe: die Herren "Volksvertreter", nur "ihrem Gewissen verantwortlich" werden auf einträchtige Aufsichtsratsposten gerade auch der Energiewirtschaft berufen, um ihnen ihre "Gewissensqualen" zu erleichtern. Diese Dienstbarkeit und dafür erwiesene Dankbarkeit bringt der folgende Leserbrief zum Ausdruck:

Eingehüllt ins Mäntelchen

Bei der Großveranstaltung der OÖN in der Ennser Stadthalle am 28. Februar ist mir aufgefallen, daß die Spitzen der Energiewirtschaft ihr Statement abgegeben haben, eingehüllt ins Mäntelchen des freigewählten Politikers:
- Vorsitzender des Aufsichtsrates der OKA, Dr. Erwin Wenzl (außerdem Aufsichtsrat der Bank für OÖ. und Sbg., Vorstandsmitglied der OÖ. Volkskreditbank, Mitglied des Länderkuratoriums der Versicherungsanstalt der Österreichischen Bundesländer), eingehüllt ins Mäntelchen eines Landeshauptmannes.
- Vorsitzender des Aufsichtsrates der NIOGAS, Aufsichtsratsmitglied der NEWAG, Vorsitzender des Aufsichtsrates der DoKW, Andreas Maurer (außerdem Vorsitzender-Stellvertreter des Aufsichtsrates der Bundesländerversicherung) eingehüllt ins Mäntelchen eines Landeshauptmannes.
- Aufsichtsratsmitglied der OKA, Rudolf Trauner, eingehüllt ins Mäntelchen eines Landesrates.
- Aufsichtsratsmitglied der OKA, Josef Schützenberger, eingehüllt ins Mäntelchen eines Landesrates.
- Vorsitzender des Aufsichtsrates der Ennskraftwerke und Aufsichtsratsmitglied der OKA, Dr. Rupert Hartl, eingehüllt ins Mäntelchen eines LH-Stellvertreters.

Dazu eine beweissichernde Feststellung von Herrn Maurer, die er im Verlaufe der Diskussion deponiert hat: „Ich bin ja auch nicht Aufsichtsrat oder ähnliches in der ÖMV... ich habe also hier nicht die ÖMV zu vertreten..."

Wen aber diese Herren hier zu vertreten haben, siehe oben!
Hochachtungsvoll
Gudrun Skala, Linz

Gesetzlich normierte Zerstörung der Lebensbedingungen

Nach Serienausfällen von Kernkraftwerken in aller Welt - zuletzt wurde das westdeutsche Paradepferd in Sachen Sicherheit in Gundremmingen vorübergehend stillgelegt - kann die Störungsanfälligkeit und damit die Gefährlichkeit dieser Energiequelle kaum mehr ernsthaft bestritten werden. Deshalb wird im Zentrum der Auseinandersetzungen der kommenden Großveranstaltungen der Regierung wohl weniger der Katastrophenfall stehen, sondern der Lobpreis auf die "absolut zuverlässigen" Sicherheitsvorkehrungen. Aber so wie die Kernkraftwerksbetreiber den GAU (größtanzunehmenden Unfall) verniedlicht haben, trotz zehntausender Toter im engeren Umkreis und hunderttausender Blut- und Schilddrüsenkrebserkran-

Fortsetzung nächste Seite

Jungarbeiter- und Lehrlingsheim Ober-St. Veit / Wien: Erfolge im Kampf gegen Heimordnung

Einen Erfolg haben die Mieter des Jugendwohnheimes Ober St.Veit in ihrem Kampf gegen die Heimordnung errungen.
Das Heim gehört der privaten Gesellschaft "Kuratorium Wiener Jugendheime" und wurde mit Hilfe eines Wohnbauförderungsdarlehens der Gemeinde Wien in der Höhe von 75 Mio S. erbaut. Hinter dem Kuratorium stehen verschiedene Kapitalisten, die mit Hilfe des Heimes junge Arbeitskräfte aus Niederösterreich in Wien ansiedeln und gleich unter Verschluß und Kontrolle halten wollen.

Aufgrund der hohen Miete, sie beträgt allein für Wohnen S 1100,- monatlich, sind von den 480 Heimplätzen erst 90 von jungen Arbeitern, Lehrlingen und Studenten besetzt. Ende August wechselte das Kuratorium, das offenbar die Zügel stärker anziehen wollte, die Heimleitung aus. Es kam zu wiederholten Eingriffen der Heimleitung in die Privatsphäre der Mieter. Als schließlich noch einige Mieter gekündigt wurden, gab es eine Vollversammlung am 8.9. auf der ein Komitee gewählt wurde, das unter anderem eine Heimordnung ausarbeiten wollte, die es bis damals noch nicht gab.

Überfallsartig hängte darum die Heimleitung am 10.9. eine Heimordnung aus. Ihre markantesten Punkte:

+ Jederzeitige Kontrolle der Zimmer durch die Heimleitung
+ Generelles Alkoholverbot
+ Besuchsverbot ab 10 Uhr abends
+ Jederzeitige Kündigung usw.

Daraufhin wurde sofort eine Protesterklärung verfaßt und fast von hundert Prozent der Mieter unterschrieben.
Bei einer einberufenen Versammlung erschien Padkowic, der Chef des Kuratoriums und versuchte den Mietern mit Aussprüchen wie "Ich bin hier der liebe Gott" und "Demokratie funktioniert nur, wenn 80% den Mund halten", bange zu machen. Gegenüber der geschlossenen Front der Mieter waren diese Sprüche jedoch völlig nutzlos. Unter dem großen Druck mußte Padkowic wesentliche Sachen zurücknehmen.
Das Besuchsverbot wurde aufgehoben, eine einmonatige Kündigungsfrist festgesetzt, das Recht auf Zimmerkontrolle eingeschränkt.

(nach Berichten von Heimbewohnern)

Fortsetzung von Seite 17

Atomkraftwerk...

kungen als Spätfolge, so blufften sie jetzt in Sachen Sicherheit.

Was ist denn von den staatlichen Sicherheitsauflagen im Planungs- und Baustadium viel zu halten, wenn die zuständigen Ministerialräte im Gesundheitsministerium über die Verhandlungen freimütig bekennen: "Einmal machen sie Konzessionen, dann wieder wir." Ein sehr "amikales Verhältnis"- und über seine Qualifikation sagt Ministerialrat Pindur: "Ich bin Jurist und verstehe nichts vom Atomfach". (Profil 2/74).

Bezüglich der Reinhaltung der Luft ereifert sich die Propaganda der Atomlobby, "daß keine Radioaktivität unkontrolliert entweicht". Dabei wird kein Wort darüber verloren, wieviel Radioaktivität im Rahmen der behördlichen Grenzwerte kontrolliert entweicht.
Die Grenzwerte selbst werden von den staatlichen Stellen willkürlich der Verseuchung der Luft angepaßt. So wurden in Linz die Grenzwerte für das höchstschädliche Schwefeldioxid im Winter an 20 bis 70 Prozent der Meßtage überschritten. Die Behörde ist daraufhin nicht etwa gegen die Betriebe der Urheber vorgegangen, sondern hat einfach die Grenzwerte von 0,2 Milligramm SO_2/m3 Luft auf 0,3 mg. erhöht.

Zur Verseuchung der Luft kommt beim Betrieb der Atomkraftwerke auch noch das Aufheizen der Flüsse durch die Kühlwasserentnahme. Dadurch wird sich z.B. im Zentralraum Linz die durch Schadstoffe angereicherte Nebelbildung noch drastisch verstärken, von den schädlichen Folgen der Erwärmung für Pflanzen und Fischbestand ganz abgesehen. Momentan liegen sich die in der geplanten Industrieachse Linz-Enns-Asten angesiedelten Konzerne noch in den Haaren, wer wem beim Aufheizen zuvorkommt, weil wärmeres Wasser weniger Kühlwirkung, mehr Kosten und weniger Profit bedeutet. Wie so etwas berücksichtigt wird, zeigt das Gutachten der Bundesanstalt für Wassergüte über die Kühlwässer der Chemie-Linz-AG: "Der beabsichtigten Einleitung von Kühlwässern in die Enns kann derzeit nicht zugestimmt werden, da mit einer ernsthaften lokalen Beeinträchtigung der Gewässergüte gerechnet werden muß." (KZ 15.8.76). Wenige Wochen später hatte die Chemie die Bewilligung der Behörden für die beantragten 16 mill.Liter pro Stunde (erste Ausbaustufe!) in der Tasche.

Fortsetzung nächste Nummer

»Subversionsbekämpfung« Teil desLandesve

AM 10.5.76 wurde der Landesverteidigungsplan im Entwurf dem Landesverteidigungsrat vorgelegt. Er enthält drei wesentliche Abschnitte: 1. Die strategische oder sicherheitspolitische Konzeption der Landesverteidigung. 2. Eine Bestandsaufnahme aller Teilbereiche der Landesverteidigung für den Zeitraum 1967 bis 1974 und 3. die "Sollvorstellungen" für die Konkretisierung der österreichischen Militärpolitik in den 80-er Jahren. (Nach ÖMZ 4/76). Der Landesverteidigunsplan wird streng geheim gehalten. Der Major des Generalstabs Aehrenthal wurde verhaftet, weil er einem Redakteur der "Presse" Informationen weitergegeben haben soll. Weniger vor ausländischen Mächten soll der Landesverteidigungsplan aber geheimgehalten werden (mit der Nato wird er sowieso abgesprochen und vom potentiellen Aggressor, der sozialimperialistischen Sowjetunion, nimmt man an, daß sie ihre Spitzel im Verteidigungsministerium sitzen hat) sondern vor dem österreichischen Volk. Der Plan der umfassenden Militarisierung und der Kriegsvorbereitungen "kann der österreichischen Bevölkerung nicht zugemutet werden".

Natürlich lassen sich diese Pläne auf die Dauer nicht verbergen:

- So ist in der Debatte um die neue Wehrgesetznovelle bekanntgeworden, daß für die Durchführung der Heeresreform tausende Reservekader fehlen, und diese daher zwangsverpflichtet werden müssen.
- Die Mobilmachung soll in Zukunft dadurch erleichtert werden, daß sie der Verteidigungsminister allein anordnen kann.
- Im Rahmen der wirtschaftlichen Landesverteidigung steht der Beitritt zur Internationalen Energie-Agentur (IEA) vor der Ratifizierung. Rohstofflenkungs- und -bevorratungsgesetze sind in Vorbereitung.
- Zur besseren Eingliederung der österreichischen Luftraumverteidigung in das 1973 fertiggestellte NATO-Frühwarnsystem für Europa (NADGE) wurden die Großraumstationen in Oberösterreich und der Steiermark errichtet und sollen die Abfangjäger angeschafft werden.

Über die neue sicherheitspolitische Konzeption des Landesverteidigungsplans schreibt der Sektionsrat Bayer aus dem Bundeskanzleramt in der ÖMZ/4/76 folgendes: "Seit dem Ministerratsbeschluß von 1965 sind 10 Jahre vergangen, und neue Varianten von Bedrohungserscheinungen (neben dem sogenannten Krisen-, Neutralitäts- und Verteidigungsfall) wie wirtschaftliche Erpressung, Subversion und Terrorakte waren zu den bisherigen dazugekommen. Das Bedrohungsbild des Jahres 1975 mußte nun nach den gegenwärtigen Erkenntnissen analysiert, in seiner Relevanz zu den drei bisherigen Anlaßfällen der umfassenden Landesverteidigung überprüft und - hinsichtlich der Aufträge - neu formuliert werden".

Änderungen im Bedrohungsbild

Die wichtigste Änderung im Bedrohungsbild des Jahres 1975 besteht also für die Bourgeoisie in der Einbeziehung von möglichen revolutionären Entwicklungen im Zusammenhang mit dem drohenden Krieg. Die Verfasssung hält für diesen Fall fest, daß das Bundesheer "auch über den Bereich der militärischen Landesverteidigung hinaus a) zum Schutz der verfassungsmäßigen Einrichtungen und ihrer Handlungsfähigkeit und b) zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit im Inneren überhaupt" bestimmt ist. (Artikel 79 Abs.2)
Die Vorbereitung auf die Revolution versucht die Bourgeoisie geheimzuhalten. Stattdessen sucht sie die Sache so darzustellen, daß es sich auf die"subversive Kriegsführung" eines Aggressors einstellen muß. In der Nummer 4 1976 der ÖMZ hat sich nun ein gewisser Major des Generalstabs Heinz Kozak lang und breit über die Gefahr der Subversion ausgelassen. Sein Artikel ist es wert studiert zu werden, nicht weil der Autor übermäßig originell oder offen wäre, sondern weil er im Stil einer Schularbeit gründlich und brav alles wiedergibt, was man ihm im Generalstabskurs eingepaukt hatte. Der Major tut sich bereits bei der Definition des Begriffes Subversion hart, weil er einerseits die Ansicht hat, den Kampf gegen die "Subversion" als Verteidigung eines "Staatswesens" gegenüber einer von außen gesteuerten Aggression darzustellen, aber andererseits nicht darum herumkommt, zuzugeben, daß ein wesentliches Merkmal der "Subversion" die er im Auge hat, "der Ansatz im inneren der Gesellschaft"ist; "dies impliziert einerseits eine nichtmilitärische Form der Bedrohung und andererseits die Benützung von Angehörigen der angegriffenen Gesellschaft als Träger der Subversion".
So kommt er endlich zur Begriffsbestimmung: "Es ist also Subversion eine nichtmilitärische Form des Angriffs auf eine Gesellschaft, wobei dieser Angriff im Inneren dieser Gesellschaft ansetzt und, unter Verwendung legaler und illegaler Mittel, einschließlich der Gewalt, die illegitime Veränderung der gesellschafts- oder machtpolitischen Gegebenheiten zum Ziel hat." Nun ist es endlich heraussen, Subversion ist,was sich die "illegitime Veränderung der machtpolitischen Gegebenheiten" zum Ziel setzt.

Was hinter der Subversion steht

Major Kozak bemüht sich in seinem Artikel krampfhaft vom Klassengegensatz abzulenken und redet geschwollen, daß "die immer komplexer werdendenStrukturen der Gesellschaft für den einzelnen nicht mehr erkennbar werden " und daß dieser einzelne sich "von den Entscheidungen ausgeschlossen sieht und überdies von der Sinnhaftigkeit dieser Entscheidungen nicht mehr überzeugt ist".
Darüber kann sich vielleicht ein Generalstäbler wundern, für den es selbstverständlich ist, daß die Arbeiterklasse für die Imperialisten im Krieg verbluten soll. Nicht genug damit, daß den Leuten die Sinnhaftigkeit solcher selbstverständlicher Entscheidungen nicht klar sein wird, wollen sie auch noch ein Übermaß an Demokratie. "Die Demokratie wird dergestalt interpretiert, daß in Ausübung der Demokratie das Volk an keine Schranken mehr gebunden ist, also auch Gewalt ausüben kann. Die Gewalt wird als das 'kleinere Übel' dargestellt, es werden Legitimationen für sie gefunden, und die Gewalt wird als unbedingtes Ereignis dargestellt."
Wie kommt es dazu, daß sich Menschen finden, die für solche subversive Vorstellungen kämpfen? Für den Major beginnt das ganze damit, daß die Arbeiter unbescheiden werden. "In der Vorbereitungsphase der Subversion entsteht eine Bedürfnisspirale, die durch immer größer werdende Bedürfnisse und der Unfähigkeit der Gesellschaft, diese zu decken, Frustrationen und Aggressionen erzeugt."
Bei allen bisher stattgefundenen Revolutionen waren solche "maßlose" Bedürfnisse die Forderung nach Brot für alle, nach Beendigung des Krieges, nach der Abschaffung der drückenden Lasten der Kapitalsherrschaft.
Alles Dinge, die die "Unfähigkeit der Gesellschaft" auch in den Augen der politsch rückständigsten Teile des Volkes hat klar werden lassen.

Sehr aufschlußreich für das Denken der Militärs, sind auch die von Major Kozak genannten 'Mittel der Subversion':"Dazu gehören: Infiltration,Propaganda, Agitation, Demonstration, Streik, ziviler Ungehorsam, wirtschaftliche Subversion". Besonderes Augenmerk legt der Autor dabei auf Demonstrationen und Streiks. "Während alle anderen Propagandamittel im wesentlichen von der ununterbrochenen Aktivität der Propagandatreibenden leben, und auf diese ihre Wirksamkeit aufbauen müssen, wohnt der Demonstration eine Eigengesetzlichkeit inne, die positiv für die Entstehung von Konfrontationen mit der Ordnungmacht, die zur Gewaltsamkeit und damit größten Wirksamkeit der Demonstration führt".
Noch schlimmer sind für Kozaks Militaristenhirn Streiks. "Der zuletzt bei der Demonstration erwähnte Solidarisierungs- und Identifizierungsprozeß wird in noch größerem Maß beim Streik ausgenützt. Beim Streik, der in der jüngsten Vergangenheit in verschiedenen Ländern immer mehr von einem Mittel der sozial-ökonomischen Ansprüche zu einem machtpolitischen Kampfmittel umfunktioniert worden ist."
Dazu kommt noch eine weitere Seite des Streiks. "Es ist dies die Funktion der wirtschaftlichen Schädigung des Staates und der Beeinträchtigung seiner Aufgabenerfüllung, die zunächst nur das Vertrauen des Staatsvolks erschüttern und den Staat von der Bevölkerung isolieren sollen. In der stärksten Ausprägung des Streiks soll jedoch der totale und endgültige Zusammenbruch des Staates und damit das Ziel der Subversion erreicht werden."

„Terror-und Sabotagebekämpfung"

Im Zusammenhang mit diesen "gewaltfreien Mitteln der Subversion muß sich aber die Bourgeoisie auch noch auf "bewaffnete Propaganda, wie sie beispiels-

rteidigungsplanes

weise die Palästinenserorganisation PLO betreibt", auf "Terror" und auf "Sabotage" vorbereiten. Als Ziel der Sabotage nennt der Major vor allem "Einrichtungen der wirtschaftlichen und staatlichen Infrastruktur einschließlich des Transport- und Kommunikationssystems und der Anlagen der Energiegewinnung und -verteilung." Die Besetzung, Zerstörung oder Lahmlegung von Kasernen, Polizeiwachstuben, Fabriken, Bahnhöfen, Brücken, Telefonzentralen, Fernsehsendern, Kernkraftwerken und Umspannwerken werden tatsächlich Ziele des bewaffneten Aufstands sein, das zeigt das Beispiel zahlreicher Revolutionen. Das weiß die Bourgeoisie genau und deshalb üben die Objektschutztruppen der territorialen Landwehr schon jetzt den Schutz dieser Einrichtungen.

In Österreich herrscht eine imperialistische Bourgeoisie. Sie zu stürzen und die politische Macht zu erobern ist die Aufgabe des österreichischen Proletariats.

Wenn das Proletariat seine soziale Revolution machen will, wenn es die Lohnarbeit abschaffen, wenn es durch die Beseitigung des Privateigentums der Kapitalistenklasse an Produktionsmitteln die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abschaffen will, dann muß es die bürgerliche Staatsmaschinerie zerschlagen, und die Diktatur des Proletariats errichten. Dabei darf sich das Proletariat nicht auf einen friedlichen Weg einrichten, denn "solange die Bourgeosie über bewaffnete Formationen zur Verteidigung ihres Eigentums und ihrer Herrschaft verfügt, kann die Arbeiterklasse die politische Macht nur mit Waffengewalt erobern." (Programm des KB Österreichs) Der bewaffnete Aufstand der Volksmassen unter der Führung der Partei der Arbeiterklasse in einer revolutionären Situation ist natürlich "illegitim" für die herrschende Klasse, ist"Subversion" reinsten Wassers. Die untergehenden Ausbeuterklassen haben immer schon den revolutionären Ansturm auf ihre Herrschaft als von außen gesteuert denunziert, um von der Unversöhnlichkeit des Klassenkampfs abzulenken, um das Volk zu spalten, und chauvinistisch zu verhetzen. So hat die bürgerliche russische Regierung im Sommer 1917 die Verleumdung verbreitet, daß die Bolschewiki von Deutschland bezahlt und unterstützt werden, weil diese gegen die Fortsetzung des Krieges agitierten, und zum Kampf gegen die eigene Bourgeoisie aufriefen, zur Umwandlung des imperialistischen Krieges in einen Bürgerkrieg. Selbstverständlich ist es richtig, daß es revisionistischen Parteien gelingt, in die Regierung zu kommen. Dies ausnutzend scheuen die Sozialimperialisten es nicht, sich direkt in die Angelegenheiten von souveränen Staaten einzumischen und Druck auszuüben, wie in Portugal oder Italien und sie scheuen sich auch nicht, Staatstreiche und Putschs anzuzetteln wie im Sudan oder in Afghanistan. Darin stehen sie der USA in nichts nach. Sie sind nur gefährlicher, weil sie versuchen, sich in den revolutionären Bewegungen einzuschleichen und weil sie diese Einmischungen als "sozialistische Hilfe" tarnen. Wirklich revolutionäre Bewegungen kann es aber im Fahrwasser der Sozialimperialisten keine geben.

Die österreichische Arbeiterklasse wird auf die eigenen Kräfte gestützt die Revolution vorbereiten und durchführen. Dabei wird sie gegen alle Stützen der bürgerlichen Staatsordnung "Subversion" betreiben, in die bewaffneten Formationen wie das Bundesheer Zersetzung tragen und zugleich alle Einmischungsversuche und Unruhestifter größerer imperialistischer Mächte zurückschlagen.

W.K.

Für die Fortführung des Kampfs gegen die staatliche Stipendienpolitik

Die Regierung brachte unlängst eine Novelle zum Stipendiengesetz heraus (siehe "Klassenkampf" 2/76). Die Novelle sieht kurzgefaßt folgende Maßnahmen vor:
Die Höchststipendien werden - nachdem 3 Jahre die Inflation ihren realen Wert verringert hatte - von 1.600,- auf 2.300,- (Eltern am Studienort) bzw. 2.400,- auf 3.300,- (Eltern nicht am Studienort) erhöht. Der Kreis der Stipendienbezieher wird weiter eingeschränkt: 2.000,- (!) im Monat und darunter darf eine Familie verdienen, damit das Kind dieses Stipendium erhält. 1975 erhielten 16% aller Studenten ein Stipendium, jetzt sind es noch weniger. Weit weniger als die Hälfte der Arbeiterkinder, die studieren, erhalten ein Stipendium.

Von den Studenten waren im letzten Jahr Forderungen erhoben worden, die sicherstellen sollten, daß Kinder von Arbeitern, kleinen Angestellten, Kleinbauern oder Kleingewerbetreibenden ein Stipendium bekommen, mit dem sie auskommen können. Denn was kann ein Arbeiter seinem Sohn oder seiner Tochter bis zum 23. oder 25.Lebensjahr zum Unterhalt draufgeben? Studenten, deren Eltern nicht mehr verdienen, als ein Arbeiterlohn ausmacht, sind voll auf das staatliche Stipendium angewiesen.

Durch die Inflation, die die Stipendien immer mehr entwertet und gleichzeitig immer mehr Familien aus dem Stipendiensystem hinauswirft, weil der Lohn nominell steigt, obwohl er real sinkt, wurde die Situation schon seit Jahren immer schlimmer. Dasselbe gilt auch vom Leistungsnachweis, der immer schwerer zu erbringen ist. Mit der neuen Novelle würde sich diese Entwicklung verschärft fortsetzen.

Was heißt das, wenn weit weniger als die Hälfte der Arbeiterkinder, die studieren, überhaupt ein Stipendium bekommen, meist ein sehr kleines? Das heißt, daß viele Kinder aus ärmeren Verhältnissen ständig in der Angst leben müssen, ihr Studium aus finanziellen Gründen aufgeben zu müssen, daß für sie jedes verlorene Studienjahr und jede mißlungene Prüfung doppelt und dreifach zählt und daß sie daher unter zwei- und dreifachem Druck stehen, sich der bürgerlichen Hochschulausbildung völlig zu unterwerfen und alles daranzusetzen, um dem gerecht zu werden, was die Bourgeoisie aus ihnen machen will. Ihnen gegenüber wendet die Bourgeoisie besonders scharfe Mittel an, um sie in ihrem Sinne zu karrieresüchtigen, eingebildeten und dabei unwissenden Menschen zu erziehen, die sie gut in der Produktion, dem Staat und der ganzen Gesellschaft gegen die Arbeiterklasse und das Volk einsetzen kann.

Ein beredtes Zeugnis davon legt auch der Leistungsnachweis ab. Schon bisher war es so, daß Stipendienbezieher Prüfungen ablegen mußten, die sie für das Studium gar nicht brauchten und die andere Studenten nicht machen mußten, nur damit sie genug für das Stipendium zusammenbrachten. Und sie mußten bei den Prüfungen einen 1er oder 2er bekommen, obwohl für jeden anderen Studenten ein 4er genügt. In Zukunft werden die Studenten aus ärmeren Familien noch mehr in die Zange genommen. Die Regierung hat neue Studienordnungen und Studienpläne ausgearbeitet, in denen der Abschluß des Studiums in Zeiten gefordert wird, die heute die wenigsten Studenten schaffen. Es ist keine Ausnahme, wenn in Studienrichtungen die Studenten im Durchschnitt etwa doppelt so lang brauchen, als es die neuen Studienpläne vorschreiben.

Die Ursachen für diese wirklichen langen Studiendauern liegen darin, daß bei Prüfungen gezielt ein gewisser Prozentsatz, oft 50% oder mehr, hinausgeprüft wird, Studenten oft wegen ein oder zwei Prüfungen ein oder gar zwei Jahre verlieren, daß in Pflichtlehrveranstaltungen häufig weniger Studenten aufgenommen werden, als hineinwollen und müssen usw., zum Teil auch daran, daß sich die ärmeren Kollegen daneben Geld verdienen müssen. Ungeachtet dessen, daß der Staat einem raschen Studienabschluß selbst alles Erdenkliche in den Weg legt, sollen jetzt die Stipendienbezieher das schaffen, was bisher nur wenige schafften: die Studienpläne zeitgerecht erfüllen - sonst gibt es kein Stipendium.

Mit all dem sollen die ärmeren Studenten besonders unterdrückt und diszipliniert werden und die, die sich nicht beugen, mit aller Härte von der Hochschule vertrieben werden. Diese reaktionäre Politik, aus den Kindern armer Familien besonders willfährige Handlanger der herrschenden Klasse zu machen, will die Regierung unter dem heuchlerischen Slogan: "Nur der wirklich Begabte und Fleißige soll gefördert werden", dem Volk verkaufen.

Eine breite Demonstration organisieren!

Es haben sich nicht tausende Studenten dazu im letzten Jahr am Kampf beteiligt, um jetzt ein solches reaktionäres Gesetz vorgelegt zu bekommen. In aller Öffentlichkeit müssen die Studenten demonstrieren, was sie von der Politik der Kapitalisten halten; daß sie diese ablehnen und warum sie sie ablehnen. Es ist wichtig, dafür eine breite Aktionseinheit zustandezubringen. Die Führung der Hochschülerschaft, die vom Studentenverband der ÖVP, der ÖSU gestellt wird, bemüht sich freilich, alles in ihrer Macht stehende zu tun, um die staatliche Politik zu unterstützen und sie den Studenten schmackhaft zu machen. Es ist ganz offensichtlich, daß die ÖSU ebenso wie die ÖVP die Ziele der reaktionären Stipendienpolitik voll und ganz teilt. Im letzten Jahr haben die Studenten jedoch in der Stipendienbewegung wichtige Erfahrungen dabei gemacht, sich selbständig zu organisieren und gegen den Willen der verschiedenen bürgerlichen Studentenorganisationen von ÖVP, SPÖ, FPÖ und KPÖ und anderen Kampfschritte durchzuführen. An diese positiven Erfahrungen müssen sie jetzt wieder anknüpfen.

H.S.

Die palästinensische Revolution richtet sich gegen den Kolonialstaat Israel

Fortsetzung von Seite 1

Dem könne nicht zugestimmt werden, ohne daß vorher verbindliche Modalitäten und Garantien für einen Waffenstillstand festgelegt seien. Syrien hat daraufhin mit der verstärkten Fortsetzung der Invasion gedroht. (Herald Tribune,23.9) Trotzdem befahl Yasir Arafat am Tag der Vereidigung von Sarkis seinen Verbänden, für 24 Stunden die Kämpfe, Gewehr bei Fuß, einzustellen. Das solle die prinzipielle Bereitschaft zeigen, mit Sarkis, der nicht direkt der faschistischen Clique seines Vorgängers Frangieh zuzurechnen ist, zu verhandeln. Öffentlich hat die PLO damit ein weiteres Mal ihre grundlegende Haltung zu den Kämpfen im Libanon demonstriert:
Die palästinensischen Massen sind heute gezwungenermaßen Flüchtlinge im Libanon und den anderen Nachbarländern ihrer besetzten Heimat. Dies ist der Fall, weil sie vom Zionismus aus Palästina vertrieben wurden, der ihr Land vollständig und auch Teile Syriens und Ägyptens besetzt und kolonisiert hat. Das palästinensische Volk kämpft an der Spitze der arabischen Völker und Länder gegen den rassistischen und illegalen Staat Israel. Das ist seine erste Kampfaufgabe, und dazu benötigt es das Hinterland der angrenzenden arabischen Staaten, um die Aktionen im besetzten Palästina selbst wirksam zu unterstützen. Im Libanon hat die palästinensische Revolution keine selbständigen, davon getrennten Ziele. Im Abkommen von Kairo, vom Jahr 1971 hat sie das Recht erkämpft, selbst ihre Lager im Libanon politisch, militärisch und organisatorisch zu kontrollieren; und dieses Abkommen hat sie seither in die Tat umgesetzt, zum Zweck der antiimperialistischen und antizionistischen Revolution, der Befreiung Palästinas. Sie hat seither im Libanon nur dann gekämpft, wenn dieses Abkommen angegriffen wurde, wie 1971, 1972 und seit 1975.
Erst in der zweiten Septemberwoche hat die PLO bekräftigt, daß sie mit Sarkis bereit sein werden, über die Form der Einhaltung des Kairoer Abkommens zu verhandeln. Die herrschende Klasse des Libanon hat immer wieder versucht, dieses Abkommen zu liquidieren. Im Libanon kontrolliert eine vollständig vom westlichen Imperialismus abhängige christliche Klasse von Grundeigentümern und Handelskapitalisten den Staatsapparat. Sie hat seit der Unabhängigkeitserklärung 1943 die libanesischen Massen von kleinen Bauern, Pächtern und Landarbeitern, die Handwerker, Fischer und das städtische Proletariat (die nur zum Teil Moslems sind) brutal unterdrückt und ausgebeutet. Zu diesem Zweck hat sie sich faschistische Banden gehalten, wie die "Falange" und die "Tiger"-Truppen von Gemayel und Chamoun. Die westlichen Imperialisten benützen durch sie den Libanon als Drehscheibe ihrer wirtschaftlichen Ausplünderung der arabischen Länder und gaben dem Land deshalb den Namen "Schweiz des Nahen Osten."

Die arabischen Massen unterstützen die PLO ...

Schon lange haben sich die armen Massen des Libanon gegen die Ausbeutung durch Imperialismus und Kompradoren zur Wehr gesetzt, mit dem Ziel, ihre eigene Herrschaft in diesem Land zu errichten und so den Libanon in die arabische Front gegen Israel einzureihen. Die palästinensische Revolution war ihnen dabei ein Ansporn und Beispiel, den Angriffen auf die PLO im Libanon durch das Regime und die Faschisten sind sie immer in den Arm gefallen. Seit 1975 haben sie endgültig zu den Waffen gegriffen, um sich vom Joch der Unterdrückung zu befreien. Trotz kleinbürgerlicher Elemente in ihrer Führung haben sie bis zum heurigen Frühjahr bedeutende militärische Erfolge über ihre Peiniger erzielt, deren Herrschaftsbereich auf 20% des Libanon zusammenschrumpfte.

Für die Imperialisten war der frühere Libanon ein dämpfender und beruhigender Faktor. 1956, 1967 und 1973 hatte es die herrschende Klasse streng vermieden, am Widerstand der arabischen Länder in den Kriegen gegen den Zionismus teilzunehmen. Deshalb haben die Imperialisten alles in Bewegung gesetzt, um der revolutionären Flut im Libanon Einhalt zu gebieten.
Als die libanesischen Faschisten dies nicht mehr konnten, brachten sie das bürgerliche syrische Regime, das wirtschaftlich und militärisch in hohem Maß von der Sowjetunion abhängig ist, dazu, einzugreifen. Dieses hat bisher vermocht, die nationalrevolutionäre libanesische Bewegung und die palästinensischen Verbände, die sie unterstützen, seit sie angegriffen wurden, vorübergehend militärisch in die Defensive zu drängen. Sie stießen aber auf derart erbitterten Widerstand, daß das Regime in Damaskus seit Ende August den größten Teil seiner Truppen am Golan - unter Absprache mit Israel - abziehen und in den Libanon senden mußte. (Herald Tribune, 18.9.)
Dieses Zusammenwirken zwischen Israel, dem nationalverräterischen Regime Syriens und den libanesischen Faschisten äußert sich weiters in der Bewaffnung der Faschisten durch Israel, in der Besetzung eines Teils des Südlibanon (bis zum Litani-Fluß) und der Errichtung einer Seeblockade durch Israel gegen die antiimperialistischen Verbände im Libanon. Diese konterrevolutionäre Zusammenarbeit haben viele arabische Regierungen verurteilt, dagegen hat sich in vielen arabischen Ländern und insbesondere in Syrien selbst der Widerstand entwickelt. Die Massen in Syrien, das früher mit größerem Aufwand als andere arabische Länder gegen Israel auftrat, das selbst zur 3.Welt zählt und teilweise von Israel besetzt ist, bekämpfen den Verrat des Regimes durch Demonstrationen (wie Ende August in Damaskus) und zahllose Truppenmeutereien. Das Regime in Damaskus sucht einen Ausweg in den Plänen zu einer "Föderation" zwischen Jordanien, dem Libanon und Syrien unter seiner Führung. Am 27.9. sollen Assad, Sarkis und Hussein zu diesem Zweck zusammentreffen. (Kurier, 8.9.)

... die Imperialisten bekämpfen sie

Wohlgefällig verbreiten alle Imperialisten jede Meldung, die von weiteren Versuchen der Zerschlagung der PLO und der nationalrevolutionären Bewegung im Libanon berichten. Kein Wunder, sind doch sie die Drahtzieher dieser Angriffe, sind es doch vor allem die beiden größten Kriegstreiber, die USA und die Sowjetunion, die um den Nahen Osten ringen und denen dabei die revolutionäre Erhebung der Völker zutiefst zuwider ist. Die USA haben ihre Emissäre in die "christlichen Gebiete" des Libanon gesendet, sie liefern über Zypern tonnenweise Waffen aller Art. Die vollständige Zerschlagung der PLO, die Etablierung eines zweiten, direkten Brückenkopfes neben Israel in Form eines "christlichen Staates" ist ihr Ziel.

Die Sowjetunion hat in den letzten Wochen kübelweise Beschimpfungen und Drohungen gegen jede Entwicklung ausgestoßen, die ihr zuwiderläuft und eine hektische diplomatische Aktivität entfaltet
Sie wird nicht müde, Ägypten zu beschimpfen, dessen gegenwärtige Haltung zu den Ereignissen im Libanon dem Befreiungskampf förderlich ist. Sie erhebt alle zwei Wochen freundlich mahnend die Stimme gegen die syrische Invasion und beliefert Syrien gleichzeitig mit den Waffen, die es im Libanon einsetzt. Am 8.September hat sie in der "Prawda" eine Erklärung von sich gegeben, die mit aller Schärfe ausspricht, wie sehr ihr an der völligen Schwächung der PLO, an ihrer Brechung zu einem gefügigen Faustpfand der SU, gelegen ist. "Diese Versuche (der Rechten, militärische Siege zu erringen) können nur zu einer Fortsetzung des Blutbades führen, ebenso wie Versuche von linken Elementen innerhalb der palästinensischen Bewegung und der patriotischen Kräfte, Friedensvorschläge einfach abzulehnen." (Herald Tribune, 9.9.)
Diese "Friedensvorschläge", die die SU lobt, werden deshalb von der PLO abgelehnt, weil sie der fortgesetzten Aggression Syriens und der Faschisten Tür und Tor öffnen würden und die Position Israels im ganzen Raum erleichtern und begünstigen würden. Die "linken Elemente" sind der Führer der PLO, Yasir Arafat, der einem bedingungslosen Rückzug nicht zustimmt - den die SU als "vernünfiten Kompromiß" bezeichnet -, weil dies die Liquidierung des Kairoer Abkommens bedeuten würde. Es ist nicht zufällig, daß die revisionistische Presse ständig nur vor der Teilung des Libanon warnt - die in erster Linie die USA betreiben - und die Föderationspläne Syriens kaum erwähnt. Nach wie vor sieht sie in einer Föderation unter Führung Syriens heute für sich die besten Möglichkeiten, ihre seit 1973 zunächst geschrumpfte Einflußsphäre im Nahen Osten auszudehnen. Man kann damit rechnen, daß sie demnächst wieder ihre "globale Lösung der Nahostfrage" hervorziehen wird, eine Genfer Friedenskonferenz, die unter Schirmherrschaft der beiden Supermächte auf Grundlage der UNO-Resolutionen 242 und 338 einen "Teilstaat Palästina" beschließen soll. Dazu benötigt sie eine PLO ohne revolutionäre Führung, dazu beginnt sie jetzt - auf Syriens Absichten, Arafat abzusetzen, aufbauend - die PLO anzugreifen.

Allerdings sind die militärischen Vorstöße Syriens im Libanon gegenwärtig festgefahren. Die Reihen der libanesischen Befreiungsbewegung festigen sich. Der Druck der arabischen Länder auf Syrien nimmt zu und im besetzten Palästina reißt die Aufstandsbewegung der arabischen Massen nicht ab. Die Chancen für die Imperialisten und Reaktionäre, ihre Ziele durchzusetzen, stehen nicht günstig. a.g.

Die Pläne zur Zerstückelung Palästinas werden scheitern !

Der israelische Außenminister Allon hat Mitte September einen "Plan" veröffentlicht, der das "Palästinenserproblem" - wie die Imperialisten die Entrechtung des palästinensischen Volkes nennen - "regeln" soll. In der amerikanischen Zeitung "Foreign Affairs" veröffentlicht er Karten des besetzten Palästina, auf denen mit einigen Federstrichen eine neue Variante der Aufstückelung Palästinas vorgeschlagen wird. Ein Teil des 1967 besetzten Westufers und des Gazastreifens sollen danach entmilitarisiert und durch einen Korridor verbunden werden. Dieses Gebiet soll, nach Allons Plan, mit Jordanien zu einem palästinensisch-jordanischen Staat zusammengeschlossen werden. Zu den religiösen Stätten in Jerusalem soll der arabischen Bevölkerung das Recht auf Zutritt "gewährt" werden.

Die zionistischen Räuber haben sich stets darin gefallen, Landkarten von Gebieten zu zeichnen, die ihnen nicht gehören, und auf den Interessen der arabischen Völker mit größter Selbstverständlichkeit herumzutrampeln. Der "Allon-Plan" erscheint allerdings 1976, nicht 1948 oder 1956. Er charakterisiert die Versuche Israels, aus seiner defensiven Situation herauszukommen.

Fortgesetzter Kampf gegen die israelische Kolonialmacht

In diese Defensive ist es getrieben worden durch den stetigen Aufschwung der palästinensischen Revolution und den Kampf der arabischen Völker und Länder. Die Kämpfe des palästinensischen Volkes gegen die israelische Kolonialmacht fanden im Frühjahr dieses Jahres einen ersten gewaltigen Höhepunkt, und werden seither mit unverminderter Entschlossenheit fortgesetzt. Sie beweisen der Welt, daß nichts das palästinensische Volk dazu zwingen kann, auf die Befreiung seiner gesamten Heimat zu verzichten:

- am 16. und 17.9. finden in Nablus, Hebron und Jerusalem Demonstrationen mit Tausenden von Teilnehmern statt. Sie richten sich gegen die Einzäunung von arabischem Landbesitz durch die Zionisten, die dort neue Kibuzzims, ihre Siedler-Wehrdörfer, errichten wollen. Gleichzeitig wird ein Generalstreik der arabischen Bevölkerung der größten Städte des Westufers lückenlos durchgeführt.
- Am 17.9. demonstrieren in Jerusalem im Anschluß an die Abschlußfeiern zum Ramadan, dem größten Fest des Islam, weitere Tausende gegen die kulturelle Unterdrückung und die Politik der "Judaisierung" der israelischen Regierung.
- in der zweiten Septemberwoche kommt es in Nazareth, also im 1948 besetzten Teil Palästinas, zu einer gemeinsamen Demonstration jüdischer und moslemischer Palästinenser gegen die Pläne der lokalen zionistischen Verwaltung, arabischen Landbesitz zu beschlagnahmen und die Zahl arabischer Arbeiter in den Betrieben auf 20 % zu reduzieren.

Nicht zufällig hat Allon seinen Plan in den USA veröffentlicht. Israel, von den USA militärisch und wirtschaftlich weitgehend abhängig und direkter Brückenkopf dieser Supermacht im Nahen Osten, bespricht mit seiner "Schutzmacht", welcher Art die Konzessionen sein sollen, mit deren Hilfe der palästinensische und arabische Befreiungskampf abgewürgt werden kann. Über die Methode ist sich das israelische Kolonialregime völlig uneinig, was ein Licht auf seine eigene innere Zersetzung wirft: Der Allon-Plan wurde von der Regierung abgelehnt, weil er nicht vorher abgesprochen war, die Auseinandersetzung zwischen "Falken" und "Tauben" unter den Zionisten spitzt sich zu.

Breite und entschlossene Ablehnung des neuen Manövers

Ziel des Allon-Planes ist es, die gegenwärtige Zerrissenheit der arabischen antiimperialistischen Front auszunutzen. Die Widersprüche zwischen den nationalverräterischen Regimes von Syrien und Jordanien und dem Rest der arabischen Länder, und die starke Bindung der PLO im Libanon, verursacht durch die syrische Invasion und die libanesischen Faschisten, scheinen Israel die geeignete Situation zu ergeben, aus seiner defensiven Situation heraus zu Gegenschlägen auszuholen. Allerdings ist dieser Plan bisher einhellig abgelehnt worden. Selbst das reaktionäre Regime Husseins von Jordanien sprach sich dagegen aus, obwohl es der unmittelbare Adressat Allons war. Sogar Hussein, dieser Feind des palästinensischen Volkes, kann es sich heute nicht mehr leisten, einem Plan zuzustimmen, wie er ihn selbst in ähnlicher Weise noch 1971 vorgeschlagen hatte. Heute ist in den arabischen Ländern und international nicht mehr offen daran zu rütteln, daß niemand anderer das palästinensische Volk vertritt als seine revolutionäre Vorhut, die PLO. Und diese hält in ihrem politischen Programm eindeutig fest, daß das nächste strategische Ziel des Kampfes, dem alle bewaffneten, politischen und diplomatischen Aktivitäten dienen, die Zerschlagung Israels und die Errichtung eines demokratischen Staats mit gleichen Rechten für Moslems, Juden und Christen in ganz Palästina ist.

Selbstverständlich haben sämtliche Imperialisten und Reaktionäre alles Interesse, dies zu verhindern. Die USA befürworten den Allon-Plan, weil seine Realisierung ihren Einfluß im Nahen Osten weiter festigen und ausdehnen würde bei gleichzeitiger Liquidierung der PLO. Letztlich sind die Karten des Herrn Allon eine der Varianten eines "Teilstaats", der auf Teilen des Bodens Palästinas errichtet werden soll, während andere, 1948 und 1967 besetzte Teile, weiter von den israelischen Kolonialherrn beherrscht werden sollen Die "Entmilitarisierung", die diese Variante des Teilstaats vorsieht, soll die betreffenden Gebiete in vollständige Abhängigkeit von USA, vermittels Israels und Jordaniens, zwingen. Sie würden nichts als ein riesiges Zwangslager darstellen, in das das palästinensische Volk, von Israel seit 1948, 1956 und 1967 zu einem bedeutenden Teil aus seiner Heimat vertrieben, zusammengepfercht werden soll. Die Ablehnung der palästinensischen Massen, sich in dieses "Bantustan" treiben zu lassen, kann auch den "christlichen" "libanesischen" Faschisten als Vorwand dienen, noch massiver die Liqudierung der PLO im Libanon zu betreiben.

Die Propaganda für die Errichtung eines "Teilstaates" ist gegenwärtig ein Kernstück sämtlicher imperialistischer Machenschaften sowohl der USA als auch der Sozialimperialisten, die sich so gern als "natürliche Verbündete" der palästinensischen Revolution preisen. Der Unterschied besteht darin, daß die Revisionisten einen solchen Teilstaat im Einflußgebiet der anderen Supermacht, der Sowjetunion, anstreben.

Die imperialistischen Plänezeichner in Washington und Moskau sehen sich allerdings damit konfrontiert, daß dem palästinensischen Volk der 1948 besetzte Teil seiner Heimat um nichts weniger teuer ist als der 1967 okkupierte. Sie sehen sich damit konfrontiert, daß die palästinensischen Massen in den Flüchtlingslagern, Fabriken und Dörfern innerhalb und außerhalb Palästinas nicht ablassen, allen Rückschlägen und Gegenangriffen zum Trotz, dem Programm ihrer Führung, der PLO, zu folgen, und an der Fortsetzung und Steigerung des Kampfes für die Errichtung einer demokratischen Gesellschaft in ganz Palästina festhalten. Die Landkarten der Imperialisten werden letztlich das bleiben, was sie sind - ein Fetzen Papier.

a.g.

Druck auf Syrien durch die Arabischen Staaten

Eine Konferenz arabischer Außenminister beschloß am 4.9. ein Gipfeltreffen der Staatschefs aller arabischen Länder für die 3.Oktoberwoche. Gleichzeitig wurde die PLO als Vollmitglied in die arabische Liga aufgenommen. Präsident Sadat erklärte, einige Mitgliedsländer nähmen Kurs, bis dahin die PLO und die Fortschrittskräfte niederzuringen und eine "Föderation" zu errichten, um die Konferenz vor "vollendete Tatsachen" zu stellen. Die Regierung des Irak hat befürwortet, Syrien solle an dieser Konferenz nur nach Abzug seiner Truppen aus dem Libanon teilnehmen dürfen. Andere Staaten verlangen von Syrien Garantien für einen von der PLO akzeptierten Waffenstillstand, bevor es zugelassen werde.

Keine Anerkennung der »Unabhängigkeit« der Transkei!

Am 17.9. entließ das Rassistenregime Südafrikas das "Heimatland" Transkei in die "Unabhängigkeit". Im Rahmen der südafrikanischen Bantustanpolitik sollen die weiteren "Heimatländer" folgen und so die "getrennte Entwicklung" von Schwarz und Weiss vervollkommnet werden.

"Die 'Politik der getrennten Entwicklung' hat das Ziel, jeder Volksgruppe die größte Chance zu geben, aber in ihrem eigenen Gebiet, um Rassenkonflikte zu vermeiden". (der südafrikanische Informationsminister Mulder in der "Welt" vom 28.4.76)

Wie schaut nun die größte Chance aus, die die Rassisten dem Volk von Azania zugestehen wollen?

Die sogenannten "Heimatländer" machen 13,7 % des Landes aus, das dem Volk von Azania vor der Eroberung durch die Kolonialisten gehört hat. 13,7 % des unfruchtbarsten Landes, in hunderte Gebietsfetzen zersplittert. 1968 nennt das Regime selber 276 separate Gebiete. Der Boden war nach einem Bericht einer Regierungskommission bereits 1954 zu 30 % schwer und zu 44 % beträchtlich durch Erosion geschädigt. Die Landwirtschaft sichert den 8 Mill. Afrikanern, die in den Reservaten leben müssen, nicht einmal das nackte Überleben. 50 bis 88 % der Bevölkerung der Transkei beispielsweise haben ein Einkommen, das unterhalb der örtlichen, absoluten Armutsgrenze liegt.

Industrie gibt es so gut wie keine. Zur wirtschaftlichen Entwicklung wurde 1959 die Bantu-Investment-Corporation gegründet. Sie ist jedoch nichts anderes als ein Instrument zur Ausplünderung der Bantustans. 80 bis 88 % des investierten Kapitals der BIC ist als Grenzindustrie außerhalb im "weissen Gebiet" angesiedelt" die Wanderarbeiter beschäftigt.

Es ist ein unverschämter Hohn, wenn Mulder angesichts dieser Verhältnisse verkündet: "Das erste Heimatland, die Transkei, wird im Oktober 1976 voll unabhängig sein, und ich möchte hier betonen, daß die Transkei ein souveräner Staat im wahrsten Sinne des Wortes sein wird" (Die Welt, 9.4.)

In Wirklichkeit hat die Transkei nirgends selbständig zu entscheiden. Über Finanzen, Außenpolitik, Polizei und Militär entscheidet allein das Kolonialregime. Selbstverständlich behält es sich das Interventionsrecht vor. Alle Gesetze müssen von ihm gebilligt werden. Mehr als die Hälfte der Parlamentsabgeordneten werden von den Rassisten eingesetzt. Den Rest stellen vom Regime gekaufte Afrikaner, großteils Stammeshäuptlinge. Damit diese Marionetten auch an der Spitze bleiben, sind Wahlen in der Transkei von 1963 bis heute nur unter der Bedingung des Ausnahmezustandes durchgeführt worden.

Die Bantustanpolitik ist offensichtlich nichts anderes, als ein Manöver der Kolonialisten, den Landraub am afrikanischen Volk zu zementieren, weiterhin die Ausplünderung der Naturreichtümer Azanias und die Ausbeutung seiner Arbeitskraft zu sichern. Die Bantustans haben die Funktion von Reservoirs billiger schwarzer Arbeitskraft und Ablageplätze für Frauen, Kinder und Alte. Nach den neuen Paßgesetzen sollen alle Afrikaner "Staatsbürger" der Heimatländer werden und somit als ausländische Gastarbeiter im übrigen Südafrika für die weißen Siedler schuften.

Unter dem Druck der afrikanischen Volksmassen und der Völker der Welt, unter den Bedingungen einer zunehmenden internationalen Isolierung sieht sich das Vorster-Regime gezwungen, den Forderungen nach Unabhängigkeit scheinbar entgegenzukommen.

Dem afrikanischen Volk geht es aber überhaupt nicht darum, "unabhängige" Staaten, ob sie nun lebensfähig sind oder nicht, auf 13,7 % seines Landes zu bekommen! Dem Volk steht das gesamte Südafrika zu, von dem es schon vor Jahrhunderten gewaltsam vertrieben wurde und seither gemäß den Bedürfnissen der Kolonialisten zwangsweise bestimmten Territorien zugeteilt wurde. Das Volk hat längst den Kampf um nationale Selbstbestimmung aufgenommen, um Herr in seinem eigenen Land zu werden. Die heftigen Kämpfe, die es trotz brutaler Gewalt von Seiten des Regimes heute entschlossen führt, erteilen der Bantustanpolitk eine deutliche Abfuhr. Der Kampf hat Arbeiter, Bauern, Schüler und Studenten im ganzen Land erfaßt und ihre Einheit geschmiedet. Die Farbigen, die das Regime mit Privilegien an seine Seite binden wollte, kämpfen heute Schulter an Schulter mit den Schwarzen. Kapstadt, das Zentrum der Farbigen ist heute ein Hauptkampfplatz. Obwohl die Ghettos der Afrikaner rund um die Städte der Weißen maximal abgeriegelt wurden, konnte das die Massen nicht daran hindern, den Kampf nun auch in die Geschäfts- Handels- und Villenviertel der Siedler zu tragen. Überall ist die Hauptlosung "Weg mit der rassistischen Unterdrükkung und dem Apartheid-System".

Ein zweiter Generalstreik der Arbeiter von Soweto, wo 1 Mill. Afrikaner leben, wurde erfolgreich durchgeführt, um der Forderung nach Freilassung aller politischen Gefangenen Nachdruck zu verleihen.

Die Tatsache, daß die Massen Südafrikas durch keinerlei Schachzug der Rassisten von ihrem selbständigen Kampf abzulenken sind, macht es für diese umso dringlicher, daß die "Unabhängigkeit" der Transkei international anerkannt wird. Denn damit soll "bewiesen" werden, daß ein Teil der Afrikaner (die anderen sollen noch folgen) auf friedlichem Weg zu ihrem Recht gekommen sind. Und wenn sie noch weiter kämpfen, können sie als Terroristen und Unruhestifter abgetan werden. Der Versuch, den bewaffneten Kampf als völlig unnötiges Blutvergießen hinzustellen, würde auch zu einer Schwächung und Spaltung der internationalen Solidarität mit dem gerechten Befreiungskampf der Völker führen.

Die Staaten der OAU (Organisation für afrikanische Einheit) haben im Interesse des afrikanischen Volkes auf ihrer letzten Konferenz auf Mauritius beschlossen, die Bantustan-Politik zu bekämpfen, die "Unabhängigkeit" der Reservate nicht anzuerkennen und ihre Aufnahme in die UNO zu verhindern.

Auf der anderen Seite stehen aber die Verbündeten der Rassisten, die enormes Interesse an der Aufrechterhaltung der herrschenden Verhältnisse in Südafrika haben. Die westlichen Imperialisten mit der USA an der Spitze wollen im Land mit der höchsten Profitrate der Welt weiter ihre Geschäfte machen.

Unter diesen imperialistischen Räubern befindet sich auch Österreich, das bekanntlich ausgezeichnete wirtschaftliche und diplomatische Beziehungen zum Rassistenregime unterhält. Südafrika ist Österreichs drittgrößter außereuropäischer Handelspartner. Circa 15 österreichische Firmen haben sich in Südafrika niedergelassen. Unter ihnen die Böhler-Werke, die Textilkapitalisten Hämmerle und Mäser, die Reichert AG, die Firmen Kohmaier (Elite-Ketten) Plasser und Theurer, Klinger AG, Prutscher u.a.

Die bei weitem größten Geschäfte Österreichs in Südafrika werden von der VÖESt gemacht. Sie beteiligt sich am Erzabbau in Sishen (nördliche Kapprovinz) und dem Bau eines Hafens in der Saldanha Bay. Die Entscheidung über die umstrittene Teilnahme am Bau eines riesigen Stahlwerkes wurde einzig und allein wegen wirtschaftlicher Bedenken aufgeschoben.
Die Österreichische Creditanstalt ist ein wichtiger Kreditgeber für die verstaatlichten südafrikanischen Konzerne. Ein weiteres jüngstes Beispiel der Zusammenarbeit der österreichischen Regierung mit dem Rassistenregime: Das Uran für das Kernkraftwerk Zwentendorf soll für mindestens 10 Jahre zur Gänze aus Südafrika stammen.

Geleitet vom imperialistischen Interesse, weiterhin Superprofite in Südafrika zu machen, stellt sich die österreichische Bourgeoisie auch in der Frage der Bantustanpolitik voll hinter die Rassisten. Zola Sonkosi, ein Vertreter des ANC/AN sagte uns dazu folgendes: "Wir haben zuverlässige Informationen über den Österreich-Besuch K. Mantansimas (Regierungschef der Transkei) vor einigen Monaten. Er hat mit wichtigen Leuten von der Industrie und der Regierung gesprochen. Da sie sich auf vieles geeinigt haben, was Investitionen in der Transkei betrifft, werden die österreichische Handelskammer, die Creditanstalt-Bankverein und einige Parlamentsmitglieder auf die österreichische Regierung Druck ausüben, die Transkei schnell anzuerkennen. Nicht nur in der Transkei, sondern auch im übrigen Südafrika winken dadurch profitable Geschäfte, da das Vorster-Regime die Anerkennung der Transkei damit honoriert.

Leute, die in der gegenwärtigen Bantu-Verwaltung der Transkei arbeiten, haben uns über folgendes informiert: Wenn sie keine diplomatische Botschaft in Österreich bekommen, so sind sie vorläufig noch nicht anerkannt. In diesem Fall ist ihnen aber versprochen worden, ein Informationsbüro eröffnen zu können, das für die Anerkennung und Investitionen in der Transkei werben wird.

→

Bantu-»Heimat«länder



Die Bantustans mit 13% der Fläche sind für 15 Mio Schwarze, 87% der Fläche haben sich die 3,7 Mio Weißen geraubt.
Bevölkerung Südafrikas: 21 Mio (100%): 15 Mio Schwarze (70,2%), 2 Mio Mischlinge , 0,6 Mio Inder u.a.
Ausgaben der Regierung für Schulbildung pro Schüler und Jahr: für Weiße 133,22 engl.Pfund; für Schwarze 8,44 engl. Pfund.
Einkommen Bergbau 1973: Afrikaner 27 Rand, Weiße 405 Rand, 1974: Afrikaner 67 Rand, Weiße 598 Rand.
Einkommen Industrie 1973: Afrikaner 67 Rand, Weiße 376 Rand. 1974: Afrikaner 100 Rand, Weiße 486 Rand.

Wir hoffen, daß ihr Druck auf eure Regierung ausübt
1) die Transkei nicht anzuerkennen
2) keine Investitionen dort zu tätigen und
3) kein Informationsbüro zu eröffnen.

Eure wichtigste Aufgabe ist es jetzt, die österreichische Bevölkerung über alles in Südafrika zu informieren und aufzuklären, damit sie für diese Forderungen gewonnen wird".

Hier stellen sich für uns konkrete Aufgaben zur Unterstützung des Kampfes des Volkes von Azania.
Die Anerkennung der "Unabhängigkeit" der Transkei wäre ein schwerer Schlag für den nationalen Befreiungskampf und eine Stärkung der schon sehr angeschlagenen Wagenburg der Imperialisten in Südafrika. Die österreichische Bourgeoisie hat daran größtes Interesse, damit sie ihr Kapital weiterhin dort investieren und die Ausbeutung der afrikanischen Massen vermehren kann, um damit ihre Position gegenüber ihren imperialistischen Konkurrenten zu stärken und auch im Kampf zur Niederhaltung und verstärkter Auspressung der Arbeiter Österreichs besser dazustehen.
Wir haben alles Interesse, den Kampf des Volkes von Azania zu unterstützen! Sein Kampf gegen Kolonialismus und Imperialismus ist unser Kampf, denn der Sieg des Volkes von Azania wird ein großer Schritt vorwärts im Kampf gegen den Imperialismus auf der ganzen Welt sein.

KEINE ANERKENNUNG DER "UNABHÄNGIGKEIT" DER TRANSKEI DURCH DIE ÖSTERREICHISCHE BUNDESREGIERUNG!

KEINE INVESTITIONEN IN DER TRANSKEI !

KEIN INFORMATIONSBÜRO DER TRANSKEI IN ÖSTERREICH!

el.ri.

Das Smith-Regime mußte die Taktik ändern

Die letzte Afrika-Tournee des US-Außenministers Kissingers wurde scheinbar erfolgreich beendet. Der Gangster Smith mußte verkünden, daß er keinen anderen Weg mehr sieht, als die Vorschläge des Beauftragten des US-Finanzkapitals zu akzeptieren, d.h. Übergabe der Macht in Rhodesien an die schwarze Mehrheit binnen 2 Jahren, Bildung einer Übergangsregierung bei finanzieller Sicherstellung der weißen Siedler durch die westlichen Imperialisten. Was die Imperialisten und ihre Stadthalter im südlichen Afrika wirklich beabsichtigten, zeigt sich in den Bedingungen, die Smith aufstellte: Einstellung des Befreiungskampfes, Einstellung des von der UNO beschlossenen Wirtschaftsboykotts.
Solange noch ein Tropfen Blut in den Adern der Blutsauger der afrikanischen Völker rinnt, werden sie ihre Beute nicht hergeben. Sie verlangen jetzt, daß gerade das, was sie in ihre unhaltbare Lage zwang, eingestellt wird. Sie wissen, daß die politische Macht aus den Gewehrläufen kommt, und sie gegen das um seine Befreiung kämpfende Volk von Zimbabwe keine Chance haben. Daher spekulieren sie auf die Diskreditierung des Befreiungskampfes. Seine Fortsetzung wollen sie als Hindernis für die Erlangung einer schwarzen Mehrheitsregierung darstellen. Aber sie täuschen sich, sie werden sich nicht auf dem Rücken der geknebelten afrikanischen Massen "entspannen" können. Nicht die Imperialisten und ihre Helfershelfer machen die Geschichte, sondern die Völker der Welt sind es, die immer lauter ihre Stimme erheben. Wer hat aus Mozambique und Guinea-Bissao die portugiesischen Kolonialisten vertrieben, wer aus Vietnam und Kambodscha die US-Imperialisten rausgeschmissen? Diese Völker haben sich selbst befreit, und der Wille des Volkes von Zimbabwe, dies ebenfalls zu tun, ist unerschütterlich. Es steht heute in vorderster Front im Kampf gegen Kolonialismus und Imperialismus, und gerade seine Erfolge im bewaffneten Kampf zwingen das Siedlerregime und seine imperialistischen Freunde zu solchen Rückzugsmanövern. Das Volk von Zimbabwe hat dazu die Unterstützung aller afrikanischen Staaten, die festgestellt haben: die einzige Lösung ist die Fortsetzung und Intensivierung des bewaffneten Kampfes gegen das weiße Siedlerregime.

Der neueste "Entspannungserfolg" Kissingers brach binnen 2 Tagen in sich zusammen. Trotz großer Anstrengungen ist es ihm nicht gelungen, Verwirrung und Spaltung unter die afrikanischen Staaten zu tragen. Ein klares Nein der Befreiungskämpfer von Zimbabwe, ein klares Nein der Staatsoberhäupter von Mozambique, Angola, Tansania, Sambia und Botswana war die Antwort.
Auf der Gipfelkonferenz in Lusaka am 26.9. stellten sie fest, die Annahme des Kissinger-Planes wäre "gleichbedeutend mit der Legalisierung der kolonialistischen und rassistischen Machtstruktur in Rhodesien".
In dieser Situation, wo das Kolonialistenregime offen eingestehen muß, daß es unter den Schlägen des Befreiungskampfes und der internationalen Solidarität unhaltbar geworden ist, ist die Aussicht auf Erfolg des Befreiungskampfes sehr groß. Wichtiger denn je zuvor ist die Einheit der Befreiungsbewegung, denn das Gangster-Regime und die Imperialisten hinter ihm werden versuchen, einen Teil der Befreiungsbewegung oder ihrer Führer zu betrügerischen Verhandlungen zu bringen, um so ihr Diebsgut; Land, Bodenschätze, Fabriken und Arbeitskraft des Volkes von Zimbabwe weiter in der Hand zu halten. Umso wichtiger ist diese Einheit, da die Befreiungsbewegung auch die Einmischungsversuche der zweiten Supermacht, der sozialimperialistischen Sowjetunion bekämpfen wird müssen, die hofft, sich unter dem Mantel eines Freundes der Völker dort festsetzen zu können, wo die USA zurückgedrängt werden.
Aber die verzweifelte Geschäftigkeit Kissingers und seine zum Scheitern verurteilten Pläne zeigen, daß heute die Imperialisten es sind, die die um ihre Befreiung ringenden Völker fürchten müssen.

C.R.

SAR: Die Ratten verlassen das sinkende Schiff

Der von den Werbebüros der südafrikanischen Rassisten angepriesene "höchste Lebensstandard der Welt" hat eine einzige Grundlage: Die faschistische Herrschaft der Rassisten über die Mehrheit der Afrikaner. Mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 1.050.- Dollar liegt Südafrika nämlich nach einer Aufstellung der Weltbank nur an 37.Stelle in der Welt.
Aber 1/5 der Bevölkerung, die weiße "Herrenrasse", bezieht 3/4 des gesamten Volkseinkommens. Das reiche Lotterleben mit Hausdienern, Farbfernseher und teuren Autos, mit dem die südafrikanischen Rassisten Werktätige aus Europa als Söldner ködern wollen, ist das Ergebnis der Ausbeutung und Ausplünderung des Volkes von Azania. Polizeiknüppel und Bajonette sind lebensnotwendig für dieses reiche Lotterleben.
Aber das Volk von Azania versetzt dem Rassistenstaat schwere Schläge und die Aussichten der "Herrenmenschen" sind schlecht. "Leute, deren Verlust sich Südafrika nicht leisten kann" (Johannesburger "Financial Gazette"), wandern aus. Ärzte, Lehrer, Manager, Spezialisten verlassen das unsicher gewordene "Paradies". Die Wirtschaft ist zerrüttet durch den Fall des Goldpreises, die Inflationsrate ist bereits zweistellig, und die Regierung tut sich immer schwerer, die nötigen Kredite aufzutreiben. "Firmen, Banken und Börsenmakler kriegen kalte Füße wegen der Zukunft hier" (Rand Daily Mail") Die Finanzhyänen haben "kalte Füße" wegen der Zukunft ihrer Geldanlagen.
Das ist ein höchst erfreulicher Beweis für die Stärke des Befreiungskampfes des Volkes von Azania.
(nach: "Der Spiegel" 32/1976)

Fr.

Großmanöver der NATO und des Warschauer Paktes:
Vorbereitung für den imperialistischen Krieg um Europa

Seit August halten in Europa nahezu gleichzeitig die Militärblöcke der beiden Supermächte, die NATO und der Warschauer Pakt, eine ihrer größten militärischen Übungen ab.
Am 25.8. hat das Großmanöver der NATO unter dem Namen "Autumn Forge" ("Herbstschmiede") begonnen, das bis zum November dauern soll, und 27 einzelne Großübungen der NATO-Mitgliedsländer in ganz Europa miteinander verbindet. Oberbefehl über die 250.000 Soldaten der Land-,Luft- und Seestreitkräfte der NATO-Truppen führt US-General Haig. Nach den Worten Haigs, der übrigens 1966/67 die Erste Infanteriedivision der USA in den Krieg gegen das vietnamesische Volk geführt hat, hat das Heer der USA den Auftrag, sich auf die europäischen Bedingungen einzustellen. Erstmals in der Geschichte der NATO werden mit Hubschraubern beweglich gemachte Einheiten "auf dem möglichen europäischen Kriegstheater eingesetzt." (Haig in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, 25.8.). Anläßlich der Manöver sind aus den USA große Verstärkungen eingeflogen worden und die berüchtigten "Ledernacken" üben Landungsunternehmen.

Kern der "Autumn Forge" ist die Übung "Großer Bär", die in der BRD vom 6.bis 10.9. abgelaufen ist, und an dem Verbände der Bundesrepublik, Großbritanniens, der USA und der Niederlande beteiligt waren. Zur selben Zeit wurden in Norwegen und Dänemark unter dem Decknamen "Team Work 76"("Zusammenarbeit 76") Landungsmanöver geübt, in Verbindung mit einem der größten Seemanöver seit Existenz der NATO. Im Einsatz waren 80.000 Soldaten, 275 Kriegsschiffe, inklusive 24 U-Boote und 900 Flugzeuge. Besonderes Ziel dieser Übung war es, "der Sowjetunion zu zeigen, daß Norwegen, einer der schwächsten NATO-Partner, schnelle und massive Verstärkung im Kriegsfall empfangen kann." (Hsinhua, 17.9.) Dementsprechend großes Interesse hat die zweite Supermacht auch an diesem Manöver gezeigt. Zwei sowjetische Zerstörer und einige Kreuzer beschatteten unausgesetzt einen an der Übung teilnehmenden NATO-Flottenverband. Der US-Flugzeugträger "Kennedy" wurde mehrmals von sowjetischen Aufklärungsflugzeugen überflogen.

Auch im Mittelmeer proben die NATO-Schiffe der USA, Italiens, Großbritanniens, Portugals und der Türkei die Beherrschung der See und die Landung an fremden Küsten. Im Verlauf der ganzen Manöverserie werden alle Hauptquartiere der NATO alarmiert.

Diesem Großaufgebot an Truppenkonzentration in Europa steht die zweite Supermacht, die sozialimperialistische Sowjetunion, um nichts nach. Vom 9.bis16.9. übten die Sozialimperialisten zusammen mit Truppen der DDR,CSSR, und Polens unter der Bezeichnung "Schild 76" ebenfalls die Schlacht um Europa. Aufmarschgebiet der 35.000 Mann starken Truppeneinheiten von Panzer-, Luftlande- und Marineverbänden war Polen. Oberbefehl führte der sowjetische Verteidigungsminister Dmitry Ustinov. Laut Tass und polnischen Presseberichten war Ziel der Übung, das "taktische Training" und die "konzertierte Aktion" der Streitkräfte des Warschauer Paktes "zu perfekionieren", und die Fähigkeit der Truppen im Defensiv-Offensiv-Gefecht zu erhöhen"!
Die Berichte betonen, daß die Manöver unter Bedingungen, die "einem aktuellen Gefecht sehr nahe kommen", und "mit einem klaren militärischen Ziel" abgehalten wurden. (Hsinhua, 16.9.)
Im letzten Jahr haben die Sozialimperialisten ihre Truppen um mindestens 75.000 Mann ausgebaut, und davon einen guten Teil nach Mitteleuropa verlegt. 31 Panzerdivisionen und 36 motorisierte Divisionen sind in Mittel- und Nordeuropa aufgestellt. Die Truppen wurden mit neuem Kriegsmaterial ausgerüstet, wodurch sie einen Sofortangriff ohne große Vorbereitungen beginnen können. Gleichzeitig wurde das alte Material eingelagert, sodaß es rasch von zusätzlich mobilisierten Einheiten übernommen werden kann.

Ihre Hände strecken die Sozialimperialisten insbesondere nach Nordeuropa und die Ostsee aus. Auf der Halbinsel Kola haben sie unter anderem Marinelandungseinheiten stationiert, die für die Besetzung fremder Küsten von über 1000 km Länge ausgerüstet sind. Im Juli dieses Jahres liefen in der Barentsee sowjetische Raketenübungen ab. Die Übung, die 41 Tage dauerte, fand in einem Gebiet statt, das nach internationalen Seerechtsbestimmungen zu Norwegen gehört.
Schon im September 1975 hat eine ähnliche, elf Tage dauernde Übung in diesem Gebiet stattgefunden. Mehrmals in diesem Jahr setzte die Sowjetunion Maßnahmen gegenüber der Insel Spitzbergen, mit denen sie praktisch die norwegische Souveränität über dieses Gebiet untergrub.
Frech behauptete der sowjetische Generalkonsul, daß die Frage der norwegischen Souveränität über Spitzbergen eine Frage der Auslegung der Gesetze sei. All diese Schritte sind eine Machtdemonstration und bewußte Provokation der sozialimperialistischen Supermacht, mit dem Ziel, die ganze Kontrolle über das Gebiet zwischen Spitzbergen und Norwegen an sich zu reißen. Die Sowjetunion präsentiert ihre militärische Stärke aber nicht nur im Norden Europas. Im Juni erst hat die Flotte der neuen Zaren unmittelbar vor der westdeutschen, niederländischen und britischen Küste erstmals demonstrativ die Abschnürung des Ärmelkanals geprobt. Seit Neuestem kreuzt der sowjetische Flugzeugträger "Kiew" auf dem Atlantik. Am 27.8. sind der Hubschrauberträger "Leningrad" und der Lenkraketen-Zerstörer "Smelny" ins Mittelmeer eingefahren, womit die sowjetische Mittelmeerflotte nun über 70 Einheiten umfaßt.

Das Wettrüsten der Supermächte straft die „Entspannung" Lügen

Die USA-Imperialisten mit der NATO im Schlepptau haben sich darauf eingestellt, daß die ehemals sozialistische Sowjetunion seit dem Machtantritt der neuen Bourgeoisie unter dem Deckmantel des Entspannungsgeredes wie wild aufrüstet und zum aggressiven Rivalen der USA im Kampf um die Weltherrschaft geworden ist. Die Truppenkonzentrationen und Militärmanöver der beiden Supermächte in Europa zeigen, daß das Entspannungsgesäusel nur dazu dient, die Wahrheit zu vernebeln. In Wirklichkeit betreiben sie beide wahnwitzige Kriegsvorbereitungen und steuern mit den jeweils verbündeten imperialistischen Mächten direkt auf eine kriegerische Auseinandersetzung zu, deren Schwerpunkt Europa ist.

Daß die "Orientierung...auf internationale Entspannung" in jedem Fall ein betrügerisches Manöver ist, mit dem insbesondere die sowjetischen Imperialisten gerne bei den Völkern hausieren gehen, zeigen die Verteidigungsbudgets der Supermächte, die in diesem Jahr neue Rekorde verzeichnen. 102 Milliarden Dollar wenden die USA in diesem Jahr für die imperialistischen Kriegsvorbereitungen auf; das sind mehr als 1968, dem Höhepunkt des Vietnam-Kriegs. Die sowjetischen Rüstungsaufwendungen schätzt man auf 115 bis 125 Mrd. Dollar, was ganze 13% des Volkseinkommens ausmacht. Nach dem Motto "Kanonen statt Butter" praktiziert die neue Bourgeoisie in der Sowjetunion die Militarisierung der gesamten Volkswirtschaft.

Es ist eine Gesetzmäßigkeit des Imperialismus, daß die kapitalistischen Mächte immer wieder aufs Neue im Ringen um die Beherrschung von Produktionsstätten, Rohstoff- und Absatzmärkten auf kriegerische Auseinandersetzungen zusteuern. Ihr Streben nach wirtschaftlicher Expansion und Profitmacherei treibt sie notwendig in einen Krieg um die Neuaufteilung der Welt, sobald sie mit den Mitteln der Politik ihre Ziele nicht mehr erreichen. Die beiden Supermächte und ihre imperialistischen Bündnispartner sind heute schon eifrig dabei, einen solchen Krieg vorzubereiten. Daran hindern, daß sie ihn auch beginnen, kann sie nur die Arbeiterklasse indem sie die Revolution macht, die imperialistische Ausbeuter- und Profitwirtschaft stürzt und beseitigt.

M.Z.

Malta: Erfolg für eine Politik der Unabhängigkeit und Blockfreiheit

Bei den Parlamentswahlen auf der Mittelmeerinsel Malta hat die Labour-Party des bisherigen Premierminister Dominic Mintoff ihren Vorsprung gegenüber der Oppositionspartei, den Nationalisten unter dem früheren Regierungschef Borg Olivier, von bisher einem Mandat auf drei Mandate ausgebaut. Während die Nationalisten eine stärkere Bindung der Inselrepublik an Westeuropa und an die NATO forderten, trat Mintoff für eine Einfügung Maltas in die Front der 3. Welt und der Blockfreien ein und für die Lösung Maltas aus der Abhängigkeit von Großbritannien und den endgültigen Abzug der englischen Truppen. Die Wahlbeteiligung war mit 95% sehr hoch.

Reisebericht aus der Sowjetunion:

Das Leben in der Metropole der Neuen Zaren

In diesem Sommer war ich 4 Wochen lang Teilnehmer eines internationalen Russisch-Lehrer-Seminars an der Universität Moskau. Gleich in der Eröffnungsrede des Rektors der Universität wurden wir auf unsere historische Rolle als Russischlehrer hingewiesen. Er behauptete, daß die russische Sprache schon seit Jahrhunderten zur "Kultivierung" der Völker des zaristischen Reiches gedient habe. Jeder aufrecht denkende Mensch verabscheut die Knechtschaft, die der Zarismus den nichtrussischen Völkern und Nationalitäten v.a. im 19.Jahrhundert gebracht hat, und dieser Redner scheute nicht davor zurück, sich auf die Traditionen des zaristischen Imperialismus zu berufen, der die russische Sprache immer als Mittel grausamster Unterdrückung und Diskriminierung der Völker innerhalb des zaristischen Reiches benutzt hatte. Er wollte damit wohl sagen, daß wir durch die Verbreitung der russischen Sprache als Weltsprache zur Untermauerung der Weltherrschaftsansprüche der sozialimperialistischen Sowjetunion beitragen könnten.

Da wir auf diese Weise den neuen Zaren helfen sollten, wurden wir gleichsam immer auf dem roten Teppich durch Stadt und Land geführt. Das sah so aus, daß wir ein sehr hohes Stipendium ausbezahlt bekamen, durch unzählige Museen geführt, auf Empfänge mit Politikern, Bürokraten und Künstlern geschleppt wurden und alle nur erdenklichen Privilegien genossen, von denen ein sowjetischer Werktätiger nur träumen kann. Als ich den Wunsch äußerte, eine Fabrik oder eine landwirtschaftliche Genossenschaft besuchen zu wollen, reagierte man mit ungläubigem Erstaunen und Mißtrauen. Können sich die revisionistischen Funktionäre nicht vorstellen, daß sich ein Mensch aus dem Westen für die Arbeitsbedingungen der sowjetischen Arbeiter interessiert oder müssen sie die Akkord- und Prämienschinderei die politische und gewerkschaftliche Unterdrückung und die Mißwirtschaft verbergen, die es in der SU gibt? Beides ist der Fall.

Für die Werktätigen fehlt es am Notwendigsten

Nicht verbergen können sie die katastrophal schlechte Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmittel und Gegenständen des täglichen Bedarfs. Denn jeder sieht in und vor den Geschäften die endlos langen Schlangen, stundenlang müssen die Menschen, hauptsächlich Frauen, nach der Arbeit stehen, damit sie die einfachsten Produkte erhalten, und dann müssen sie oft erfahren, daß es keine Wurst, keine Eier, kein Obst und Gemüse gibt, oder nur von sehr schlechter Qualität. (ein Kilo Paradeiser kostete im Hochsommer in Moskau 2 und mehr Rubel, offiziell mehr als 50 Schilling) Wenn es einen zu kaufen gibt, so kostet ein gewöhnlicher Stoffmantel fast einen Moskauer Durchschnittsmonatslohn, ein Wollpullover 1/2 bis 3/4 Monatslohn und Schuhe fast ebenso viel. Und das sind fast ausschließlich Produkte, die den Ostblockländern um einen Bruchteil des verlangten Preises abgekauft werden. Schaut man sich diese Warteschlangen genau an, so bemerkt man, daß sehr viele Leute aus anderen Teilen der SU dabei sind,die sich in Moskau mit Krauthappeln, Gurken, Käse und Zucker, Stoffen, Schuhen, Getränken und Haushaltsgegenständen eindecken, weil die Versorgung bei ihnen zu Hause noch schlechter ist. Ich fragte einmal meine Sprachlehrerin, warum denn in Moskau kein Kaffee oder nur zu hohen Preisen zu bekommen sei. Da hatte sie mir zwei Erklärungen anzubieten: einerseits weil die bösen Ägypter die russischen Brüder aus dem Land geworfen und alle Verträge gebrochen hätten, und andererseits weil der Kaffeekonsum der Sowjetmenschen in kürzester Zeit so gestiegen sei; es sei eben aus dem Volk der Teetrinker eines von Kaffeetrinkern geworden. Eine wahrhaft materialistische Analyse - und so etwas sind Zeitungsmeldungen und keine Privatmeinungen!

Folgen solcher Knappheiten sind das Blühen des Schwarz- und Privathandels, wo fast alles zu bekommen ist, wenn man Beziehungen und eine dicke Geldtasche hat. Die Preise steigen dort nämlich ins Phantastische. Als Ausländer kann man zu jeder beliebigen Tages- und Nachtzeit an jedem beliebigen Ort von Käufern und Spekulanten angesprochen werden, die einem Kleidung, Schmuck, Kamera, Schuhe u.ä. am liebsten vom Leib herunter abkaufen wollen,um mit ihnen zu handeln.

Hohe Parteifunktionäre und andere "verdiente Persönlichkeiten" bleiben von solchen Schwierigkeiten völlig unberührt. Denn für sie gibt es die sogenannten "Lebensmittelabholpunkte", wo sie sich einmal in der Woche mit Chauffeur in schwarzen Limousinen mit vorgezogenen Vorhängen ihre riesigen Delikatessenfreßpakete abholen können, wie man das in der Granovskystraße im Moskauer Zentrum beobachten kann.

Eine weitere Erscheinung des restaurierten Kapitalismus in der Sowjetunion ist die immer offenere Prostitution. Die Frauen stehen rudelweise vor den großen Ausländerhotels. Andere versuchen, über den Kontakt zu Armeeangehörigen, an einen höheren Lebensstandard heranzukommen, wie es vor dem Theater der Roten Armee und im danebenliegenden Restaurant zu sehen ist. Auf meine Frage, warum das nicht abgeschafft wird, sagte man mir, daß es keine Gesetze gegen die Prostitution gäbe, da es ja offiziell keine gäbe.

Knechtung und Demoralisation der Volksmassen

Umso mehr Gesetze und Bestimmungen hat sich aber die neue Bourgeoisie der SU einfallen lassen, um die werktätigen Massen niederzuhalten, damit sie sich nicht gegen diese untragbaren Zustände zur Wehr setzen. Wenn ein Arbeiter sich in einem Konflikt an die Gewerkschaft wendet, wird ihm gesagt, daß er sich gefälligst an die Beschlüsse des Parteitages der "Effektivität und Quantität", die alles in der Produktion bestimmen, halten solle. Wenn einer hartnäckig ist, kann ihn das einen Schlechtpunkt im "Arbeitsbuch" kosten, in dem über das Verhalten, den Eifer u.ä. des Arbeiters genau Buch geführt wird. Für ihn bedeutet das, daß es mit schwarzen Punkten im Arbeitsbuch sehr schwer ist, Arbeit zu finden. Und trotzdem steigt die Zahl der Arbeitsplatzwechsel ungeheuer, weil halt die Unzufriedenheit sehr groß ist und jeder hofft, daß es woanders am nächsten Arbeitsplatz doch besser geht. Die Zeitungen merken diese Erscheinung fast mit Zufriedenheit und Stolz an, da sie in dieser "Mobilität" etwas wie "Reife" und "Selbständigkeit" des sowjetischen Arbeiters und Angestellten sehen. Wegen dieser "Reife" müssen dann auch immer mehr und größere (siehe Produktionsleitlinie!) Alkoholikerheilstätten und Spitäler gebaut werden. Und so glaubt die neue herrschende Klasse, die Folgen der Unzufriedenheit der arbeitenden Massen, den wachsenden Alkoholismus, heilen zu können?!

Ja, ein zweites Wundermittel haben sie anzubieten: die Preise für starke alkoholische Getränke sind in den letzten 4 Jahren z.T. auf das Doppelte erhöht worden - jetzt zieht der Staat aus jeder Flasche Fusel 400 % Reingewinn.

Kultur im Dienst der Ausbeuter

Was geschieht denn noch alles, um die ausgebeuteten und faschistisch unterdrückten Massen von ihrem Elend "abzulenken? Dazu gibt es ja zum Glück die Kultur! Kinos gibt es sehr große und viele, wenn auch nicht genug. Da werden zum einen Teil sowjetische Kriegsfilme gezeigt, einige wenige behandelten "sozialkritische Themen" wie Alkoholismus, Eheprobleme, Generationskonflikte und literarische Verfilmungen. Den größten Teil des Programms bestreiten Filme aus dem kapitalistischen Westen: Schnulzen, triefender historischer Kitsch und seichteste Unterhaltung á la "Die Trottel von der letzten Bank" und "Zorro". Wichtig ist, daß nichts Politisches, keine Brutalität und kein Sex darin vorkommen. Das Fernsehprogramm wird von ähnlichen Prinzipien geleitet.Dabei ist mir aufgefallen, daß unter dem Deckmantel der Förderung von Volkskunst ausschließlich und kommentarlos Bräuche,Tänze,Lieder und Volksstücke der Bauern aus zaristischer Zeit gezeigt werden. Ich habe in den 4 Wochen absolut nichts gesehen, was sich mit den Problemen der Kunst und Kultur der arbeitenden Massen beschäftigt hätte. Es wird versucht, totzuschweigen, daß es die Arbeiterklasse und die armen Bauern waren, die um den Aufbau des Sozialismus gekämpft und Opfer gebracht haben und dabei große Siege errungen haben, daß sie auch gegen die bürgerliche Kultur eine neue, sozialistische,geschaffen haben, bestimmt von der Politik des Proletariats. Aber es wird den neuen Zaren nichts nützen, Lenin als Heiligen, Märchenfigur oder Heros aus längst vergangenen Zeiten hinstellen zu wollen, sich ständig auf ihn zu berufen, ihn zu zitieren und damit imperialistische Politik zu machen.

Die Völker der Sowjetunion werden die neuen Zaren durch eine neue Revolution verjagen wie den alten, und wieder die Diktatur des Proletariats aufrichten.

V.S.

Eine Million Menschen nahm am 18.September an der Trauerkundgebung für den verstorbenen Genossen Mao Tsetung am Pekinger Tien Anmen-Platz teil. Die Volksmassen der Hauptstadt und die Parteikader, Regierungsmitglieder und Armeeeinheiten füllten den Platz und die fünf Kilometer lange Changan-Hauptstraße, die quer über den Platz führt. Sie hatten sich auf dem Tien Anmen-Platz aus allen Richtungen, von Betrieben und landwirtschaftlichen Kommunen, von Kasernen und Ämtern, von Schulen und Stadtbezirken in und aus der Umgebung der Hauptstadt versammelt. Genosse Hua Kuo-feng, erster Vorsitzender-Stellvertreter der KP-Chinas und Premierminister des Staatsrates, hielt die Gedenkrede. Nach der Schweigeminute erklang die Nationalhymne und die "Internationale".



Während der ganzen Trauerfeierlichkeiten kam die Entschlossenheit des chinesischen Volkes zum Ausdruck, seine tiefe Trauer in Stärke zu verwandeln, entsprechend den vom Vorsitzenden Mao dargelegten Weisungen zu handeln und die proletarische Revolution bis zum Ende durchzuführen.
In diesem Sinn hat die KP-Chinas auch die Beileidschreiben der Parteien des sozialimperialistischen und revisionistischen Lagers des Ostens und Westens zurückgewiesen. Diese heuchlerischen Trauerbekundungen waren für die revisionistischen Parteihäuptlinge Versuchsballons, ausgesandt in der Hoffnung, daß mit dem persönlichen Ableben Mao Tsetungs auch seine politische Linie des Kampfes gegen die Bourgeoisie während der ganzen Etappe des sozialistischen Aufbaus eine Schwächung erfährt. Die chinesischen Kommunisten haben mit der Ablehnung dieser Anbiederungsversuche klargemacht, daß sie auch in Zukunft in Theorie und Praxis die Ideen ihres großen Führers und Lehrers am Leben erhalten werden.

Fortsetzung von Seite 27 **VR China: Weiter voran . .**

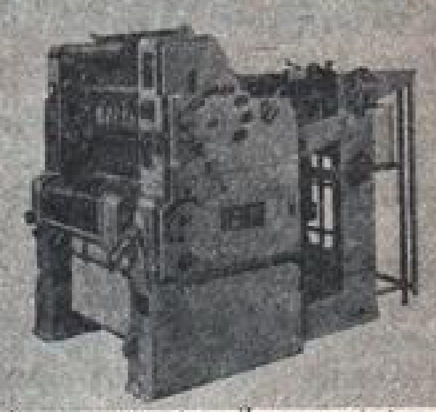
ein, was sie aus ihrer eigenen Praxis kennen.
Die Einsicht für die wirklichen Vorgänge in China müssen die Kapitalisten und ihr besoldetes Pack bekämpfen und seine Verbreitung unter den Volksmassen verhindern. Deshalb greifen sie zu giftiger und plumper Hetze gegen die VR China.

Klassenkampf und Revolution werden fortgesetzt

In China gibt es einen scharfen Kampf um die richtige Linie der Partei. Soll der Sozialismus schwungvoll aufgebaut oder der Kapitalismus restauriert werden, das ist die Frage, mit der sich hunderte Millionen Chinesen auseinandersetzen und um die sie an Hand jedes einzelnen Problems einen erbitterten Kampf zwischen richtig und falsch führen. In diesem Kampf stellen sie sich auch immer entschlossener gegen den "Wind von rechts", gegen die konterrevolutionäre Linie Deng Hsiaopings, der wie vor ihm Liu Schao Tschi und Lin Biao die richtig gefällten Urteile umstoßen, den Revisionismus praktizieren und die Restauration des Kapitalismus in China durchsetzen wollte.
In der VR China wird heute die revolutionäre Linie hochgehalten und die Massen für die Durchsetzung dieser Linie von der Führung der revolutionären Partei mobilisiert. Das kommt ganz klar in der Erklärung des ZK zum Tode Mao Tsetungs zum Ausdruck, die in programmatischer Weise immer wieder hervorstreicht, "Wir müssen die Sache, die uns Vorsitzender Mao hinterlassen hat, weiterführen!".
Der Kampf zwischen den beiden Linien ist notwendig und günstig für die revolutionäre Sache. Daß in China um diese Frage heftige Kämpfe toben, ist gut. Denn : "Ohne Kampf gibt es keinen Fortschritt" (Mao). Nur durch die breiteste Mobilisierung der Massen für diesen Kampf wird die Bourgeoisie in der chinesischen Kommunistischen Partei vollkommen geschlagen, wird China den Weg des Sozialismus fortsetzen und so einen gewaltigen Beitrag für das Vorankommen der Weltrevolution leisten. Hepu.

Spendet für Fotosatz- und Druckmaschine!





- Mit der Gründung des Kommunistischen Bundes Österreichs entstehen auch neue Anforderungen an einen technischen Apparat.
- Für eine neue Druckmaschine und ein Fotosatzgerät müssen 155 000.- bzw. 215 000.-, zusammen 370 000.- aufgebracht werden.
- Der Kommunistische Bund Österreichs wird ausschließlich aus den Beiträgen seiner Mitglieder, aus dem Verkaufserlös seiner Publikationen und aus den Spenden Sympathisierender finanziert.
- Deshalb setzt sich der Kommunistische Bund Österreichs das Ziel, innerhalb von drei Monaten - bis zum 8.November 76 - einen Betrag von 300 000.- Schilling in Form von Spenden aufzubringen (aus dem Spendenaufruf des ZK des KB Österreichs).
  Spenden auf das Konto: Kommunistischer Bund Österreichs/ Zentrale PSK 2 418.889

Ortsgruppen des Kommunistischen Bundes Österreichs

WIEN	*GRAZ*	*SALZBURG*
1070 Halbg.12	*Griesplatz 36*	*Müllner Hauptstr.14*
Tel. 93 83 37	*Tel. 94 13 12*	*Tel. 32 70 72*
LINZ	*Ortsaufbaugruppe*	*INNSBRUCK*
Jägerstr.6/1	*KLAGENFURT*	*Jahnstraße 25*
Tel. 32 5 78	*Neugasse 30*	*Tel. 25 66 32*

Ständiger Ausschuß des ZK und Redaktion des Zentralorgans:
1070 WIEN, Halbgasse 12 *Journaldienst: Mo-Fr 18-19h*
Tel. (0 222) 93 83 37

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Österreichs

INHALT VON KOMMUNIST 1/1976

- *Kommunistischer Bund Österreichs gegründet (Gründungserklärung)*
- *Resolutionen der Gründungskonferenz:*
  + *Die politische Lage in der Welt und in Österreich*
  + *Die Kommunistische Partei auf der richtigen Linie aufbauen!*
  + *Zum Kampf gegen das Hegemoniestreben und die Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte und für die Unabhängigkeit Österreichs*
- *Beschluß des ZK zum Zentralorgan*

80 Seiten, Preis 20.- S





Preis 5.- S

Zu beziehen über: *Zentraler Vertrieb 1070 WIEN Halbgasse 12*

Konto des Zeitungs- und Büchervertriebs: Kommunistischer Bund Österreichs Zentraler Vertrieb PSK 2 419.204

27. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik China

Weiter voran auf der revolutionären Linie der Partei, der

In den 27 Jahren seit der Gründung der Volksrepublik China haben die chinesischen Volksmassen unter der Führung des Vorsitzenden Mao und der Kommunistischen Partei Chinas China aus einem ehemals rückständigen, von Feudalismus, bürokratischem Kapital und Imperialismus beherrschten Land durch die Revolution in ein blühendes sozialistisches Land verwandelt. Sie haben so einen hervorragenden Beitrag zur proletarischen Weltrevolution geleistet. Imperialismus und Revisionismus wurde ein mächtiger Schlag versetzt, der proletarischen Revolution ein starkes Hinterland und Bollwerk geschaffen und die Arbeiterklasse aller Länder ermutigt vorwärtszuschreiten im Kampf für die Beseitigung des Kapitalismus und den Sieg des Sozialismus.

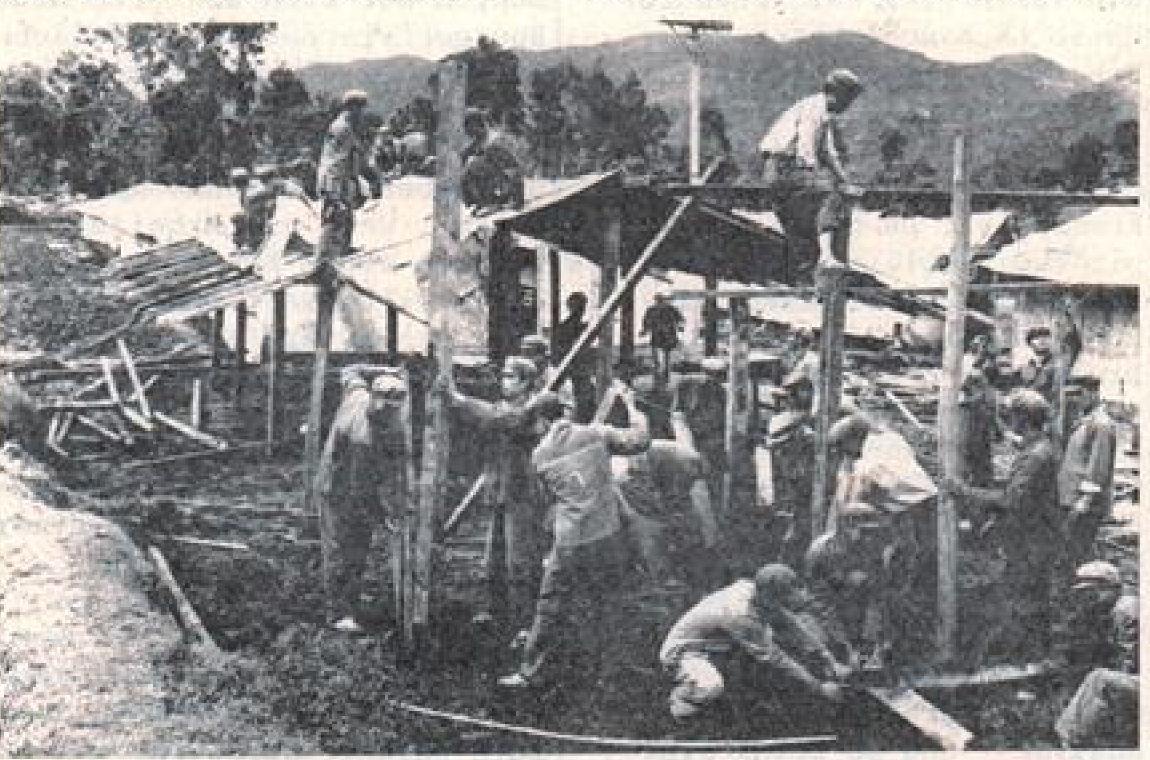
Den Aufbau des Sozialismus durch das Festhalten am Klassenkampf, an der Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats gesichert

Nach der Gründung der Volksrepublik China am 1.Okt.1949 konnte das chinesische Proletariat nicht bei der Erringung der Neuen Demokratie stehenbleiben, in der es noch kapitalistisches Eigentum an den Produktionsmitteln gab. In scharfen Kämpfen wurde die Umwandlung des Eigentums in sozialistisches Eigentum in den Jahren bis 1957 durchgeführt und abgeschlossen. Mit dem "Großen Sprung nach vorn" (1958) wurde die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft vorangetrieben und das Verhältnis zwischen Industrie und Landwirtschaft mit dem Leitsatz "Die Landwirtschaft ist die Grundlage, die Industrie der führende Faktor" festgelegt. Mit den gleichzeitigen Anstrengungen, auch auf dem Lande schwungvoll die Industrie aufzubauen, wurden beim "Großen Sprung" auch entscheidende Schritte in die Richtung gesetzt, die Unterschiede zwischen Stadt und Land schrittweise zu beseitigen.

Diese Anstrengungen wurden von den Klassenfeinden innerhalb und außerhalb der Partei sabotiert.

Im Lichte der Entwicklung der internationalen kommunistischen Bewegung - ihrer Fehler und ihrer Fortschritte - faßte Mao Tsetung die Erfahrungen aus den scharfen Auseinandersetzungen zwischen Bourgeoisie und Proletariat und deren Vertretern innerhalb der Partei, zusammen. Er schrieb 1962: "Die sozialistische Gesellschaft umfaßt eine ziemlich lange geschichtliche Periode. Die ganze Geschichtsperiode des Sozialismus hindurch existieren Klassen, Klassenwidersprüche und Klassenkampf, existiert der Kampf zwischen den beiden Wegen, dem des Sozialismus und dem des Kapitalismus, existiert die Gefahr der Restauration des Kapitalismus."

Anfang der 60er Jahre verschärften sich die Auseinandersetzungen zwischen der revisionistischen KPdSU und der sozialistischen VR China. Die sowjetischen Revisionisten ließen China in einer schwierigen Situation im Stich und hofften so, sich die VR China gefügig zu machen. Demgegenüber verurteilte die KPChinas scharf den Revisionismus der KPdSU und schlug eine Generallinie für die Kommunistische Bewegung vor. Zusammen mit der Partei der Arbeit Albaniens



Das Volk im Erdbebengebiet baut mit Hilfe von Soldaten der Volksbefreiungsarmee seine Häuser wieder auf.

bekämpfte die KP Chinas entschlossen den revisionistischen Anschlag auf den Marxismus-Leninismus und wies ihn zurück. Das war ein großartiger Beitrag für die Weiterentwicklung der internationalen kommunistischen Bewegung. Durch den revisionistischen Verrat mußte es schließlich zur Spaltung der Weltbewegung kommen.

1966 initiierte Mao Tsetung persönlich die Große Proletarische Kulturevolution: "Die Große Proletarische Kulturrevolution ist ihrem Wesen nach eine große politische Revolution des Proletariats unter den Bedingungen des Sozialismus gegen die Bourgeoisie und allen anderen Ausbeuterklassen." "Das Hauptangriffsziel der gegenwärtigen Bewegung bilden diejenigen Machthaber in der Partei, die den kapitalistischen Weg gehen." "Die gegenwärtige große Kulturrevolution ist nur die erste; in Zukunft wird es unausbleiblich noch mehrere geben."

Die Richtigkeit der Großen Proletarischen Kulturrevolution wurde am IX.Parteitag der KPCh festgehalten; kurz danach wurden die Versuche Lin Biaos, den Revisionismus in der Partei durchzusetzen, zerschlagen und am X.Parteitag die Fortschritte im Kampf gegen die Ausbeuterklassen und ihre Restaurationsversuche in einer neuen Verfassung festgehalten.

Die gegenwärtigen Kämpfe gegen den "Wind von rechts" sind nur ein weiterer und bewußterer Schritt, der Bourgeoisie mit aller Entschlossenheit den Kampf anzusagen.

Der Mensch wird über die Natur triumphieren

Ein Beispiel für die großartigen Erfolge und Fortschritte beim Aufbau des Sozialismus in China ist die Bewältigung des letzten schweren Erdbebens in der Provinz Hopeh vom Juli dieses Jahres durch die chinesischen Massen. Wurden auch die Menschen durch das Auftreten eines neuartigen Bebens am 28.Juli 76 in der Provinz Hopeh überrascht, so ist die chinesische Erdbebenvorhersage als die fortgeschrittenste auf der Welt bekannt. Im Interesse der Massen werden keine Mühen und Kosten gescheut, werden die Kenntnisse der Techniker mit den Erfahrungen der Massen bei der Naturbeobachtung verbunden und in den Dienst der Erdbebenvorhersage gestellt.

Nach dem Beben am 28.Juli gingen die chinesischen Volksmassen sofort und mit eiserner Disziplin daran, die Schäden des Erdbebens zu beseitigen. Unter Führung des ZK der KPCh, das ein Solidaritätsschreiben und eine Delegation unter Hua Guo-feng ins Erdbebengebiet schickte, wurde in kurzer Zeit die Stromversorgung wieder aufgenommen. In manchen Gebieten, ja selbst im nahezu vollständig zerstörten Tangschan wurde schon nach wenigen Tagen in einigen Fabriken die Produktion wieder aufgenommen.

Ein besonderes Beispiel für den Mut, die Disziplin und für den hohen Sinn für Organisation, den die chinesischen Werktätigen beim Kampf gegen die Folgen des Erdbebens an den Tag legten, war die Rettung der 10.00 Kailuaner Kumpel. "Das Erdbeben richtete Schäden am großen Kohlenbergwerk Kailuan an, das im Gebiet Tangschan liegt. Das Grundwasser stieg in den Schächten rasch an, und die 10.000 Kumpel der Nachtschicht, die zur Zeit des Bebens unter Tage arbeiteten, waren in tödlicher Gefahr. In diesem kritischen Augenblick zeigten die Parteimitglieder, Kader und Arbeiter des Kohlenreviers nicht die geringste Furcht. Gelassen begannen sie sofort mit den Rettungsarbeiten. Hsu Djia-hsin, der Erste Sekretär des Parteikomitees der Stadt Tangschan, war unter den Schuttmassen eines eingestürzten Hauses begraben. Nach seiner Rettung war seine erste Sorge die Sicherheit der Millionen Stadtbewohner. Er lief ins Stadtzentrum und bildete auf der Straße einige Minuten nach den Erdstößen eine Kommandostelle für die Leitung der Bergungsarbeiten. Es war der erste Beschluß der Kommandostelle: Unverzügliche Öffnung der Notlüftungen der Schächte durch alle dem Kailuaner Revier unterstehenden Kohlengruben, um die Arbeiter unter Tage zu bergen.

Das plötzliche starke Erdbeben konnte die heldenhaften Kailuaner Bergleute nicht beugen. Geführt vom Stadtparteikomitee Tangschan und vom Parteikomitee des Kohlenbergwerks Kailuan, organisierten die diensttuenden führenden Kader in den verschiedenen Gruben die Kumpel, die nicht eingefahren waren zur Rettung ihrer Klassenbrüder unter Tage. Zur gleichen Zeit leiteten die mit den Kumpeln unter Tage arbeitenden führenden Kader unverzüglich Befreiungsmaßnahmen ein und überwanden dabei viele Schwierigkeiten. Djia Bang-you, stellvertretender Vorsitzender des Re-

Linie des Vorsitzenden Mao

volutionskomitees der Kohlengrube Lüdjiatou, zeigte angesichts des starken Bebens große Gelassenheit. Er bildete unter Tage sofort eine provisorische Parteizelle und Kommandostelle. Er spornte die Kumpel mit den folgenden Worten an: "In diesem kritischen Moment müssen wir Parteimitglieder und Parteikader die Interessen der Partei und des Volkes an die erste Stelle setzen. Wir müssen für die Sicherheit der anderen sorgen und dabei die Gefahren auf uns nehmen!" Sie sahen zu, daß zuerst die Nichtparteimitglieder und Arbeiter zur Erdoberfläche zurückkehrten, bevor sich die Parteimitglieder und Kader retteten. Einige Kader suchten unter Lebensgefahr die Vortriebsorte und Stollen ab, um nicht einen einzigen Klassenbruder im Stich zu lassen. So konnten die über 600 Kumpel in aller Ruhe durch die Notluftschächte die Grube verlassen. Djia Bang-you war der letzte.

Durch die gemeinsamen Anstrengungen der Kader und Kumpel unter Tage und auf der Erdoberfläche war es den 10.000 Kumpeln der Nachtschicht mit Ausnahme einiger weniger möglich, binnen Stunden nach den Erschütterungen zur Erdoberfläche zurückzukehren. Diese erfolgreiche Rettung und Rettungsarbeit ist eine Wundertat." (Aus Peking Rundschau, Nr.34/76, S.6ff)

Wie sind diese Wunder, die von Menschen vollbracht wurden, zu erklären?

Mao Tsetung gibt dafür eine Erklärung: "Unter allen Dingen in der Welt sind die Menschen das Wertvollste. Unter der Führung der Kommunistischen Partei kann - solange es Menschen gibt - jedes Wunder vollbracht werden".

Die chinesischen Volksmassen brachten im Kampf gegen das Erdbeben den Beweis, daß das revolutionäre Volk, das mit dem Marxismus, dem Leninismus und den Mao Tsetungideen gewappnet ist, sowohl Prüfungen scharfen Klassenkampfes als auch ernster Naturkatastrophen bestehen kann. Die Kailuaner Kumpel sagten zum Beispiel: "Die Imperialisten und Reaktionäre konnten uns in den Kriegsjahren mit ihren Kanonen nicht überwältigen; in der Periode der sozialistischen Revolution waren die Bourgeoisie innerhalb der Partei und alle Klassenfeinde niemals imstande, uns mit ihren Angriffen niederzuschlagen; ebenso ist es mit der gegenwärtigen schweren Naturkatastrophe - sie kann uns nicht ins Joch zwingen."

Die Kritik an Deng Hsiao-ping wird im Kampf gegen die Folgen des Erdbebens vertieft

Die historische Entwicklung seit der Befreiung Chinas hat bewiesen, daß sich der Kampf zwischen den zwei Klassen, den zwei Wegen und den zwei Linien gerade zu jenen Zeiten zuspitzt, da schwere Naturunbilden hereinbrechen. Die Führer der opportunistischen Linien in der KP Chinas versuchten stets, die durch Naturkatastrophen verursachten vorübergehenden Schwierigkeiten zu benutzen, um die Revolution von ihrer Richtung abzulenken und den Kapitalismus zu restaurieren. Ob man den Klassenkampf als das Hauptkettenglied ansieht und am sozialistischen Weg festhält oder dieses Hauptkettenglied negiert und den Kapitalismus sich frei entfalten läßt; ob man der proletarischen Politik die führende Rolle einräumt, den Massen vertraut und sich auf sie stützt oder aber den Faktor Mensch ignoriert und nur den materiellen Faktor sieht und die Weisheit und Kraft der Massen mißachtet; ob man fest daran glaubt, daß der Mensch über die Natur triumphieren wird und den Geist des Selbstvertrauens entfaltet oder vor den Schwierigkeiten zu Kreuze kriecht, passiv und pessimistisch bleibt und mit verschränkten Armen dasitzt - in diesen prinzipiellen Fragen ist die proletarisch-revolutionäre Linie des Vorsitzenden Mao der revisionistischen Linie Deng Hsiao-pings diametral entgegengesetzt. (Nach Peking Rundschau 34, S.5)

Bürgerliches Geschwätz über Macht- und Nachfolgekämpfe in China

Nach dem Tode des Vorsitzenden Mao überschlagen sich die bürgerlichen Politiker und Journalisten mit Spekulationen über die Macht- und Nachfolgekämpfe in der VR-China. Die Revisionisten und Sozialimperialisten stehen ihnen da in nichts nach, hoffen sie doch darauf, daß sich in der KP Chinas nach dem Tode Maos die bürgerlichen Elemente durchsetzen werden, die Partei die Farbe wechseln und der Kapitalismus in China restauriert werde. Auch die westlichen Imperialisten setzen in solche Vorstellungen ihre Hoffnung. Auch sie hoffen, daß sich in China die Bürgerlichen mit bürgerlichen Vorstellungen und Praktiken an die Spitze setzen. In die Hirne von Kapitalisten und ihren Schreiberlingen geht auch nur hin-

Fortsetzung nächste Seite

Es lebe die Freundschaft zwischen dem österreichischen und dem chinesischen Volk!

Zum 27.Jahrestag der Gründung der Volksrepublik China zeigt der Kommunistische Bund Österreichs in der Zeit vom 4.-14.1o. in Graz, Innsbruck, Knittelfeld, Klagenfurt, Linz, Salzburg und Wien

Filme aus der Volksrepublik China

- "Der Bruch" :Spielfilm über die Revolution im Erziehungswesen
- "Tan-Sam" :Dokumentarfilm über den Bau der Tan-Sam-Eisenbahn und die chinesische Entwicklungshilfe.

Der Kommunistische Bund Österreichs zeigt außerdem eine **Ausstellung über den Kampf gegen die Folgen des schweren Erdbebens vom 28. Juli**

Keine Einreisegenehmigung für die »Taiwan-Oper«!

"Mit dem Einmarsch der Pekinger 'Roten Frauenkompanie' in Wien am 28.September wird die österreichische Bundeshauptstadt Schauplatz eines seltsamen Spektakels: Peking und Taiwan werden sich hier einen 'Krieg' liefern...." (Kronen Zeitung, 19.9.) Gemeint ist damit das Gastspiel der "Original Peking Oper" aus Taiwan, das wenige Tage nach den Aufführungen der "Roten Frauenkompanie" durch ein Tanzensemble der Volksrepublik China im Wiener Konzerthaus stattfinden soll. In Wahrheit handelt es sich hier nicht um einen seltsamen, sondern einen äußerst reaktionären "Spektakel", den die österreichische Bourgeoisie aufzuführen gedenkt. Mit der Zulassung des Taiwanesischen Gastspiels wird so getan, als gäbe es heute zwei China: neben der VR China auch noch das "Nationalchina" auf Taiwan.

Taiwan ist eine Provinz Chinas, auf der sich heute noch die Nachfolger der alten bürgerlichen Klasse Chinas mit Hilfe des US-Imperialismus verschanzt hält. Die reaktionäre Herrschaft dieser Clique über China wurde 1949 durch die chinesischen Volksmassen unter der Führung ihrer kommunistischen Partei endgültig beseitigt. Der US-Imperialismus versucht sich mit der Installierung des Überrestes der gestürzten chinesischen Ausbeuterklasse auf Taiwan einen Brückenkopf zur Rückeroberung ganz Chinas zu schaffen. Mit der Aufnahme der VR-China in die UNO und dem Hinauswurf des taiwanesischen "Nationalchina" erlebten die USA das Scheitern ihrer Strategie.

Wenn die österreichische Regierung das Gastspiel der "Peking Oper" gestattet, dann versucht sie damit das Rad der Geschichte zurückzudrehen und die chinesische Volksrevolution aus der Welt zu schaffen, die diese alte, bürgerliche Republik zerschlagen hat. Keines der EWG-Länder hat eine derartige Provokation der VR China gewagt und es dem reaktionären Spektakel der Taiwan Clique ermöglicht, die Bühne zu betreten. Das österreichische Außenministerium hat bisher auf den Protest der chinesischen Botschaft noch nicht reagiert. Der "Peking Oper" aus Taiwan darf keine Einreisegenehmigung erteilt werden.

Nachtrag

Die "Botschaft des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, des Ständigen Ausschußes des Nationalen Volkskongresses der Volksrepublik China, des Staatsrates der Volksrepublik China und der Militärkommission des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei an die ganze Partei, die ganze Armeee und das Volk aller Nationalitäten im ganzen Land" im "Klassenkampf" Nr.2/76 erschien in einer nicht autorisierten Übersetzung aus dem Englischen.

Red.

Am 4. und 5.Oktober gastiert das staatliche Tanzdrama Ensemble der Volksrepublik China auch im Landestheater INNSBRUCK